

# Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

## Zur Krise der Linkspartei

Stimmenverluste für die Linkspartei bei den Bundestagswahlen im September 2021 waren allen Umfragen zufolge schon lange vor den Wahlen absehbar. Dass die Partei aber unterhalb der Fünfprozenthürde landete, war für die Mitglieder doch eine böse Überraschung. Stimmenverluste gab es für die Partei auch bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin. Sehr schnell wurde betont, dieses Ergebnis müsse aufgearbeitet werden und es müssten Konsequenzen gezogen werden. Wie aber schon bei Wahlniederlagen zuvor wird die Praxis bestimmt von Kontinuität. Die Fraktionsspitze im Bundestag wurde problemlos bestätigt und so, als wäre nichts geschehen, stand die Spitze der Berliner Linkspartei sofort für eine Fortsetzung der Koalition mit SPD und Grünen bereit, als die SPD-Vorsitzende Giffey von ihrem Projekt einer Ampelkoalition abließ. Auch in Mecklenburg-Vorpommern nahm die dortige SPD die Linkspartei in die Regierung auf. Die SPD-Vorsitzende Manuela Schwesig bezeichnete die Partei als »verlässlichen Partner schon in der Opposition«, was wohl bedeutet, dass von ihr keine Schwierigkeiten erwartet werden. Widerspruch gegen diese Politik der Anpassung gab es nur wenig. In Mecklenburg-Vorpommern beschränkte sie sich auf die Forderung, die Beteiligung an der Regierungsarbeit müsse »sichtbarer« werden als in der ersten Koalition von 1998 bis 2006. Entschiedener ist die Opposition in Berlin. Gestärkt durch den Sieg der Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen« gibt es hier entschiedeneren Widerspruch gegen den Koalitionsvertrag.

Eine Aufarbeitung wird dadurch behindert, dass es in der Partei unterschiedliche Komponenten gibt mit unterschiedlichen Traditionen und einer jeweils unterschiedlichen sozialen Basis. Sie haben bei ihren politischen Aktivitäten unterschiedliche Erfahrungen gemacht und kommen zu anderen politischen Schlussfolgerungen. Würden tatsächlich Konsequenzen gezogen

aus den schlechten Wahlergebnissen, ginge das zwingend zu Lasten der einen oder anderen Seite.

In der Linkspartei lassen sich grob drei große Bestandteile ausmachen und deren Nebeneinander sorgt für Konflikte, die sich auch mit noch so viel gutem Willen nicht einfach lösen lassen.

### Der Osten: PDS als Vorläufer

Die Linkspartei hat ihren Ursprung in Ostdeutschland. In der PDS sammelten sich dort nach dem Ende der DDR die Mitglieder der SED, die an sozialistischen Vorstellungen festhalten oder zumindest den Prozess der Einigung nicht ganz den Westparteien überlassen wollten. Sie mussten sich nach dem Zusammenbruch der DDR vollkommen neu orientieren. Ein Zurück zur DDR war nicht möglich, und so mussten sie sich darauf beschränken, die Art und Weise zu kritisieren, in der die Wiedervereinigung vollzogen wurde.

Sie kritisierten die Benachteiligung der Ostdeutschen, hatten darüber hinaus aber in der Praxis keine weitergehende Perspektive. Die Partei wurde jedoch gewählt, da sie die mit dem Einigungsprozess verbundenen Probleme kritisierte und sich vor Ort um die Belange der Menschen kümmerte. Die PDS war das Sprachrohr der Menschen, die sich durch die Einführung des Kapitalismus in der ehemaligen DDR benachteiligt sahen. Die Agenda-Politik der rot-grünen Bundesregierung zu Beginn des Jahrhunderts traf den Osten mit hohen Arbeitslosenzahlen besonders hart. Trotz der Diffamierung der Partei und ihrer Mitglieder als »rote Socken« konnte die PDS bei einigen Landtagswahlen nahezu dreißig Prozent erringen. Viele Mitglieder wollten zeigen, dass sie in der Lage waren, konstruktiv mitzuarbeiten. Sie waren daher sehr schnell zu Koalitionen mit SPD oder GRÜNEN bereit, als diese die Zusammenarbeit nicht mehr tabuisierten. Es kam

Über lange Zeit prominentes Aushängeschild von PDS und Linkspartei: Gregor Gysi. Hier im Streikzelt der BSH-Belegschaft in Berlin-Spandau am 29. September 2006 (rechts neben ihm der Betriebsratsvorsitzende Güngör Demirci, auf dem rechten Foto hinter Gregor Gysi und den Fotografen am Rednerpult)



zu Regierungsbeteiligungen in Berlin, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern und dabei segnete die PDS selbst Privatisierungen und soziale Einschnitte ab und verlor dadurch nach und nach ihren Nimbus als Protestpartei. Die Folge waren massive Stimmenverluste in den betreffenden Ländern. Die Erfahrungen mit Regierungsbeteiligungen in ostdeutschen Ländern und in Berlin haben erheblich zum Bedeutungsverlust der LINKEN in Ostdeutschland beigetragen. Da es außerparlamentarische Bewegungen gegen die nach wie vor bestehenden Probleme nicht gibt und die PDS/LINKE selbst Verantwortung für das Bestehende übernommen hat, konnte sich die AfD als Protestpartei etablieren. Wenn die Partei jetzt wieder ohne große Diskussionen in Landesregierungen eintritt, ist das ein Zeichen vollkommener Fixiertheit auf den Parlamentarismus.

## Der Westen: Enttäuschung über Rot-Grün

Im Westen verließen viele SPD-Mitglieder, darunter viele Gewerkschafter\*innen, die Schröder-SPD mit ihrem Hartz IV-Kurs und folgten Oskar Lafontaine. Sie gründeten die WASG (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit), der sich dann auch weiter linksstehende Gruppen anschlossen. Sie vereinigten sich 2007 mit der PDS zur LINKEN. Die neue Partei konnte so auch in Westdeutschland Fuß fassen, schaffte den Einzug in einige Landesparlamente und konnte sich in vielen Kommunen etablieren.

Diese Mitglieder haben in der Arbeits- und Sozialpolitik den Schwerpunkt ihrer Arbeit und sehen durchaus die Gegnerschaft zum Kapital. Sie sind in der Mehrheit in einer Zeit politisiert worden, als Gewerkschaften noch durchsetzungsfähiger waren und gewerkschaftliche Kämpfe auch politische Bedeutung haben konnten. Entsprechend dieser Erfahrungen und in Abgrenzung zur SPD waren die westlichen Linken in der Gründungsphase skeptischer gegenüber Regierungsbeteiligungen und wollten Veränderungen auch aus der Opposition heraus durchsetzen. Tabu waren Beteiligungen an Koalitionen aber auch hier nicht. Allerdings sollten diese an klare Bedingungen geknüpft sein.

In der Zwischenzeit wurde jedoch deutlich, dass sich die Bedingungen für eine linke Reformpolitik verschlechtert haben. Dazu trug auch das Ende der SU und des Ostblocks bei. Mit dem Ende der Systemkonkurrenz bestand für die Herrschenden keine Notwendigkeit mehr zu weitgehenden Zugeständnissen an die Arbeiterschaft. Durch die Einbeziehung Osteuropas in den kapitalistischen Weltmarkt schwanden die Voraussetzungen für den bis dahin gültigen Klassenkompromiss. Neue Produktionsmethoden brachten dem Kapital zudem mehr Möglichkeiten der Flexibilisierung und führten zu einer stärkeren Differenzierung innerhalb der Lohnabhängigen.

Außerparlamentarische Bewegungen, die die Wirtschafts- und Sozialpolitik zum Thema haben, sind schwächer geworden. Gewerkschaftliches Leben ist vielerorts eingeschlafen, der Flächentarif erodiert und die Gewerkschaften sind nicht in der Lage ihrem Bedeutungsverlust entgegenzuwirken. Zwar gibt es auch heute gewerkschaftliche Streiks, doch bleiben sie vereinzelt und können keine politische Perspektive vermitteln.

Die Kritik der Linkspartei an den ungerechten Verhältnissen wird zwar von vielen geteilt und die Reformvorschläge finden Zustimmung weit über die Stammwählerschaft hinaus. Doch kann sie dafür außerhalb des Parlaments keine Massen mobilisieren und im Parlament fehlt ihr die Mehrheit. Unter diesen Voraussetzungen wächst die Bereitschaft zur Regierungsbeteiligung. Diese Perspektive war nie ausgeschlossen, aber die Sehnsucht nach Mitgestaltung wird größer und mit ihr die Bereitschaft, eigene Positionen aufzugeben. Zu Recht sieht sie die Möglichkeiten schwinden, zur Durchsetzung ihrer Inhalte auf mögliche Koalitionspartner Druck auszuüben. Damit die angestrebte Koalition ja nicht scheitert, sollen strittige Themen wie z.B. Kritik an der NATO zurückgestellt werden. Auch Themen wie Fluchtbewegungen, Rassismus und Klimaschutz sind einigen suspekt, da sie das Wahlvolk verschrecken könnten. Durch diese Ent-

### Heft Nr. 1/2 · Februar 2022 · Jahrgang 62

Zur Krise der Linkspartei	1
Niedergangsanalyse: Der versteckte Sozialismus. Abschied von der Systemopposition.	4
Kritische Anmerkungen zu: »Der versteckte Sozialismus«	8
Welche Bedeutung hat die Bundestagswahl für die künftige Außen- und Sicherheitspolitik?	11
»Die Linke«: Dilemma für die Befürworter einer Regierungsbeteiligung	14
Koalitionsvertrag des neuen Senats von Berlin: Keine Fortschritte für die Beschäftigten	18
Der Berliner Volksentscheid – Erfolgsgeschichte oder Begräbnis dritter Klasse?	21
Beschäftigte von Gorillas machen weiter mobil	22
Anmerkungen zur Frage des politischen Streiks	25
Tarifrunde der Beschäftigten der Länder; zwischen Abwehrkampf und Forderung nach Entgelterhöhungen	26
Die Voraussetzungen der Tarifrunde 2021	29
Buchbesprechung: Klaus Dörre: Die Utopie des Sozialismus	32
Solidaritätsreise nach Griechenland: Resignation, Repression und Widerstand	36
Der Georg, sein Jesus und die Kartonagen. Ein Konzern will hoch hinaus	37
Jürgen Michallek 8. September 1950 – 22. Dezember 2021	40

## **Arbeiterpolitik**

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis  
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.  
GFSA e.V. • Postbank Hamburg • BIC: PBNKDEFF  
IBAN: DE 28 2001 0020 0410 0772 05  
Zuschriften an: GFSA e.V. • Postfach 106426 • 20043 Hamburg  
e-mail: arpo.berlin@gmx.de • Internet: www.arbeiterpolitik.de

wicklung gibt es in den westdeutschen Landesverbänden eine inhaltliche Annäherung an die im Osten.

Auch Teile der Wählerschaft sehen den Ausweg im »kleineren Übel«. Als nach Warnungen von CDU und FDP vor einem »Linksruck« SPD und GRÜNE immer deutlicher auf Distanz zu einem Bündnis mit der LINKEN gingen, wählten sie SPD oder grün. Nach 16 Jahren CDU-Regierung war ihnen eine Ampelkoalition in der Hand scheinbar wichtiger als Rot-Grün-Rot auf dem Dach. Viele (ehemalige) Wähler\*innen haben nicht grundsätzlich mit SPD oder GRÜNEN gebrochen, wünschen sich aber dazu ein linkeres Korrektiv. Ist das nicht möglich, geht es für sie auch ohne.

### Akademische »Bewegungslinke«

Neben den Mitgliedern im Osten und den Anhänger\*innen einer linken Sozialdemokratie gibt es in der Linkspartei eine stärker werdende dritte Komponente: Junge Menschen mit hauptsächlich akademischem Hintergrund, die sich nach 2015 für Geflüchtete engagiert hatten und dann vor allem in der Antifa- und Klimabewegung politisierten

Die Erfahrung, dass gemeinsame Aktionen der Arbeitenden gesellschaftliche Bedeutung haben können, wie es in den 60er und 70er Jahren der Fall war, fehlt den jungen Menschen, die heute in Widerspruch zur Kapitalismus stehen. Dass in den heutigen Streiks der gesellschaftliche Klassen Gegensatz zum Vorschein kommt und da eine Kraft am Wirken ist, die die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben stoppen oder gar umkehren könnte, ist nicht offensichtlich.

Demonstrationen von Lesben, Schwulen und Queeren zum Christopher Street Day, Aktionen gegen die AfD oder von »Fridays for Future« sind zahlenmäßig sehr viel größer und spielen in der öffentlichen Diskussion eine bedeutendere Rolle als Streiks in einzelnen Betrieben. Es ist daher verständlich, dass viele jüngere Linke sich eher diesen Bewegungen zuwenden, zumal das Milieu der dort Aktiven mit dem eigenen viele Parallelen aufweist. In der Tat fehlt hier häufig ein Verständnis für die Probleme der Arbeiterschaft. Sie üben nur eine abstrakte Kritik am Kapitalismus, haben aber keine konkrete Vorstellung, welche Kräfte ihn überwinden könnten. Der fehlende Klassenstandpunkt wird durch moralischen Rigorismus ersetzt, und der wirkt bei der Masse abstoßend. Allerdings gehören bei betrieblichen Aktionen auch Menschen aus diesem Spektrum zu den Unterstützenden.

Besonders in Universitätsstädten ist diese Strömung mittlerweile innerparteilich zu einem wichtigen Faktor geworden. Dort hat die LINKE ihre höchsten Stimmenanteile und das in den Vierteln, in denen auch die GRÜNEN Hochburgen haben.

### Wer ist schuld an der Krise?

Unter anderem dieser Szene gibt Sahra Wagenknecht die Schuld daran, dass die Partei den Kontakt zu den »einfachen Menschen« verloren habe. Sie gehört nach Wagenknecht zur »Life-Style-Linken«, die selbst privilegiert

leben und elitär auf die Angehörigen der Arbeiterklasse und der unteren Mittelschicht blicke.

Für diese Strömung ist es allerdings Sahra Wagenknecht selbst, die für die Krise der Partei verantwortlich ist. Ihre Äußerungen zur Migration oder zur Klimabewegung seien eine Anbiederung an AfD-Wählende und verschreckten viele Jüngere.

Recht haben wahrscheinlich beide. Eine Auflösung des Konflikts ist weder nach der einen noch nach der anderen Seite vorstellbar. Die Bewegungen, auf die sich die jüngeren Mitglieder beziehen, sind nur in einem begrenzten Milieu präsent und haben keine Durchsetzungskraft. Und Sahra Wagenknecht will für eine Arbeiterschaft sprechen, die sich selbst gar nicht zu Wort meldet. Somit vermag auch sie keinen durchschlagenden Einfluss zu erlangen. Auch gehen ihre politischen Vorstellungen nicht über eine Fixierung auf das Parlament hinaus.

Einen Ausweg aus der momentanen Krise könnte es nur geben, wenn von unten eine Bewegung entsteht, in der das ökonomische und soziale Interesse der Arbeitenden zum Ausdruck kommt und die auch Themen wie Klimaschutz, die Benachteiligung von Frauen und den Kampf gegen Rechts zum Inhalt hat. So könnten die innerparteilichen Konflikte zumindest abgemildert und die Orientierung an den Parlamenten überwunden werden.

Solange es aber diese Bewegung nicht gibt, haben auch Gruppierungen mit marxistischem Anspruch, die aus der Linkspartei eine kämpferische sozialistische Partei machen wollen, einen schweren Stand. Sie können nicht im Namen eines kämpferischen Subjekts argumentieren, da es das nicht gibt. Ihre Kritik an der parlamentarischen Orientierung bleibt notwendig theoretisch und abstrakt. Wichtiger als ideologische Debatten um das richtige Programm ist die Unterstützung konkreter Ansätze des Widerstands gegen die Durchsetzung von Kapitalinteressen. Dabei gilt es, hier Verbindungen zwischen den verschiedenen Aktionen herzustellen und die gemeinsame Gegnerschaft gegen die Logik des Kapitals herauszuarbeiten. ■



Harald Wolf (Die Linke), Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, am 15. Mai 2005 während einer Protestkundgebung der BSH-Beschäftigten vor dem Roten Rathaus

# Der versteckte Sozialismus

## Abschied von der Systemopposition.

## Über die Niederlage der Linkspartei bei der Bundestagswahl

**Wir dokumentieren im Folgenden eine Rede, die Ekkehard Lieberam am 10. Oktober auf der Jahreskonferenz der Kommunistischen Plattform gehalten hat. Die Rede wurde am 22. November in der JW veröffentlicht. Im Anschluss folgen kri-**

**tische Anmerkungen einiger Genoss\*innen der Gruppe Arbeiterpolitik auf Lieberams Einschätzung. Auf den Seiten 14 bis 21 beschäftigen wir uns mit der Situation in Berlin und der Rolle der Linkspartei in der neuen Sentskoalition.**

Die Lage nach den Bundestagswahlen ist aus verschiedenen Gründen für uns ernst: Die Linke ist eine andere Partei geworden. Die Linken in der Linkspartei müssen sich eindringlich fragen lassen, was für eine Zukunft sie noch haben. Als systemoppositionelle Kraft hat sich die Partei weitgehend verabschiedet. Als Bundestagspartei hat sie kaum noch eine Perspektive. Diese Doppelkrise ist so sowohl eine Krise ihrer veränderten Existenzweise als auch ihrer Existenz als Bundestagspartei. Sie resultiert nicht primär aus Schwächen ihrer Führung, sondern hat strukturelle Gründe. Sie tritt vor allem in Erscheinung als Kluft zwischen den programmatischen Grundsätzen ihres Erfurter Programms von 2011 und ihrer tatsächlichen Politik.

Wir befinden uns im übrigen inmitten einer absurden Situation: Diejenigen, die die Niederlage bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 zu verantworten haben, blockieren die Debatte über deren Ursachen. Und es gibt in der Partei nur sehr wenig Protest gegen diese – sagen wir es im Klartext – Dreistigkeit.

### Vermeintlicher Neustart

Angesagt ist nach der ersten Fraktionssitzung in Berlin und der Klausurtagung der Fraktion in Leipzig am 27. und 28. Oktober 2021 personelle und inhaltliche Kontinuität. Dietmar Bartsch und Amira Mohamed Ali sind als Vorsitzende der Bundestagsfraktion wiedergewählt worden. Stellvertreter sind nunmehr Susanne Ferschl, Gesine Löttsch, Nicole Gohlke und Ali Al-Dailami. Damit wird das »Hufeisenbündnis« von »Reformern« und Anhängern von Sahra Wagenknecht fortgesetzt. Inhaltlich nannte Dietmar Bartsch auf der Klausurtagung in Leipzig fünf Schwerpunkte für die zukünftige politische Arbeit: soziale Sicherheit, Steuergerechtigkeit, wirksame Klimapolitik, Alltagsprobleme und konsequente Friedenspolitik. Das ist nicht falsch, aber unbestimmt und dunkel, weil in keiner Weise verbunden mit gesellschaftsstrategischen Überlegungen und der Kritik der politischen Defizite der letzten Monate und Jahre in diesen Politikbereichen.

Die Führungsspitze der Linkspartei hat die Wahlen verweigert, aber schuldig an der Niederlage sind nach ihrem Verständnis weder sie selbst noch ihre Wahlstrategie der Orientierung auf »Rot-Rot-Grün«. Die Führung der Partei handelt nach der Devise: Wir machen weiter so, bleiben bei dem Kuschelkurs mit SPD und Grünen, har-

monisieren die Kommunikation zwischen Parteivorstand und Fraktion, geben »Nörglern und Meckerern« keinen Raum und nennen das Ganze »Neustart«.

### Wie 2002, aber doch anders

Es gibt viel Ähnlichkeit zur Niederlage der PDS bei den Bundestagswahlen 2002. Aber die aktuelle Krise ist noch auswegloser. Die PDS erhielt damals 4,0 Prozent der Stimmen. Ihr Wahlkampfleiter Dietmar Bartsch hatte sich im Wahlkampf für die Wahl von Gerhard Schröder zum Bundeskanzler ausgesprochen. Die Partei zog mit nur zwei Direktmandaten in den Bundestag ein. Ihre führenden Politiker lehnten damals jede Schuld für dieses Desaster ab.

Aber grundlegende Unterschiede sind nicht zu übersehen. Eine günstige Ausnahmesituation in der linken Parteiengeschichte stoppte damals den Anpassungstrend. Die PDS-Führung selbst war gespalten. Ihr offensiv auf Regierungsbeteiligung setzender Teil geriet in die Defensive. Dessen Versuch, Roland Claus gegen Gabriele Zimmer auf dem Geraer Parteitag im Oktober 2002 zum Vorsitzenden zu machen, scheiterte. Es entstand spontan eine breite Protestbewegung in der Partei, die den Verantwortlichen für die Niederlage die Leviten las. Auf dem Parteitag benannte die mit 70 Prozent gegen Roland Claus (30 Prozent) wiedergewählte Gabriele Zimmer das damalige (und heutige) Grundproblem der Krise: »Eine zweite sozialdemokratische Partei in Deutschland brauchen wir nicht.«

Profilierte Genossinnen und Genossen mit marxistischem Hintergrund in der Bundestagsfraktion (Uwe Jens Heuer und Winfried Wolf), aber auch unter den mittleren Funktionsträgern traten dem Anpassungskurs in der Partei entschieden entgegen. Teile der Mitgliederbasis und eine damals noch vorhandene postsozialistische Subkultur vor allem im Osten (etwa zwei Millionen Menschen) signalisierten ihren Unmut. Entscheidend aber war: Die zwei Jahre später aufkommende breite soziale Bewegung gegen die Agenda 2010 und Hartz IV führte über die Bildung der linken Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit (WASG) im Juni 2007 und deren spätere Vereinigung mit der PDS zu einer neuen Partei mit deutlich sozialistischem und systemoppositionellem Profil. Die neuentstandene Partei Die Linke gab sich Ende 2011 mit dem Erfurter Programm eine Handlungsorientierung, die unter anderem mit der Einschätzung des Klassencha-



Verstärkung aus dem Westen: Oskar Lafontaine auf einer Streikversammlung der Belegschaft von O&K am 15. März 2006 (links) und Klaus Ernst vor den Streikenden des BSH-Werkes in Berlin-Spandau am 28. September 2006 (rechts)

racters der Gesellschaft, mit der Orientierung auf die Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse und auf den Umbruch der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse als wichtigstem strategischen Weg zu einem politischen Richtungswechsel bedeutsame marxistische Grundsätze enthielt.

### Geschichtsvergessen

Diesmal erfolgte (zumindest bisher) keine ernsthafte Debatte innerhalb der Partei: weder über die gesellschaftsstrategische Fehlorientierung noch über die zahlreichen Fehler während des Wahlkampfes. Es gab auch keine allgemeine Empörung über das inhaltliche und personelle »Weiter so« der Führungsspitze. Die Verantwortlichen für die Niederlage haben diesmal das Heft fest in der Hand. Ihre Hegemonie wackelt nicht. Nicht zu übersehen ist allerdings, dass der Ältestenrat unter Hans Modrow, einige linke Zusammenschlüsse und einzelne Genossen und Genossinnen sich sehr kritisch zur Politik der Führungsspitze der Partei äußern. Die Qualität eines linken Flügels aber hat das bis jetzt nicht<sup>1</sup>

Die geschichtlichen Erfahrungen mit Anpassungsrends bei linken Parteien spielen in den Diskussionen innerhalb der Führung wie bei den linken Zusammenschlüssen innerhalb der Partei kaum eine Rolle. Vergleiche mit 2002 sind selten, ebenso Hinweise auf Parallelen zur Anpassungsgeschichte der SPD mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 und zur Wandlung der systemoppositionellen Grünen seit den 1980er Jahren von einer Friedenspartei hin zu »Atlantikern«, die sich heute mit der Forderung, Nord Stream 2 zu verhindern, als besonders eifrige Parteigänger des US-Imperialismus zu profilieren suchen.

Keine ernsthafte Debatte gab es nach der Bundestagswahl in der Parteiführung zur Orientierung im Wahlkampf auf »Rot-Rot-Grün« und aufs Mitregieren in einem »Linksbündnis«. Einige Politiker verteidigen diesen Kurs sogar besonders militant, indem sie die Kritiker dieser Politik als hoffnungslose Sektierer hinstellen. Sie und andere sorgen dafür, dass in der Partei die Einschätzung des Erfurter Programms von der »herrschenden Politik, die sich den Interessen der Konzernchefs und Vermögensbesitzer untergeordnet« hat,<sup>2</sup> nicht mehr gilt. Es dominiert die herrschende Vorstellung von einer »gestaltenden Demokratie«. Danach ist Staatspolitik eine Willensfrage: das Resultat von »Schnittmengen« und Übereinkünften. Eine Kapitalherrschaft gibt es ebenso wenig wie »Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und deshalb kaum unterscheidbar sind«.<sup>3</sup> Die politischen Zustände können aus der neuen Sicht, die die Erkenntnisse des Erfurter Programms unbeachtet lässt, weder begriffen noch verändert werden.

### Geschlossenheit statt Kritik

Für Dietmar Bartsch war schon am Abend des 26. September in seinem Statement nach Bekanntgabe der ersten Hochrechnungen gegenüber dem ZDF die Sache klar: »Das lag nicht am Wahlkampf.« Gelegen habe es an der »Zerstrittenheit« der Partei. Nur konsequent aus dieser Sicht ist es, den »Neustart« vor allem als Erreichen von »Geschlossenheit« zu verstehen. Zu klärende inhaltliche Fragen bleiben außen vor.

Die beiden Parteivorsitzenden und der Parteivorstand haben zur Niederlage und deren Ursachen mehrfach Stellung genommen. Dabei ist ein Verharren in Allgemein-

1 Vgl. Nico Popp: Rechte Hegemonie, *junge Welt*, 23./24.10.2021

2 Programm der Partei Die Linke, Beschluss der 2. Tagung des 2. Parteitag der Partei Die Linke am 21. bis 23. Oktober 2011, Erfurt, Präambel  
3 Ebd.

plätzen nicht zu übersehen. Im Mitgliederbrief der Vorsitzenden von Anfang Oktober wird gesagt: »Wir haben zuwenig überzeugen können, dass der bessere Weg mit den Linken zu gehen wäre.«<sup>4</sup> Früher hieß das, wir haben zuwenig »agitiert«. In den Beschlüssen des Parteivorstandes vom 3. und vom 24. Oktober ist davon die Rede, »uns grundlegende Fragen zu stellen« und eine »Neuaufstellung« vorzunehmen. Bei näherem Hinsehen geht es dann aber vor allem um eine engere und bessere Abstimmung »zwischen Parteivorstand und Fraktion« sowie »innerhalb der Bundestagsfraktion«.

Susanne Hennig-Wellsow bleibt bei ihrer im Wahlkampf eingenommenen Haltung, dass die Orientierung aufs Mitregieren mit SPD und Grünen korrekt war. Die Partei habe die »richtige Frage, nämlich die soziale, in den Mittelpunkt unseres Wahlkampfes gestellt«. Im übrigen gebe es Menschen in der Partei, »die im Ton überziehen«. Aufklärung sei notwendig, aber es »kommt darauf an, sie fair zu führen«, eben »nicht in der Konfrontation, sondern im zugewandten Streit«.<sup>5</sup> Der Pelz soll gewaschen werden, aber nass werden darf er nicht.

Differenzierter lässt sich Bernd Riexinger vernehmen. Er reiht sich dann aber doch in den allgemeinen Trend eines Plädoyers für Geschlossenheit ein. Die »negativen Krisen und neuen Kriegsgefahren« sollten »auf der Höhe der Zeit« analysiert werden. Die »Regierungsdebatte« habe sich »erst einmal« erledigt. Am »Engagement der Partei« habe es nicht gelegen. Es gehe auch nicht um »Schuldfragen« und »nicht in erster Linie um programmatische Fragen«. Das Verhältnis von Fraktion und Partei müsse »auf neue Füße gestellt werden«.<sup>6</sup>

- 4 Susanne Hennig-Wellsow: Regieren heißt nicht, Grundsätze aufzugeben, *Neues Deutschland*, 29.8.2021  
 5 Bernd Riexinger: Thesen zur Auswertung der Bundestagswahl und erste Schlussfolgerungen, 19.10.2021  
 6 Horst Kahrs: Die Linke braucht mehr als einen Neustart, *Neues Deutschland*, 27.9.2021

## Ursachendebatte von links

Solide ist der »Wahlbericht« der Rosa-Luxemburg-Stiftung von Horst Kahrs. Die Partei habe, so Kahrs, »kein strategisches Ziel und kein Selbstverständnis entwickelt«. Die nicht zu übersehenden »wahltaktischen Schwächen« seien »nur die Folge tiefergehender Probleme und anhaltender strategischer Schwächen« gewesen.<sup>7</sup>

Analysen und Schlussfolgerungen des Ältestenrates und von linken Zusammenschlüssen gehen in die gleiche Richtung. Sie finden allerdings bisher überwiegend außerhalb der offiziellen Parteidebatte statt. Der Ältestenrat hatte sich schon Ende 2019 im Zusammenhang mit der damals angelaufenen Strategiedebatte dahingehend geäußert, dass Mitglieder und Wähler »eine fortlaufende Anpassung an und Teilhabe in politischen Herrschaftsstrukturen« wahrnehmen und beklagen.<sup>8</sup> Am 2. November 2021 bat Hans Modrow den Parteivorstand um Prüfung, ob er weiter in seiner Funktion gefragt sei. Er begründete das damit, dass es seitens der Parteiführung auf die Hinweise zur Strategie und zur Parteientwicklung »kein konstruktiv-kritisches Handeln« gegeben habe.<sup>9</sup>

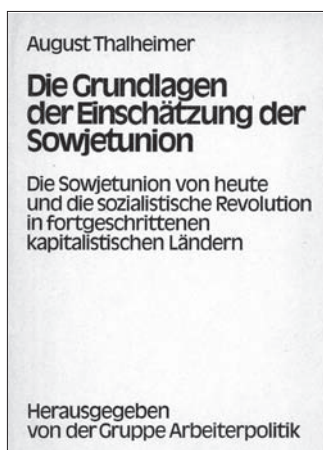
Nach der Erklärung des Marxistischen Forums vom 7. Oktober 2021 ist die Hauptursache der Niederlage der Umstand, dass die Partei nicht mehr glaubhaft daherkomme »als die Partei, die die Sorgen der Arbeiterinnen und Arbeiter und sozial Benachteiligten ernst nimmt«.<sup>10</sup> Ähnlich sah das Sahra Wagenknecht am Wahlabend, als

- 7 Position des erweiterten Leitungskollektivs des Ältestenrates zur Strategiedebatte in unserer Partei, 30.10.2019  
 8 Die Linke: Ältestenrat gegen »Weiter so«, *junge Welt*, 6.10.2021  
 9 Eine bittere, vermeidbare Niederlage: Die Linke um die Achse einer linken populären Politik neu ausrichten, Erklärung des Sprecherinnenrats des Marxistischen Forums in der Partei Die Linke, 7.10.2021  
 10 Zitiert nach Luisa Hofmeier: Fast auf dem Niveau einer Kleinpartei, *Die Welt*, 27.9.2021



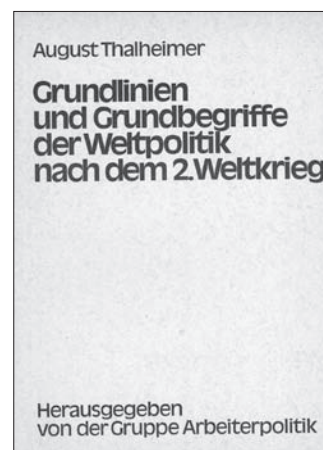
**Westblock – Ostblock**  
 Internationale monatliche Übersichten von August Thalheimer 1945 – 1948, Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992

460 Seiten A5 | Broschur | 7,50 EUR



August Thalheimer  
**Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion**  
 Die Sowjetunion von heute und die sozialistische Revolution in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern  
 Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik

43 Seiten A5 | 1,50 EUR



August Thalheimer  
**Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg**  
 Anfang 1946, Gruppe Arbeiterpolitik

32 Seiten A5 | 1,50 EUR

sie davon sprach, »dass sich die Linke immer weiter von dem entfernt hat, wofür sie eigentlich gegründet wurde«, nämlich als »Interessenvertreterin« von Lohnabhängigen und Rentnern.<sup>11</sup> Der drastische Rückgang der Stimmen von Arbeitern, Angestellten und auch von gewerkschaftlich organisierten Lohnarbeitern bestätigt diese Einschätzung.<sup>12</sup>

Volker Külow und ich haben im Newsletter des Liebknecht-Kreises Sachsen vom 10. Oktober 2021, aber auch schon während des Wahlkampfes in der *jungen Welt* vom 7. September darauf aufmerksam gemacht, dass in der Abkehr der Lohnarbeiter von der Linkspartei und in anderen wahlstrategischen »Fehlern« der Linkspartei eine Veränderung ihrer Existenzweise in Richtung der Anpassung an den allgemeinen Politikbetrieb erkannt werden muss.<sup>13</sup>

## In der Integrationsfalle

Die allgemeine Ursache für das Ende des systemoppositionellen Charakters der Partei Die Linke liegt, wie Wolfgang Abendroth schon vor mehr als 40 Jahren in Zusammenhang mit der frühen Geschichte der SPD nachgewiesen hat,<sup>14</sup> in der Integrationskraft der parlamentarischen Demokratie. Gerade bei erfolgreichen Parteien führt diese heute innerhalb weniger Jahre zu einer anwachsenden Sozialschicht mit eigenen Interessen in einer linken Partei, die sich von den Interessen der Lohnarbeiter deutlich unterscheiden.

Die öffentlichen Zuwendungen an Parlamentsparteien verbinden sich mit vielfältigen Möglichkeiten der Ämterpatronage im Parteienstaat. Gelder der staatlichen Politikfinanzierung in Form von Diäten, Fraktionsgeldern, staatlicher Parteienfinanzierung und finanzieller Mittel für die Parteienstiftung summierten sich 2019 bei der Linkspartei auf Bundesebene auf deutlich mehr als 100 Millionen Euro. Mehrere tausend Parteiarbeiter, Abgeordnete, deren Mitarbeiter, Fraktions-, Stiftungs- und Regierungsangestellte sowie politische Beamte insgesamt leben inzwischen von der Partei, erweisen sich als »Träger der Integrationsideologie« (Abendroth) und verändern die Existenzweise der Partei.

Keineswegs automatisch, aber doch als Trend tendiert eine systemoppositionelle Partei alsbald dazu, sukzessive zu einer systemkonformen Staatspartei zu werden. Bei der PDS hat das etwa zehn Jahre gedauert, bei der Partei Die Linke ebenso lang. Abgeordnete der Partei »erkranken« am parlamentarischen Kretinismus. Die Partei gibt das Primat des außerparlamentarischen Kampfes auf und strebt statt dessen auf allen Ebenen nach Regierungsbeteiligung. Sie öffnet das Tor für entsprechende Ideolo-

gien der »Mitgestaltung« mittels Regieren. Einzelne ihrer politischen Führer grenzen sich von dem »Despoten« Wladimir Putin ab, reden von »unseren Soldaten« in der Bundeswehr, beginnen sich mit den »Menschenrechtlern« in Moskau, Havanna und Hongkong zu solidarisieren. Immer mehr begibt sich die Partei in die Integrationsfalle.

Die Wandlung hin zur Regierungspartei im Wartestand auch im Bund ist der letzte Akt dieses Wandlungsprozesses. Das Andienen bei SPD und Grünen im Wahlkampf und Abstriche bei der Opposition im Parlamentsbetrieb (gegen das Kriegsbündnis NATO, gegenüber Forderungen nach Enteignung der »Miethaie«, bei der Übernahme des offiziellen Politik- und Demokratiebegriffs und der Distanzierung vom »Unrechtsstaat DDR«) sind Erscheinungsformen der sich an die Herrschaftsstrukturen anpassenden Existenzweise der Partei.

Es ist richtig, die konkreten »wahlstrategischen Fehler« bei der Diskussion um die Ursachen der Niederlage zu nennen. Alexander Neu sprach zu Recht davon, dass die Partei im Wahlkampf »Positionen zur Disposition gestellt habe, bevor es überhaupt zu Verhandlungen gekommen ist«.<sup>15</sup> Diese und andere wahlstrategische Fehler aber sind eben nur die Erscheinungsformen tiefergehender Veränderungen. Wir müssen sie als Konsequenz der Abkehr von der gesellschaftsstrategischen Orientierung des Erfurter Programms erkennen. In der gesellschaftsstrategischen Debatte der Linken im Jahre 2020 merkte Friedrich Wolff an: »Aber sind wir noch eine sozialistische Partei? Nach unserem Programm sind wir das, unserer Tagespolitik merkt man es jedoch nicht an. Das ist unser Problem. Der Wähler erkennt unseren sozialistischen Charakter nicht mehr. Wir haben ihn versteckt. Das führt auf die Dauer zu unserem Untergang.«

## Kein Grund für Optimismus

Aus dieser Sicht wird deutlich, dass der nach dem 26. September eingeschlagene Weg zur »Geschlossenheit« der Partei keine Rettung bringen kann. Eine Rückkehr zu einer Partei, die mit dem strategischem Anspruch der Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse die Interessen der Lohnarbeiter vertritt und in Opposition nicht nur zur jeweiligen Bundesregierung, sondern zum kapitalistischen Gesellschaftssystem steht, ist so nicht möglich. Es muss alles dafür getan werden, dass Die Linke sich mit ihren Möglichkeiten als Bundestagspartei in den kommenden sozialen Kämpfen, in den Bündnissen gegen eine ökologische Katastrophe und in der Friedensbewegung gegen den Kollisionskurs der USA gegenüber China und der Russischen Föderation engagiert. Aber in dieser Hinsicht optimistisch zu sein fällt schwer.

*Ekkehard Lieberam, Junge Welt, 22.11.2021 ■*

11 Von Arbeitern und Angestellten erhielt Die Linke jeweils fünf Prozent der Stimmen (2017 waren es noch zehn bzw. neun Prozent), von Gewerkschaftsmitgliedern 6,6 Prozent (2017: 11,8 Prozent). Lediglich der Stimmenanteil bei den Arbeitslosen blieb mit zwölf Prozent auf dem gleichen Niveau wie 2017. Vgl. Horst Kahrs: Die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021, Wahlbericht. Erste Deutungen und Hintergründe des Wahlverhaltens, 27.9.2021, Rosa-Luxemburg-Stiftung

12 Volker Külow, Ekkehard Lieberam: Rot und rosé. Das »Sofortprogramm« der Regierungslinken hakt sich devot bei SPD und Grünen unter, *junge Welt*, 7.9.2021

13 Wolfgang Abendroth: Aufstieg und Krise der Sozialdemokratie, Bonn 2006, CD-Rom, S. 42

14 Alexander Neu: Woran hat's gelegen, Interview, *Unsere Zeit*, 8.10.2021

15 Friedrich Wolff, in: Beiträge zur Strategiekonferenz, 29.2.–10.3.2020, Die Linke, Kassel, Reader, S. 556

## »Der versteckte Sozialismus«

Eines vorneweg: Es gibt keinen Grund für uns mit Häme oder Arroganz auf die Abstrafung der Partei »Die Linke« zu schauen, denn wenn etwa zwei Millionen Stimmen verloren und davon mehr als eine Million an die SPD und an die Grünen gingen, dann sagt dies etwas über das Bewusstsein der bisherigen Wähler der »Linken« aus. Dieses Bewusstsein ist offenbar geprägt von zunehmender gesellschaftlicher Vereinzelung verbunden mit der Hoffnung, dass die berechtigten Ängste vor weiterem Sozial- und Arbeitsplatzabbau, vor Altersarmut, vor den Auswirkungen der Klimakatastrophe etc. am besten delegiert werden an Parteien, von denen man erwartet, dass sie wenigstens einen Bruchteil von dem umsetzen, was sie im Wahlkampf versprochen haben. Eine feste Bindung an »die Linke« existiert nicht mehr.

Nicht das eigene kollektive Handeln im Rahmen von Gewerkschaften oder anderen sozialen Bewegungen steht im Vordergrund, um Interessen durchzusetzen, sondern die Delegierung von Interessen. Die mit dieser Haltung verbundene, weit verbreitete Passivität und Ohnmacht betrifft nicht nur die Linkspartei, sondern alle Linke! Auch die Gewerkschaften und andere linke Organisationen sind von dieser Passivität betroffen, während Gewerkschaftsbürokraten und Parteifunktionäre gerade auf der Basis von Passivität, Vereinzelung und Ohnmachtsgefühlen gedeihen.

### Eine fehlende Massenbewegung lässt »Die Linke« scheitern.

Manche KollegInnen, die vormals »Die Linke« gewählt haben, sind jetzt zur SPD oder zu den Grünen übergelaufen, um Schlimmeres zu verhüten nach dem Motto: Besser den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Viele sind desillusioniert. Die Linke gilt zunehmend als eine Partei, die, wie andere bürgerliche Parteien auch, zwar großartige Ziele in ihre Wahlprogramme schreibt, aber keine Durchsetzungsmacht besitzt. Es existiert schlichtweg kein Vertrauen, dass die Linke auch tatsächlich eine Verbesserung der Lebenssituation durchsetzen kann. Dieses Vertrauen könnte sie ja nur gewinnen, wenn sie parlamentarischer Ausdruck einer sozialen Massenbewegung wäre, über die sie Druck ausüben und das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verschieben könnte. Aber in der BRD existieren keine umfassenden Massenbewegungen, die etwa eine grundsätzliche Umgestaltung der gesundheitlichen Versorgung weg von Renditen hin zu einem nicht an Profiten orientierten Gemeinwohl durchsetzen könnten, geschweige denn eine Bewegung, die die herrschende Eigentumsordnung in Frage stellt und deshalb eine grundsätzliche Änderung in Richtung einer sozialistischen Planwirtschaft will. Es bleibt zur Zeit noch bei Einzelkämpfen, die kaum über den eigenen Bereich hinausgehen, die aber durchaus in Teilen erfolgreich sein können, wie die Streiks der Krankenhausbeschäftigten in Berlin zeigen. Aber selbst für kleine Zugeständnisse braucht es

heute erheblichen gesellschaftlichen Druck. Ähnlich die Situation beim Kampf um billigen Wohnraum in Berlin: Zwar war die Volksabstimmung »Enteignung von Deutsche Wohnen und CO« erfolgreich, aber schon wird deutlich, dass der Erfolg eines Volksentscheids die eine Sache ist, aber die Durchsetzung von tatsächlichen Enteignungen gegen die Profitinteressen des Immobilienkapitals eine andere. An diesen Beispielen wird schmerzhaft deutlich, dass ein umfassender Druck aus den Betrieben wie auch aus anderen gesellschaftlichen Bereichen fehlt. Diese Situation ist der wahre Grund für das Scheitern der Partei »Die Linke«, nicht das »Versagen« einzelner, nicht das Fehlen einer systemoppositionellen Linie, nicht die Aussagen einer Sarah Wagenknecht, der Opportunismus einer Petra Pau oder eines Dietmar Bartsch. Das Auseinanderbrechen der Partei in zahlreiche Einzelmeinungen, in verschiedene Flügel, in Koalitionsbefürworter oder in Koalitionsgegner spiegelt den Zustand einer Gesellschaft wider, in der eine kämpferische Klasse fehlt, die der Barbarei des Kapitalismus konkretes Handeln entgegensetzt. Aber, wenn auch noch schwach, gibt es dazu die ersten bescheidenen Schritte.

### Konkrete Solidarität tut not

Gerade hier könnte »die Linke« eine positive Rolle spielen, indem sie ihre Logistik, ihre finanziellen Möglichkeiten, ihr politisches und organisatorisches Wissen diesen Bewegungen zur Verfügung stellt. So eine konkrete Solidarität ist tausendmal wichtiger als linke »Wahlprogramme« oder andere systemoppositionelle Erklärungen, wie z.B. die Aussage, man wolle den »Raubtierkapitalismus zähmen«. Erste Schritte hin zu dieser »Zähmung« machen die kämpfenden Pflegekräfte aus den Krankenhäusern, die streikenden Eisenbahner, die streikenden KollegInnen des Lieferdienstes Gorilla, diejenigen, die für bezahlbaren Wohnraum kämpfen und in Teilen auch die Bewegungen für Klimagerechtigkeit oder die Friedensbewegung. Nur durch eine konsequente Unterstützung solcher Bewegungen kann sich die Partei erneuern, nicht aber über »Gestaltung« dieser Gesellschaftsordnung. Der Weg über eine Parlamentspartei hin zu einer Regierungspartei über Koalitionen führt in die Anpassung und zu dem, was E. Lieberam sehr treffend beschreibt als »Ämterpatronage im Parteienstaat«: *Gelder der staatlichen Politikfinanzierung in Form von Diäten, Fraktionsgeldern, staatlicher Parteienfinanzierung und finanzieller Mittel für die Parteienstiftung summierten sich 2019 bei der Linkspartei auf Bundesebene auf deutlich mehr als 100 Millionen Euro. Mehrere tausend Parteiarbeiter, Abgeordnete, deren Mitarbeiter, Fraktions-, Stiftungs- und Regierungsangestellte und politische Beamte leben inzwischen von der Partei, erweisen sich als »Träger der Integrationsideologie« (Abendroth), verändern so den Sinn der Existenzweise der Partei.*

Ein solcher Zustand, der ja gezielt von der herrschenden Klasse eingesetzt wird, um die Abgeordneten





Streikende Beschäftigte der CFM auf einer Wahlkundgebung der Linkspartei am 15. September 2011. Sie war damals Mitglied der rot-roten Senatskoalition.

auch der Linken an ihre Interessen zu binden, tritt besonders deutlich hervor, weil jegliche Kontrolle durch eine kämpferische Klasse fehlt und die Partei eigentlich nur noch durch sich selbst heraus legitimiert ist. Bei diesen Privilegien ist es natürlich auch kein Wunder, dass viele Abgeordnete dem Anpassungsdruck nicht widerstehen können und sich der »Staatsraison« unterordnen oder sich wegduckten. Für Regierungsfähigkeit gibt es gleich drei »Lackmustests«: 1. Die Frage: Wie hältst du es mit Israel? 2. Wie hältst du es mit der DDR, bzw. mit dem Kommunismus? 3. Wie hältst du es mit der NATO? Bezogen auf alle drei Fragen gibt es nicht nur in der Parlamentsfraktion, sondern auch in der Gesamtpartei keine einheitliche Position, erst Recht keine Orientierung. Aber das sind keine »wahlstrategischen Fehler«, wie E.L. meint, sondern das ist Ausdruck davon, dass eine Herangehensweise von einem Klassenstandpunkt aus nicht vorhanden ist. Welche Interessen werden hier eigentlich bedient, die der Herrschenden, die Interessen des Kapitals oder die der Unterdrückten, der arbeitenden Bevölkerung? Diese Fragen werden kaum noch gestellt. Da hilft es auch nicht, wenn Sahra Wagenknecht beklagt, dass sich die Linke immer weiter von dem entfernt hat, wofür sie eigentlich gegründet wurde, »nämlich als »Interessenvertreterin« von Lohnabhängigen und Rentnern.« (zitiert nach Ekkehard Lieberam, JW, 22. 11.21) Denn gleichzeitig sind auch ihre Forderungen auf Regierungshandeln innerhalb des Kapitalismus ausgerichtet, keine

Rede mehr von einer Planwirtschaft, die nicht den Profit, sondern die menschlichen Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt. Nicht die Abschaffung der Eigentumsverhältnisse steht auf ihrer Agenda, sondern De-Globalisierung zugunsten einer Wertschöpfung im eigenen Land, Schutzmaßnahmen für die »heimische Wirtschaft« und Aufbau einer »echten Leistungsgesellschaft«, eine »Verbesserung der Innovationsfähigkeit der Wirtschaft«, »mehr Wettbewerb« und daher »die Entflechtung großer Konzerne«.

### Ist »Die Linke« eine andere Partei geworden?

Ekkehard Lieberam beklagt, dass »Die Linke« eine andere Partei geworden sei, als systemoppositionelle Partei habe sie sich verabschiedet. Aber ist sie dies jemals gewesen? Wir bezweifeln das: Die Frage ist doch, wie haben die Menschen, die in der Vergangenheit »Die Linke« gewählt haben, diese und ihre Vorläuferorganisation PDS konkret erlebt?

Als Teil einer außerparlamentarischen Bewegung, die Druck ausübt, oder vielmehr als Partei, die durch Stützung von Minderheitsregierungen oder durch Koalitionen auf kommunaler und Länderebene um der lieben Beteiligung willen erhebliche »Kröten« schlucken musste und den Sozialabbau nicht verhindern konnte? Wir fürchten, Letzteres ist der Fall: Harald Wolf stellt in seinem Buch »(Nicht)Regieren ist auch keine Lösung« eine ganze Reihe solcher Beteiligungen dar: » So tolerierte die PDS in Sachsen-Anhalt von 1994 bis 1998 eine rot-grüne Minderheitenregierung und von 1998 bis 2002 eine sozialdemokratische Minderheitenregierung. Und die nordrhein-westfälische Linke stützte von 2010 bis 2012 ein rot-grünes Kabinett. 1998 bis 2006 regierte die PDS Mecklenburg-Vorpommern in einer Koalitionsregierung mit der SPD, in Berlin regierte eine rot-rote Koalition von 2002 bis 2011, in Brandenburg von 2009 bis 2019. In Thüringen gelang es seit 2012 erstmals, mit Bodo Ramelow einen linken Ministerpräsidenten zu stellen und eine rot-rot-grüne Koalition zu bilden. Seit 2016 regiert auch die Linke in Berlin gemeinsam mit Sozialdemokraten und Grünen und 2019 kam es in Bremen gemeinsam mit Sozialdemokraten und Grünen zur ersten Regierungsbeteiligung der Linken in einem westdeutschen Bundesland.«

Haben diese »parlamentarischen Bündnisse mit anderen politischen Kräften« nun den »angestrebten Richtungswechsel in Politik und Gesellschaft« gefördert (siehe Erfurter Programm, das Letzteres als Bedingung für solche Bündnisse formuliert hatte)? Das Gegenteil ist der Fall, weil die Einbindung der PDS und der Linken in den Sozialabbau dazu führte, dass der Protest gegen diese Entwicklung erheblich geschwächt wurde. Die Linke konnte ja schlecht Verkäufen von kommunalen Wohnungen, der Erhöhung von Kindergartenbeiträgen, dem Abbau von Lehrerstellen zustimmen oder diese Maßnahmen tolerieren und gleichzeitig Proteste dagegen in der Öffentlichkeit unterstützen. Aktuelles Beispiel Bremen: Die taz vom 17.2.21 berichtet aus Bremen, dass mit dem Einverständnis der linken Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard, die gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzende der Klinikholding Gesundheit Nord ist, in den vier Krankenhäusern der Stadt 440 Vollzeitstellen gestrichen werden

sollen. Dagegen entsteht Protest. Natürlich forderte das Bürgerschaftswahlprogramm der Linken von 2019 für die kommunalen Krankenhäuser das genaue Gegenteil: »In den Krankenhäusern herrscht Pflegenotstand – in Bremen fehlen (laut der Gewerkschaft ver.di) rund 1500 examinierte Pflegekräfte auf den Stationen (...) Wo Beschäftigte sich in tariflichen Kämpfen für mehr Personal engagieren, unterstützen wir sie oder sind selbst aktiver Teil von Bündnissen.« Die richtigen Forderungen der Partei »Die Linke« stoßen sich aber an einer Realität, die der linke Koalitionspartner »geerbt« hat: Ein Investitionsstau der kommunalen Krankenhäuser von über 45 Millionen Euro bei gleichzeitiger Überschuldung Bremens. Das benötigte Geld sollen die Krankenhäuser nun durch Stellenabbau selbst erwirtschaften. Bisher argumentiert die linke Gesundheitsministerin nicht anders als ihre grünen und sozialdemokratischen Koalitionspartner, nämlich mit dem Gebot der Wirtschaftlichkeit und Verantwortung für das Ganze.

### Verstärkung von Passivität und Ohnmacht

Gerade diese Einbindung in das Getriebe des bürgerlichen Staates, der letztendlich trotz Widersprüchen die Funktion hat, die Verwertungsbedingungen des Gesamtkapitals in deren Profitinteresse zu gestalten, hat zu Enttäuschungen bei den Wählern geführt. Anstatt deutlich zu sagen: Wir können auf Parlamentsebene nichts erreichen, wenn ihr nicht für unsere und eure Forderungen auf der Straße und in den Betrieben kämpft, hat »Die Linke« die Passivität und Ohnmacht verstärkt, indem sie bloße Wahlerfolge schon als Erfolge linker Politik verkauft hat. Diese Einschätzung teilt auch der stellvertretende Vorsitzende der Partei »Die Linke« in Brandenburg. Dort hatte »Die Linke« nur noch 8,5 % der Stimmen erhalten und damit ihren Anteil der Wählerstimmen im Vergleich zu 2017 halbiert. In einem Interview mit der JW vom 6./7. November stellt er fest: »Es war ein Fehler, jahrelang zu kommunizieren: Wählt uns, dann schaffen wir Hartz IV ab. Viele Menschen haben gesehen, dass wir das nicht können. Wir müssen vermitteln: Wir können nur mit euch, aber nicht stellvertretend für euch gewinnen.« Aber hat die Partei aus solchen Einschätzungen und Erfahrungen gelernt?

So wird aktuell die Fortführung der rot-rot-grünen Koalition in Berlin und die rot-rote Koalition in Mecklenburg-Vorpommern als großer Erfolg der Linkspartei gefeiert, dabei zeigt sich schon im Vorfeld, dass beide Vorhaben in Ernüchterungen enden werden.

Schon vor dem Votum der Parteidelegierten hatte Dietmar Bartsch in Güstrow zur Zustimmung für die Koalition mit der SPD aufgerufen: Die Linke sei regierungsfähig, und »Die Linke ist auch regierungswillig«. Dieser Koalitionsvertrag sei eine Chance für »Die Linke«, aber auch für das ganze Land. Danach votierten für den Koalitionsvertrag 79 Delegierte bei nur einer Gegenstimme. Das zeigt aber doch, dass quer durch alle Landesverbände die Orientierung vieler Mitglieder sich fast ausschließlich richtet auf Mitgestaltung und Mitregieren, völlig unabhängig davon, was man gedenkt über solche Koalitionen durchsetzen zu können. Offenbar reicht es schon für einen »Erfolg«, wenn man zwei Ministerposten

erhält, dafür nimmt man in Kauf, dass man nicht mehr ist als ein »Wurmfortsatz« der SPD. Die Linke hatte im Wahlkampf 1000 Lehrerstellen zusätzlich gefordert und dies auch in den Koalitionsvertrag diktiert, aber schon jetzt zeigt sich, dass es gar keine zusätzlichen Stellen sein werden, sondern bestenfalls Neubesetzungen für pensionierte LehrerInnen oder Verlängerungen von befristeten Stellen. Außerdem stehen alle Reformvorhaben unter Haushaltsvorbehalt. Dass die Anpassung so weit geht, dass auch gleich die Geschichte der DDR mit »entsorgt« wird, wundert dann auch nicht mehr. Unter dem Stichwort »Erinnerungskultur« findet sich der gemeinsame Auftrag von rot-rot: »Die Koalitionspartner erinnern an das in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR geschehene Unrecht« Die »Überwindung der Grenzen und des Unrechts der SED-Diktatur« bleibe »Teil der Gedenkkultur des Landes«. Aber auch dagegen gab es keinen Aufschrei in der Mitgliedschaft der Linken. Für Mecklenburg-Vorpommern dürfte das gelten, was auch für die übrigen ostdeutschen Länder gilt: Ein großer Teil derjenigen GenossInnen, die die DDR noch bewusst erlebt oder sogar als SED-Mitglieder aktiv gestaltet hat, ist entweder schon verstorben oder hat sich aus Altersgründen zurückgezogen. Die Kahlschlagprivatisierung und die damit verbundene Vernichtung des DDR-Volkvermögens konnte nicht verhindert werden. Zurückgeblieben ist gerade bei den älteren GenossInnen, die sowohl den Niedergang der DDR als auch die kampflose Übernahme durch die BRD erlebt haben, Resignation und Rückzug!

Mindestens genauso erbärmlich stellt sich das Verhalten etlicher Delegierter und des Vorstandes in Berlin dar. Allerdings ist hier die Unterwerfung der Partei »Die Linke« unter die grünen und sozialdemokratischen Koalitionspartner nicht so einfach wie vom Genossen Lederer und seinen Anhängern erwünscht: Es gibt innerhalb und vor allem außerhalb der Partei erheblichen Widerspruch gegen den Versuch, den Volksentscheid zur Vergesellschaftung von Wohnungskonzernen zu verwässern. Ein Landesparteitag hatte einen Antrag niedergebügelt, der die schnelle Umsetzung des Volksentscheids per Gesetz zu einer Voraussetzung für die Koalition machen wollte. Stattdessen wurde ein Antrag abgestimmt, der das Vorgehen unterstützte, das in den Sondierungsgesprächen vorgesehen war: Eine Expertenkommission soll einberufen werden, die »Möglichkeiten, Wege und Voraussetzungen der Umsetzung« des Volksentscheids prüft und Empfehlungen für das weitere Vorgehen des Berliner Senats erarbeiten soll. Sollte sich diese opportunistische Haltung – nur um des Machterhalts willen – tatsächlich durchsetzen, wäre dies ein weiterer Sargnagel für die Partei »Die Linke«. An einem solchen konkreten Verhalten zeigt sich, ob »Die Linke« noch systemoppositionell ist oder eben nicht – da mag in den Wahlprogrammen stehen, was will. Nur wenn sie ohne Wenn und Aber kapitalismuskritische außerparlamentarische Bewegungen unterstützt und sich als deren Teil und Sprachrohr begreift, hat sie noch eine Chance. Als reine Gestaltungs- und Parlamentspartei wird sie untergehen. **Eine zweite Sozialdemokratie braucht niemand.**

Brigitte, Jürgen, Rolf, 16.11.21 ■



Fotos Wikipedia

## Welche Bedeutung hat die Bundestagswahl für die künftige Außen- und Sicherheitspolitik?

**Der folgende Artikel ist ein Nachdruck des Leitartikels aus der »Arbeiterstimme« Nr. 214 vom 22. November 2021. An den grundlegenden Aussagen hat sich nach der Besiegelung der Ampelkoalition nichts geändert.**

Man darf in dieser Berliner Republik über so manches unterschiedlicher Auffassung sein, deshalb gibt es ja auch unterschiedliche Parteien, die mehr oder weniger unterschiedliche Interessen bedienen. Bezüglich der Außen- und Sicherheitspolitik gilt das aber nicht, wenn Parteien sich an einer Bundesregierung beteiligen wollen. Sie müssen im Vorfeld ein Bekenntnis zur NATO, also zu dem militärischen Bündnis abgeben, das vom Kalten Krieg übrig geblieben ist. Gelegentlich ist auch von der Zustimmung zur westlichen Wertegemeinschaft die Rede. Nur unter dieser Voraussetzung ist eine Regierungsbeteiligung möglich.

Noch in der Spiegel-Ausgabe vom 18. September, also kurz vor der Wahl, wurde eine umfragebasierte, sog. rot-grün-rote Koalition für denkbar gehalten. Es hieß da: »Zuletzt ergab sich in mehreren Umfragen eine Mehrheit für eine Koalition aus SPD, Grünen und Linken, wobei sich Sozialdemokraten und Grüne von dieser Option distanzieren, sie aber auch nicht explizit ausschließen. Als heikelster Knackpunkt für eine Koalition gilt die Außen- und Sicherheitspolitik.« Dabei war »Die Linke« die einzige Partei, die im Bundestag von Anfang an gegen die Einsätze der Bundeswehr in Afghanistan stimmte und mit ihrer Einschätzung richtig lag. Das Afghanistan-Desaster spielte aber im Wahlkampf so gut wie keine Rolle. Wie war das möglich? Lag es nicht für alle sichtbar auf der Hand, dass die Bundeswehr in einen Krieg geschickt worden war, der nicht zu gewinnen war? Tatsächlich gelang es Medien und bürgerlichem Politikbetrieb das Thema zu drehen, indem sie ein neues Fass aufmachten. Jetzt sollten sich nicht mehr die Befürworter der Afghanistaneinsätze der Bundeswehr für ihre Fehleinschätzungen rechtfertigen müssen. Da sich die Abgeordneten der »Linken« mehrheitlich bei der Abstimmung über das Mandat zur Rückholung der sog. Ortskräfte aus nachvollziehbaren Gründen enthalten hatten, wurden ihnen moralische Defizite unterstellt. Kann man mit solchen Leuten eine Regierung bilden, die »unsere afghanischen Hiwis« im Stich lassen wollten?

Nun ja, die Wahl ist vorbei. Das desaströse Wahlergebnis der Linkspartei hat die Debatte um ein mögliches Mitte-Links-Bündnis beendet. Olaf Scholz von der SPD ergriff die Gelegenheit, das Erbe von Angela Merkel anzutreten und zusammen mit den Grünen und der FDP eine Koalition der Mitte ins Auge zu fassen. Bei den Sondierungsgesprächen war der Bereich Sicherheits- und Außenpolitik kein Knackpunkt. Wurde überhaupt darüber gesprochen?

### Unterschiede nur in Nuancen

Beate Landefeld schrieb in den »Marxistischen Blätter (4/21)« noch vor der Wahl: »*Unterschiede in den Inhalten sind nur in Nuancen erkennbar. In der Außenpolitik sind CDU/CSU, FDP, Grüne und SPD für die Stärkung der NATO, d.h. für weitere Aufrüstung inklusive Großprojekte wie das FCAS (auf deutsch: Zukünftiges Luftkampfsystem). CDU/CSU und FDP pochen auf formelles Einhalten des Zwei-Prozent-Ziels der NATO. Die Grünen wollen vom Bedarf der Bundeswehr ausgehen. Die SPD will Ausgaben für Entwicklungshilfe mitrechnen und parallel über Abrüstung verhandeln. CDU/CSU, FDP, Grüne und SPD wollen die EU als Vehikel deutscher Weltpolitik handlungsfähiger machen. Sie soll auf Augenhöhe mit den USA agieren. Russland und China sind zu Feindbildern erklärt. Imperialistische Aggression, Einmischung, Wirtschaftssanktionen im Namen »westlicher Werte« sind Teil der Weltmachtausstattung der EU. Die Grünen tun sich als »Werteimperialisten« besonders hervor. Als einzige lehnen sie zudem Nordstream 2 ab.*« Aber letzteres sollte man nicht zu ernst nehmen. Daran wird die Truppe von Baerbock, Habeck und Co. die Koalitionsverhandlungen nicht scheitern lassen. Die hier genannten fünf Parteien dokumentierten ihre außenpolitischen Übereinstimmungen im jeweiligen Wahlprogramm und in den öffentlichen Auftritten ihres Führungspersonals. Bei einer SPD-geführten Regierung, in der Olaf Scholz als Kanzler die Richtlinienkompetenz hat, ist davon auszugehen, dass in Fragen von Außen- und Sicherheitspolitik nur marginale Unterschiede – wenn überhaupt – zu christsozialen Vorstellungen bestehen.

Die Neue »Züricher Zeitung« (NZZ), eines der rechtskonservativen deutschsprachigen Leitmedien, beauftrag-

te kurz nach der Wahl Martin Klingst, die außenpolitische Agenda von Olaf Scholz zu thematisieren. Martin Klingst ist Senior Expert & Nonresident Author bei der Atlantik-Brücke, einer 1952 gegründeten Vereinigung von rund 500 Mitgliedern, die aus den Bereichen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien von beiden Seiten des Atlantiks berufen werden. *»Wie Merkel will auch Scholz die deutschen Verteidigungsausgaben weiter steigern, allerdings, wie er weich formuliert: stets im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten im Bundeshaushalt – und nicht starr ausgerichtet an dem einst in der Nato vereinbarten Zwei-Prozent-Ziel. Und anders als die Linken in seiner Partei ist er auch für die Anschaffung bewaffneter Drohnen. In der FDP und bei den Realos unter den Grünen bekäme er dafür Unterstützung.«* Die Kolumne war überschrieben mit *»Kontinuität mit Akzenten – Scholz' außenpolitische Agenda«*. Was übrigens die Beschaffung bewaffneter Drohnen betrifft, ist die SPD in einem kreativen Selbstfindungsprozess, der – und das dürfte niemand überraschen – demnächst mit einem positiven Votum abgeschlossen sein wird. Es dauert halt bei der SPD wegen einiger Bedenkenräger etwas länger. Bei CDU und CSU ging es schneller, aber die haben gerade ganz andere Probleme.

## Bundeswehr der Zukunft

Wenn demnächst die neue Regierung antritt, wird die Verteidigungsministerin oder der Verteidigungsminister eine strategische Neuausrichtung der Bundeswehr vorfinden. Bereits am 18. Mai 2021 legten Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und der Generalinspekteur der Bundeswehr, der Heeresgeneral Eberhard Zorn, der kürzlich den großen Zapfenstreich abnahm, *»Eckpunkte für die Bundeswehr der Zukunft«* vor. Den Eckpunkten ist zu entnehmen, dass die Bundeswehr die Führung im Bereich der Bündnisverteidigung in Europa übernehmen soll. *»Würde im Falle eines Wechsels die neue Spitze des Ministeriums zentrale Strukturveränderungen oder Vorschläge grundlegend zurückweisen, würden sich relevante Teile der Truppe schnell gegen den/die neue Minister\*in stellen«*, schreibt Martin Kirsch in *»Bundeswehr der Zukunft«*.

Ausgangspunkt für die neue Strategie ist eine Einschätzung, die von folgenden Annahmen ausgeht: Man habe es mit einer *»massive(n) russische(n) Aufrüstung«* und einer *»zunehmend aggressiv ausgreifende(n) Machtpolitik Chinas«* zu tun. Das hat zwar nur bedingt etwas mit der Realität zu tun, aber ohne ein Feindbild kann man ständig steigende Rüstungsausgaben im Bundeshaushalt gegenüber der eigenen Bevölkerung nur schwer erklären. Wer das Eckpunktepapier genau liest, stößt auf folgende Aussage: *»Konflikte werden künftig über alle Dimensionen (...) hinweg geführt und entschieden, mit einem schnellen Wechsel des Schwerpunktes und dabei häufig mit hybriden Maßnahmen an der Schnittstelle Frieden-Krise-Krieg gezielt überlagert und verschleiert.«* Ein Satz, den man auf Anhieb nicht verstehen muss. Martin Kirsch interpretiert ihn so: *»Friedenszeiten sind in dieser Denke quasi ausgeschlossen, weil es permanent vonnöten sei, die feindlichen Systeme auszuspähen und zu testen. Sei es durch verdeckte Cyberangriffe, durch*

*Überflüge von Kampf- und Aufklärungsflugzeugen entlang der gegnerischen Linien oder das Kreuzen von Schiffen durch Seegebiete, die vom Gegner als eigenes Territorium angesehen werden.«* Das erinnert doch sehr an Provokationen entlang der chinesischen Grenze, vor allem in der Taiwanstraße. Zu ergänzen wären noch Großmanöver, die gefährlich nah an der russischen Grenze abgehalten werden. Man könnte es auch so auf den Punkt bringen: Die starre Trennung von Friedens- und Kriegszeiten wird aufgehoben. Die neue Realität ist der *»lauwarme Krieg«*, wie es Brigadegeneral Frank Leidenberger schon 2018 formulierte. Ein Zustand, der sich nicht mehr von einem heißen Krieg abgrenzen lässt.

So ist es auch nur folgerichtig, wenn ein Nationaler Sicherheitsrat gefordert wird, eine Art Kriegskabinetts. Es muss ja alles sehr schnell gehen, da wäre das Parlament nur hinderlich. Wen kümmert da noch das Gerede von der sog. Parlamentsarmee? Diese Entwicklungen gehen an der Öffentlichkeit komplett vorbei. Sie spielten im Wahlkampf keine Rolle. Und keine der Parteien, die an den Koalitionsverhandlungen beteiligt sind, werden an der vorgegebenen sicherheitspolitischen Konzeption etwas ändern wollen oder können. Man mag von Olaf Scholz halten, was man will, aber in sicherheitspolitischen Fragen hat er frühzeitig im Bundestag klare Kante gezeigt: *»Und für mich bedeutet das auch, dass wir alles dafür tun müssen, dass wir unsere Verteidigungsanstrengungen auch gut gewährleisten können. Deshalb bin ich froh, dass in dieser Legislaturperiode die schlechte Zeit für die Bundeswehr, die begonnen hat bei der schwarz-gelben Koalition – es tut mir leid, das sagen zu müssen – endlich zu Ende gegangen ist. Dass der Bundeswehrhaushalt die größte Steigerung in den letzten Jahren gekriegt hat. Das war richtig so und diesen Weg werden wir weiter beschreiten.«* Und Annalena Baerbock, Kanzlerkandidatin der Grünen und künftige Ministerin im Kabinettscholz, machte rechtzeitig den Kotau, indem sie eingestand: *»Wir müssen uns da ehrlich machen. Ja, in manchen Bereichen muss man mehr investieren, damit Gewehre schießen und Nachtsichtgeräte funktionieren.«* Eine bemerkenswerte Aussage der Frontfrau einer Partei, die einmal einen pazifistischen Anspruch hatte. Mit Äußerungen dieser Art wird man schnell mal z.B. Verteidigungsministerin. Damit bezogen sich Scholz und Baerbock sicher auch positiv auf die großen Projekte der militärischen Aufrüstung, die in Planung sind, wie etwa FCAS.

## FCAS, das strategische Projekt einer europäischen Luftwaffe

FCAS ist die Abkürzung für »Future Combat Air System«, was auf Deutsch soviel heißt wie Zukünftiges Luftkampfsystem. Es handelt sich um ein integriertes System, das Mehrzweckkampfflugzeuge der neuen, nunmehr sechsten Generation, Drohnen, Satelliten, Kommando- und Kontrollflugzeuge aufeinander abstimmt. Entwickelt wird das System vor allem von französischen und deutschen Rüstungskonzernen. Weitere europäische Staaten wie Spanien und Belgien sind eher am Rande beteiligt. Das System steht in Konkurrenz zur US-Rüstungsindustrie und soll 2040 einsatzfähig sein. Luftwaffeninspek-

teur Ingo Gerhartz bezeichnete das Projekt als »das größte europäische Rüstungsprojekt überhaupt« und es sei für ihn »ein Ausdruck der europäischen Souveränität«. Es gilt auch als wichtiger Schritt zur Automatisierung des Krieges mittels künstlicher Intelligenz.

Es wird niemand überraschen, dass ein derart langfristiges und groß dimensioniertes Unterfangen den Verteidigungshaushalt sprengen würde. Von dreistelligem Milliardenbereich soll die Rede sein. Reinhard Brandl, CSU-MdB aus Ingolstadt und Mitglied im Verteidigungs- und Haushaltsausschuss, wünscht sich, und da dürfte er bei Olaf Scholz offene Türen einrennen: »Für mich wär's wichtig, dieses Projekt aus der reinen Finanzierungsverantwortung der Bundeswehr herauszunehmen und die ganzen Forschungs- und Entwicklungsaufgaben über einen anderen Topf zu finanzieren.« Das wird nicht schwierig, war es doch schon immer gängige Praxis, Teile von Rüstungsprojekten unter anderen Haushaltstiteln zu verstecken. Nicht zufällig erhielt die Fraktion »Die Linke« unlängst auf eine parlamentarische Anfrage zu Rüstungsbeschaffungen in der 19. Legislaturperiode keine zahlenbasierte Antwort. Eigentlich wäre jetzt nach dem Fiasco des Afghanistankrieges, der lange Zeit kein Krieg sein sollte, ein gründliches Nachdenken angebracht. Es wäre auch eine gute Gelegenheit zum Umdenken. Aber das wird nicht passieren.

Der französische Sozialist Jean Jaurès hat es zeitlos so formuliert: »Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.« Krieg um Rohstoffe und Ressourcen, Krieg um Marktöffnung und Privatisierung und Krieg als Wirtschaftszweig. Darum geht es. Dafür halten sich imperialistische Staaten bewaffnete Truppen und sorgen dafür, dass sie auf dem neuesten Stand der Militärtechnik sind. Mit Abrüstung – wenn auch nur in moderater Form – sind die Kriege nicht zu führen, schon deshalb wäre eine Beteiligung der Linkspartei an einer Bundesregierung nicht möglich gewesen. Darüber vor der Wahl Illusionen zu verbreiten, konnte nicht zielführend sein, sofern man das eigene Programm ernst nimmt. Im Wahlprogramm der Linkspartei hieß es: »Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Außenpolitik und stehen für gewaltfreie Konfliktlösung und grenzübergreifende Kooperation, statt Rüstungsexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr.« Dieser Paradigmenwechsel, so sehr man ihn sich wünschen würde, ist mit SPD, Grünen und FDP auf absehbare Zeit nicht möglich. Der Eintrittspreis in eine Regierung ist, wie bereits erwähnt, ein Ja zur NATO mit allen Implikationen. Das wurde bei den Wahldiskussionen zu sicherheitspolitischen und außenpolitischen Themen unisono betont. Es wurde und wird auch von den relevanten Medien im Land eingefordert. In Punkt 10 des Sondierungspapiers der drei Parteien, überschrieben mit »Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt«, heißt es: »Das transatlantische Bündnis ist ..zentraler Pfeiler und die NATO unverzichtbarer Teil unserer Sicherheit.«

Es ist wieder, wie zu Zeiten des Kalten Krieges, die Rede von Systemkonkurrenz. Der Systemwettbewerb soll geführt werden mit »autoritären Staaten und Diktaturen«. Dass damit in erster Linie China und Russland gemeint sind, muss im Papier nicht extra erwähnt werden. Der Afghanistan-Einsatz soll mit »wissenschaft-

licher Expertise« evaluiert werden. Zu welchem Zweck? »Die gewonnenen Erkenntnisse müssen praxisnah und zukunftsgerichtet aufbereitet werden, so dass sie in die Gestaltung zukünftiger deutscher Auslandseinsätze einfließen.« Will man doch bei den nächsten Kriegseinsätzen erfolgreicher sein. Auf vieles im Sondierungspapier wäre noch hinzuweisen, aber es wird ja absehbar durch eine konkretere Koalitionsvereinbarung abgelöst.

## Trübe Aussichten

Die nächste Regierung übernimmt eine Reihe ungelöster Konflikte. Auch wenn der Bundeswehreininsatz in Mali in den Medien kaum noch thematisiert wird, ist das Scheitern nicht mehr zu bestreiten. Dazu kommen divergierende Interessen in der EU. Osteuropäische Staaten wie Polen und Ungarn definieren ihre Interessen zunehmend anders, als das der EU-Zentrale lieb ist. Das Prinzip der Einstimmigkeit bei Beschlüssen erschwert die Handlungsfähigkeit zusätzlich. Das Verhältnis zu Großbritannien ist nach dem Brexit immer noch nicht gänzlich geklärt. In der EU haben NATO-Mitglieder und neutrale EU-Staaten (Finnland, Irland, Malta, Österreich, Schweden und Zypern) grundsätzliche strategische Differenzen. Josef Biden mag im Umgang angenehmer sein als sein Vorgänger. Er ist aber mit Sicherheit ein knallharter Vertreter von US-Interessen, was sich im Zusammenhang mit dem Ausstieg Australiens aus dem französischen U-Boot-Geschäft zeigte. Olaf Scholz wird als nächster Kanzler wie seine Vorgängerin viel damit beschäftigt sein, vorhandene Konflikte zu moderieren. Was das Verhältnis zu China betrifft, wird er zwischen den Interessen deutscher Konzerne und denen der NATO-Scharfmacher (evtl. auch in der eigenen Regierung) lavieren müssen. Die Gemengelage ist derart kompliziert, dass für große Visionen wenig Raum bleibt. Vor kurzem kam noch erschwerend hinzu, dass Russland seine Kontakte zur NATO abbrach, nachdem diese mehreren russischen Diplomaten ihre Akkreditierungen entzogen hatte. Der Vorwurf, sie hätten für den Geheimdienst ihres Landes gearbeitet, ist lächerlich. Natürlich haben sie das, genauso wie es die Diplomaten der NATO getan haben, die in Moskau akkreditiert waren. Es stehen uns frostige Zeiten bevor.



Proteste zur Eröffnung des Bundeswehr-Showrooms in Berlin mit der Verteidigungsministerin, 27.01.2015, Foto Wikipedia



Mietendemo 11. September 2021 (Foto: Peter Hohman/Gegendruck)

■ KOALITIONSVERHANDLUNGEN ZUR BILDUNG DES BERLINER SENATS MIT STOLPERSTEINEN:

## »Die Linke«: Dilemma für die Befürworter einer Regierungsbeteiligung

Schon im Wahlkampf für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin machte Franziska Giffey deutlich, dass sie kein Interesse an der Fortsetzung der rot-rot-grünen Koalition hatte. Inhaltlich machte sie Wahlkampf mit Positionen, wie sie auch von den beiden bürgerlichen Oppositionsparteien (CDU und FDP) vertreten werden. Erstens mit dem Thema innere Sicherheit, das sie in den Vordergrund ihrer Wahlkampfauftritte stellte. Zweitens mit der strikten Ablehnung der Umsetzung der Volksabstimmung zur Enteignung von Deutsche Wohnen & Co sowie stärkerer staatlicher Eingriffe zur Deckelung der Mieten. In dieser Frage erhielt sie Rückendeckung durch die Oppositionsparteien und durch zwei Gerichtsentscheidungen. Das Bundesverfassungsgericht kassierte den Berliner Mietendeckel, und das Vorkaufsrecht der Bezirke in Milieuschutzgebieten wurde durch das Verwaltungsgericht gekippt.

### Mit ihrer Spitzenkandidatin Giffey rückt die Berliner SPD nach rechts

Franziska Giffeys politische Karriere begann als »Ziehkind« des ehemaligen Neuköllner Bürgermeisters Heinz Buschkowsky, deren Nachfolgerin sie wurde. Busch-

kowsky war ein Vertreter des äußerst rechten Flügels in der Berliner Sozialdemokratie. »Bundesweit bekannt wurde er 2004 mit der These ‚Multikulti ist gescheitert‘.«<sup>1</sup> Seine Law-and-Order-Politik, versehen mit den entsprechenden Biertischparolen, fand in größeren Teilen der Berliner Bevölkerung durchaus Zuspruch.

Die Benennung der Spitzenkandidatin für die Berliner SPD erfolgte unter einem entscheidenden Gesichtspunkt: Wer hat nach den Meinungsumfragen die größte Chance, der Partei die Mehrheit und den Sessel des Regierenden Bürgermeisters zu sichern? Die Wahl fiel auf die inzwischen zur Bundesfamilienministerin aufgestiegene und in Meinungsumfragen populäre Franziska Giffey. Dass deren Aussagen sich kaum mit der Programmatik der Partei und der bisherigen Mietenpolitik deckten, nahm die Sozialdemokratie in Kauf. Auch die Erschleichung des Dokortitels und dessen Entzug hinderte die Berliner SPD nicht daran, Giffey zur Spitzenkandidatin für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin zu wählen.

1 <https://www.tagesspiegel.de/berlin/neukoellns-buergermeister-multi-kulti-ist-gescheitert/562396.html>

Das Wahlergebnis bestätigte die SPD als stärkste Kraft im Abgeordnetenhaus und brachte eine deutliche Mehrheit für die Parteien der bisherigen Senatskoalition. Auf sie entfielen: SPD 21,4%, Grüne 18,9%, Linke 14,0%. Bei den Sondierungsgesprächen, in denen Giffey am liebsten die Linkspartei durch die FDP als Koalitionspartner ausgewechselt hätte, konnte sie sich mit dem Wunsch nach einem Partnerwechsel nicht durchsetzen. Sie scheidete an den Berliner Grünen, die sich für eine Fortsetzung der bisherigen Koalition aussprachen, und auch an der Stimmung in der Mitgliedschaft der eigenen Partei, die eine Ampelkoalition nicht wollte. So sah sie sich gezwungen, mit den alten Partnern erneut Koalitionsverhandlungen aufzunehmen. Inhaltlich bestimmte das sozialdemokratische Spitzenduo Giffey und Saleh mit ihren Vorgaben die Verhandlungen. Deshalb enthält die Koalitionsvereinbarung sowohl wirtschaftsliberale Ideen der FDP als auch ordnungspolitische Vorstellungen der Union, die von der zukünftigen Berliner Bürgermeisterin umgesetzt werden sollen.

### Rückblick 2002 bis 2011: Der Weg in die Regierungsverantwortung

Die Koalitions- und Tolerierungspolitik, das Bemühen um die gleichberechtigte Teilhabe im bürgerlich-parlamentarischen Gerangel sind so alt wie die Linkspartei selbst. 2002 war es in Berlin soweit; erstmals übernahm die PDS, wie die Linkspartei sich damals noch nannte, Regierungsverantwortung in einem Bundesland. Vorausgegangen war der Skandal um die Landesbank Berlin, in den zahlreiche Berliner CDU-Größen verwickelt waren. Die große Koalition brach auseinander. Der Regierende Bürgermeister Wowereit bildete vorübergehend einen rot-grünen Minderheitssenat, der von der PDS toleriert wurde und dann zur Bildung der ersten rot-roten Koalition in Berlin führte.

Die finanzielle Absicherung der insolventen Landesbank Berlin hatte zu einem enormen Anstieg des Schuldenbergs von Berlin geführt. »Sparen, bis es quietscht«, diese Aussage Wowereits wurde zum Leitmotiv der rot-roten Koalition, die über zwei Amtsperioden bis 2011 Berlin regierte. Den anfänglichen anti-kommunistischen Reflexen über die Regierungsbeteiligung der »Roten Socken«, die auch in Teilen der SPD vorherrschte, begegnete Klaus Wowereit mit dem Argument: Er wolle die PDS als Vertreterin der Interessen der ostdeutschen Bevölkerung entzaubern. Dies ist ihm gelungen. Ihr Stimmenanteil fiel von 22,6% im Jahr 2001 auf 13,4% bei der Abgeordnetenhauswahl 2006 und sank weiter auf 11,7% beim Urnengang 2011.

In die Zeit der rot-roten Koalition von 2002 bis 2011 fiel das Verschern des »Tafelsilbers« zur Sanierung des Berliner Haushalts. Ein Großteil des städtischen Wohnungsbestandes wurde an private Investoren verkauft. Den Sparvorgaben zum Opfer fielen auch zahlreiche Beschäftigte landeseigener Einrichtungen und Betriebe, wie die Belegschaft des Botanischen Gartens, der aus der Freien Universität zum Zwecke des Lohndumpings ausgegliedert wurde. 2003 wurden an der Charité alle nichtmedizinischen Tätigkeiten in die zunächst private Charité Facility Management (CFM) verlagert. 2009 erfolgte dies auch für die therapeutischen Tätigkeiten des Universitätsklinikums. Dies sind nur wenige Beispiele von Verschlechterungen für die Berliner Bevölkerung als Lohnabhängige und als Mieter\*innen, deren verheerende Wirkungen sich in den Folgejahren immer stärker bemerkbar machten. Die politische Mitverantwortung der Linkspartei spielte in den parteiinternen Diskussionen eine untergeordnete Rolle; die Kritik an der Regierungsbeteiligung blieb marginal und einflusslos. Dies war auch 2016 noch der Fall, als nach einer großen Koalition aus SPD und CDU die Linkspartei erneut Regierungsverantwortung in Berlin übernehmen konnte.<sup>2</sup>

### Koalieren um jeden Preis? – heftige Kontroversen in der Berliner Linkspartei

Auch 2021 waren Partei- und Fraktionsführung der Linkspartei bereit, die bitteren Pillen zu schlucken, die ihnen von den Grünen, der SPD und deren Spitzenkandidatin Giffey in der Koalitionsvereinbarung präsentiert wurden. Sie stießen aber im Gegensatz zu den vergangenen Legislaturperioden auf heftige innerparteiliche Kritik. Weit über 100 Berliner Mitglieder und Funktionsträger\*innen unterzeichneten einen offenen Aufruf:

#### »'Nein' zu diesem Koalitionsvertrag

*[...] Wir sind aktiv in den sozialen und politischen Bewegungen der Stadt, verankert im Kiez, der Schule, der Universität und im Betrieb. Viele erwarten von einer Koalition...*



Streikende Beschäftigte der CFM auf einer Wahlkundgebung der Linkspartei am 15. September 2011 im Gespräch mit Katrin Lomscher, damals noch Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz; 2016 wurde sie Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen.

2 Siehe auch Arbeiterpolitik vom April 2017 zum Koalitionsvertrag und zu Andrej Holm: <https://arbeiterpolitik.de/2017/04/koalitionsvertrag-in-berlinaussagen-zu-sozial-und-tarifpolitischen-fragen-bleiben-vage/>  
<https://arbeiterpolitik.de/2017/04/der-fall-andrej-holm-wie-flexibel-ist-die-linkspartei-in-der-regierungsverantwortung/>

lition mit SPD und Grünen einen [...] Politikwechsel für Berlin. Dieser Politikwechsel ist im Koalitionsvertrag nicht zu erkennen. Exemplarisch hierfür stehen drei zentrale Forderungen der LINKEN:

Die Koalitionspartner:innen wollen den erfolgreichen Volksentscheid »Deutsche Wohnen & Co. Enteignen!« nicht umsetzen. Statt eines konkreten Zeitplans zur Umsetzung soll eine »Expertenkommission zur Prüfung« eingesetzt werden, obwohl die Durchsetzung des Volksentscheids das zentrale Wahlversprechen der LINKEN ist. Zudem bleibt völlig unklar, wie die Kommission überhaupt zusammengesetzt ist.

Eine weitere wichtige Leerstelle ist die Klimapolitik. Die faktische Privatisierung der S-Bahn durch deren Ausschreibung [...] wird nicht zurückgenommen. Die Ausschreibung der S-Bahn verhindert eine Kommunalisierung für die nächsten Jahrzehnte. [...] Im Koalitionsvertrag fehlt eine klare Absage an die unsoziale City-Maut und eine Zielvereinbarung für Fahrpreissenkungen. Die LINKE.Berlin lehnt [...] die Ausschreibung der Berliner S-Bahn, sowie eine City-Maut ab und setzt sich für Fahrpreissenkungen ein.

Berlin ist deutscher Meister im Abschieben. Der Koalitionsvertrag sieht vor nur die nächtlichen Abschiebungen unter bestimmten Voraussetzungen auszusetzen, insgesamt wird aber an der menschenrechtswidrigen Abschiebepolitik festgehalten. Die LINKE.Berlin fordert hingegen den Ausbau der Willkommenskultur und Bleiberecht statt Abschiebungen.

Für uns ist klar: Ein »Weiter so« darf für DIE LINKE nicht in Frage kommen – das Wahldebakel im Bund war ein Warnschuss. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen halten wir den Eintritt der LINKE als Juniorpartnerin in eine Koalitionsregierung unter der Führung der rechten Sozialdemokratin Franziska Giffey für einen Fehler!«

## Wie ist dieser in der Linkspartei bisher einmalig breite Widerstand gegen eine weitere Regierungsbeteiligung zu erklären?

In den letzten Jahren hatten sich die Arbeitskämpfe in den outgesourcten Belegschaften städtischer Betriebe und Einrichtungen gehäuft – beispielsweise im Botanischen Garten der FU, bei der CFM oder anderen Tochterunternehmen der städtischen Kliniken. Es entstand in diesen Bereichen neues gewerkschaftliches Leben, das sich nicht nur gegen die Unternehmensführungen, sondern zugleich auch gegen den Senat als verantwortlichen Eigentümer richtete. Höhepunkt der Arbeitskämpfe wurden die über drei Monate dauernden Streiks an den städtischen Krankenhäusern und ihren outgesourcten Töchtern. Im Sommer und Herbst beherrschte die Berliner Krankenhausbewegung durch zahlreiche Aktionen, Kundgebungen, Demos etc. die kommunalpolitische Auseinandersetzung und die Berichterstattung in den Lokalmedien.

Auch der Bewegung gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung gelang es in den letzten Jahren immer wieder, Zehntausende Berliner\*innen zu mobilisieren. Sie fand ihre Fortsetzung in der Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen!«. Die Mietenpolitik wurde ein bestimmendes Thema im Wahlkampf, und die Initiative fand Rückhalt unter der Mehrheit der Berliner\*innen, wie das Ergebnis der Volksabstimmung zeigt. Für ein »JA« zur Enteignung hatten sich zudem auch die Berliner Gewerkschaftsorganisationen von IGM, ver.di und GEW ausgesprochen.

Die Krankenhausbewegung und die Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen!« unterstützten sich gegenseitig und konnten auch während des vergangenen Wahlkampfes immer wieder Tausende Aktivist\*innen für öffentlichkeitswirksame Aktionen mobilisieren. Dies

## »Ich bin Aktivist im Parlament«

Auszüge eines Interviews der »taz« vom 3. November 2021 mit Ferat Kocak, 42, gebürtiger Kreuzberger und in Neukölln aufgewachsen. Seit seiner Jugend engagiert er sich vor allem in den Bereichen Antirassismus und Antifaschismus – und geriet so in den Fokus von Nazis, die 2018 einen Brandanschlag auf ihn verübten. Für die Linke engagiert er sich seit 2016. Bei der Berlinwahl gelang ihm über den Listenplatz 14 der Einzug ins Abgeordnetenhaus.

taz: Herr Kocak, Sie haben sich gegen eine Koalition mit SPD und Grünen ausgesprochen; doch die Koalitionsgespräche laufen. Bereuen Sie schon, dass Sie sich ins Abgeordnetenhaus haben wählen lassen?

Ferat Kocak: Nein, im Gegenteil. Ich kann meine Position jetzt im Parlament vertreten. Ich will die Stimme der sozialen Bewegungen sein, ihnen Raum geben und meine Ressourcen für sie zur Verfügung stellen. Das heißt, dass ich mich jetzt nochmal mit DE Enteignen treffe, mit

der Krankenhaus- und Klimabewegung und antirassistischen Initiativen. [...]

Was spricht gegen eine Regierungsbeteiligung?

Wir sind nur dritte Kraft, haben Prozentpunkte verloren und keinen Regierungsauftrag erhalten. Im Sondierungspapier erkenne ich vor allem die Handschrift von Franziska Giffey, wenig die der Linken, wenig radikale Politik. Eine Ampel hätte auch kein wesentlich anderes Papier hervorgebracht. Wenn das die Basis für Koalitionsverhandlungen ist, sollten wir keine Angst davor haben, in die Opposition zu gehen.

Was wäre dann besser?

Dann müssten wir uns mit unserer Kritik an SPD und Grünen nicht zurückhalten und könnten viel besser soziale Bewegungen für uns gewinnen. Ich will den Wähler\*innen sagen: Wählt uns und wir kämpfen gemeinsam. Nicht: Wählt uns und wir regieren für euch. Auch bliebe die Kritik an der Regierung dann nicht Rechten und Konservativen überlassen.



wirkte auf und in die Linkspartei hinein, weil sich viele Mitglieder der Partei an den Aktivitäten beteiligten, sich in entsprechenden Initiativen engagierten oder organisierten. Die Linkspartei wurde und blieb die einzige parlamentarische Kraft, die das Volksbegehren befürwortete und für Zustimmung warb. Die Haltung der Berliner Linkspartei – sie war in der vergangenen Legislaturperiode verantwortlich für das Senatsressort Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – machte sich auch im Wahlergebnis positiv bemerkbar. Während die Bundespartei fast die Hälfte ihres Stimmenanteils verlor (von 9,2% 2017 auf 4,9% bei der BT-Wahl 2021) konnte die Berliner Parteiorganisation ihre Verluste auf 1,6% begrenzen (von 15,6% auf 14%).

Der Druck der außerparlamentarischen Aktivitäten und die Volksabstimmung – viele Parteimitglieder hatten nicht nur für die Linkspartei, sondern zugleich für ein JA zur Enteignung von Deutsche Wohnen und Co gewonnen – verschaffte der Kritik an der Regierungsbeteiligung eine Breite, die es bisher in der Linkspartei nicht gegeben hatte.

### **Landesparteitag der Linkspartei**

Der Parteivorstand, offensichtlich überrascht durch die Breite der Ablehnung am Koalitionsvertrag, versuchte vorzubeugen. Für den Landesparteitag hatten die Kritiker den Antrag eingebracht, ihre Position »Nein! zu diesem Koalitionsvertrag« als Empfehlung des Parteitages verabschieden zu lassen. Der Vorstand plädierte für Nichtbefassung und holte sich prominente Unterstützung. Die dem linken Flügel zugerechnete Janine Wissler<sup>3</sup> sprach sich vehement für eine Beteiligung an der Berliner Senatskoalition aus. Sie formulierte damit die Sichtweise und das Eigeninteresse der Linkspartei und ihres Apparates, der ja durch die Zuwendungen des Staates finanziert wird. Die große Mehrheit der hauptamtlich für die Partei Tätigen, der Mandatsträger\*innen und ihrer bezahlten Beschäftigten betrachten die gesellschaftlichen Entwicklungen und die Möglichkeiten ihrer Einflussnahme durch die parlamentarische Parteilinie. Die Stärkung der parlamentarischen Präsenz der Linkspartei soll, wenn möglich, in eine Regierungsbeteiligung münden; denn erst dadurch würden sich politische Gestaltungsmöglichkeiten für fortschrittliche Veränderungen eröffnen.

### **Mitgliedschaft der Linkspartei stimmt dem Koalitionsvertrag zu**

Von den gut 8.000 Parteimitgliedern beteiligte sich überhaupt nur etwas mehr als die Hälfte (53%) an der Befragung. Davon befürworteten 74,9% den Koalitionsvertrag, 22,4% lehnten ihn ab und der Rest enthielt sich. Selbst der liberal-konservativ ausgerichtete Berliner »Tagesspiegel« bewertet das Ergebnis der Mitgliederbefragung für die Linkspartei kritisch:

<sup>3</sup> »Aus der vom Verfassungsschutz beobachteten trotzkistischen Parteigruppierung Marx21 trat Wissler nach Bekanntgabe ihrer Kandidatur [zum Parteivoritz] aus.« (Hessenschau, 26.02.2021)

»[...] Mit einer klaren und im Vergleich zu 2016 doch deutlich knapperen Mehrheit von 75 Prozent der abgegebenen Stimmen votierten die Mitglieder der Berliner Linken für eine erneute Regierungsbeteiligung. Fünf Jahre zuvor waren es knapp 90 Prozent gewesen. [...] Sie [die Linke] wird zwar wieder Teil der Regierung und besetzt drei Senatsressorts, ihre Macht schwindet aber ganz erheblich. Wer statt des Mega-Themas Stadtentwicklung künftig ein geschrumpftes Justizressort sowie die Bereiche Kultur und Soziales verantwortet, kann die Zukunft der Stadt nur bedingt mitgestalten. Da hilft auch die vermeintlich ‚linke Handschrift‘ des Koalitionsvertrags wenig. Hinzu kommt: Die eigene Mehrheit ist brüchig. Erstens nahm nur die Hälfte der Mitglieder an der Abstimmung teil, zweitens könnte die Stimmung schnell kippen. Zur Umsetzung des von der Linken unterstützten Enteignungs-Volksentscheids ist eine Kommission geplant. Wird sie zu dessen Bestattungsunternehmen, hat die Linke ein Problem. Der rebellische Teil der Partei hat das am Freitag deutlich gemacht. Er wird keine Ruhe geben – im Gegenteil.« (»Tagesspiegel«, 18.12.2021)

Dass der Vorstand und die Fraktion der Linkspartei nach einer »Beerdigung« des Volksentscheids mit einer Aufkündigung der Koalition reagieren werden, ist aus den bisherigen Erfahrungen eher unwahrscheinlich. Den parteiinternen Kritiker\*innen einer Regierungsbeteiligung fällt die Aufgabe zu, weiterhin den sozialen und gewerkschaftlichen Widerstand in Berlin zu unterstützen. Nur wenn der außerparlamentarische Widerstand stärker wird und noch breitere Bevölkerungsteile erfasst, wird der Berliner Senat zu Zugeständnissen gezwungen, statt wie beim Volksentscheid konkrete Maßnahmen in eine Kommission zu verlagern, weil weder SPD noch Grüne sie umsetzen wollen. Die Linkspartei wird ihnen folgen, um ihre Zuverlässigkeit als Koalitionspartner unter Beweis zu stellen. Eine politische Perspektive gewinnen die Kritiker\*innen einer Regierungsbeteiligung in Berlin nur durch ihre Beteiligung an den außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen. Gleiches gilt auf Bundesebene, wo die Linkspartei durch eine immer stärkere Anpassung an die Positionen von SPD und Grünen ihre Bereitschaft zum Koalieren und Regieren signalisiert.

A.B., 20.12.2021 ■



Streikende Beschäftigte auf einer Kundgebung am 25. August 2021 vor der Vivanteszentrale



Kundgebung vor dem Vivantes-Klinikum Neukölln im September 2021 mit einer GDL-Delegation von der Berliner S-Bahn

## ■ KOALITIONSVERTRAG DES NEUEN SENATS VON BERLIN

# Keine Fortschritte für die Beschäftigten

In Berlin verliefen die Wahlen zum Bundestag vergleichbar zu denen im gesamten Bundesgebiet.

Die parallel zu ihnen abgehaltenen Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus zeichnen ein anderes Bild vom Rückhalt der Parteien bei den Wählern, wobei hier das Vergleichsjahr nicht wie bei der Bundestagswahl 2017 war, sondern 2016. Bei den Abgeordnetenhauswahlen verlor die SPD minimal, die CDU verzeichnete leichte Stimmenzuwächse und die Grünen gewannen drei Prozentpunkte. Die AfD verlor nahezu die Hälfte ihrer Wähler. »Die Linke« hielt sich mit einem Verlust von 1,6%-Punkten überraschend gut. Sie konnte den Absturz, den sie mit einem Verlust von sieben Prozentpunkten bei den Bundestagswahlen zu verzeichnen hatte, vermeiden.

### Gründe für die relative Stabilität der Linken

Betrachtet man das Wahlergebnis der »Linken« zu den Abgeordnetenhauswahlen näher, so ist auffällig, dass sie vor allem in den östlichen Bezirken der Stadt stark verloren hat. Ihr Anteil in Marzahn-Hellersdorf ging um 5,6%-Punkte zurück, in Lichtenberg um 5,9, in Treptow-Köpenick um 4,0 und in Pankow um 2,9. Dagegen lagen ihre Verluste in den westlichen Stadtteilen unter 1%-Punkten. In Neukölln gewann sie sogar 0,8%-Punkte, in Tempelhof-Schöneberg 0,1.

»Die Linke« hat einen Teil ihrer traditionellen Wähler aus dem Osten der Stadt verloren, die ihr seit dem Anschluss der DDR die Treue gehalten hatten. Gerade in Berlin, der Hauptstadt der DDR, gab es viele, die Funktionäre der SED wie der ihr nahestehenden Massenorganisationen waren, zentrale Positionen im Staatsapparat, im diplomatischen Dienst oder in den Sicherheitsorganen innehatten. Sie wurden nach 1990 entlassen und fanden nur schwer eine Arbeitsstelle.

Eine Reihe von ihnen ist mittlerweile verstorben. Einige dürften sich mit den neuen Verhältnissen arrangiert haben und nunmehr andere Parteien bevorzugen. Für diejenigen aus dem Ostteil der Stadt, die weiterhin »die Linke« wählen, bilden ihre Erfahrungen aus den Zeiten der DDR nicht mehr den alleinigen Maßstab für ihre Wahlentscheidung. Ihre Motive ähneln mittlerweile denen der Wähler der Partei aus dem Westteil Berlins.

In den westlichen Stadtbezirken lässt sich die relative Stabilität der »Linken« im Wesentlichen auf zwei Gründe zurückführen. Einmal ihr Engagement im Wohnungssektor, speziell ihr Eintreten für einen Mietendeckel und ihre Unterstützung für das Volksbegehren »Deutsche Wohnen enteignen!«. Zum anderen ihr Einsatz für die Beschäftigten in den prekären Arbeitssektoren der Stadt und hier besonders für die Lohnabhängigen in den senatseigenen Unternehmen.

So gelang es ihr, den Mindestlohn für die vom Senat vergebenen Aufträge und damit für alle Unternehmen des Senats in Etappen auf 12,50 Euro anzuheben. Nach jahrelangen Kämpfen der jeweils betroffenen Belegschaften setzte sie durch, dass die Ausgliederung der CFM (Charité Facility Management) wie der CPPZ (Charité Physiotherapie und Präventionszentrum GmbH) aus dem Klinikum Charité und des Botanischen Gartens aus der Freien Universität rückgängig gemacht wurde. Die Beschäftigten der CPPZ und des Botanischen Gartens erhalten sogar wieder den TVÖD der Länder. Ganz gelang dies bei den Töchtern der städtischen Kliniken Vivantes und Charité nicht, doch immerhin konnten bei ihnen Tarifverträge zu Entgelten und manteltarifvertragliche Regelungen abgeschlossen werden, die in der Struktur denen des TVÖD ähnlich sind und materiell etwa 90 bis 95 Prozent von deren Leistungen sichern. Ohne die Unter-

stützung der »Linken« wäre es auch für die Krankenhausbeschäftigten schwieriger gewesen, bei beiden städtischen Kliniken die Tarifverträge »Entlastung« durchzusetzen.

Einige dieser Ziele waren bereits in der Koalitionsvereinbarung 2016 grob beschrieben worden, doch stieß deren Umsetzung im Senat, den beteiligten Verwaltungen sowie den betroffenen Unternehmen und Institutionen auf energischen Widerstand. Erst nach monatelangen, erbitterten Auseinandersetzungen konnten die Beschäftigten ihre Forderungen umsetzen. Bei all diesen Kämpfen stand »Die Linke« an der Seite der Kolleg:innen. Vielleicht hier und da nicht energisch genug, doch knickte sie nie ein. Diese Haltung machte auf die Lohnabhängigen wie auf die in der Stadt politisch aktiven Kräfte Eindruck und verschaffte der Partei sogar in den Gewerkschaften Anerkennung.

Doch ist die Bilanz der »Linken« nach fünf Jahren Koalition in den für die lohnabhängig Beschäftigten wichtigen Fragen nicht ungetrübt. Sie akzeptierte nahezu widerstandslos die von den Grünen geforderte Ausschreibung der S-Bahn-Linien<sup>1</sup> und die Vergabe des Schulneubaus an die mit privaten Bauträgern zusammenarbeitende städtische Wohnungsbaugesellschaft HO-WEGE.

## Die Koalitionsverhandlungen

Mit dem relativ guten Wahlergebnis im Rücken hätte »Die Linke« mit einigem Selbstbewusstsein in die Sondierungs- und folgend in die Koalitionsverhandlungen gehen können, zumal die SPD in Berlin nicht gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen war. Mit den Berliner Grünen, die im Spektrum der Bundespartei auf dem linken Flügel angesiedelt sind, hätte es kaum Probleme gegeben. Eine Vielzahl ihrer Wähler leidet unter den prekären Beschäftigungsverhältnissen, die sich gerade bei jungen »innovativen« Unternehmen durchgesetzt haben, dem Lohndumping, den explodierenden Mieten wie dem Fehlen von Wohnraum. Sie sind offen für eine Stadtpolitik, die sich wie bei der »Linken« von sozialstaatlichen Vorstellungen leiten lässt. Im Gegenzug war die Linke wie schon in den letzten Jahren bereit, die ökologischen Vorhaben der Grünen im Bereich Energie und städtische Mobilität zu unterstützen.

Doch die SPD machte diese Überlegungen der »Linken« zunichte. Sie konnte schon bei den Sondierungsverhandlungen zentrale Themen ihrer Agenda platzieren, weil ihre Spitzenkandidatin, die Ex-Doktorin Franziska Giffey, zunächst eine Koalition mit den Grünen und der FDP bilden wollte. Da aber die Grünen dies ablehnten und erhebliche Teile der SPD für eine Fortsetzung der Koalition der letzten fünf Jahre eintraten, sah sie sich genötigt, die von ihr gehasste »Linke« mit ins Boot zu nehmen. Sie setzte aber durch, dass »Die Linke« keines ihrer zentralen Wahlversprechen im Koalitionsvertrag unterbringen konnte und schließlich bei der Postenbesetzung im Senat auch ins Hintertreffen geriet.

## Ein Katalog unverbindlicher Absichtserklärungen

Schaut man sich den Koalitionsvertrag näher an, so zeichnet er sich durch seine blumige Sprache aus. Nur wenige Vorhaben der nächsten Jahre werden inhaltlich präzise bestimmt. Es fehlt häufig ein Datum, bis zu dem sie verwirklicht werden sollen.

Ganz besonders trifft dies auf die Vereinbarungen zu, die für die Beschäftigten der Stadt von Bedeutung sind. Sie finden sich im Koalitionsvertrag unter der Kapitelüberschrift »Arbeit«.

Die guten Ansätze der Koalitionsvereinbarung von 2016 zu diesem Thema werden zwar in dem neuen Koalitionsvertrag nicht in Frage gestellt, doch sie werden auch nicht weiterentwickelt.

Verbindliche Aussagen gibt es nur wenige. Zu ihnen gehört die Zusage, auch zukünftig bei Neueinstellungen in den Unternehmen des Landes auf sachgrundlose Befristungen zu verzichten, und das Versprechen, keine Ausgründungen zum Zwecke der Tarifflicht aus den Unternehmen des Landes vornehmen zu wollen.

Bekanntnisse zu schönen Grundsätzen gibt es dagegen viele. Dazu gehört z. B. die Aussage, dass der »Missbrauch bei Kettenbefristungen einzudämmen« ist. Doch was das für die Vergaberichtlinien des Senats oder für die Arbeitsverträge an den Universitäten und der Rundfunkanstalt Berlin Brandenburg<sup>2</sup> bedeutet, wird nicht erläutert.

Eine klare Aussage zum Arbeitsverbot an Sonntagen fehlt. Mit Zustimmung der »Linken« haben die Geschäfte in Berlin schon seit Jahren an mehreren Sonntagen im Jahr geöffnet, angeblich um Messekunden Einkaufsmöglichkeiten zu bieten. Obwohl die Frage der Sonntagsarbeit bereits im Arbeitszeitgesetz klar geregelt ist, will der Senat »die bestehenden Regelungen zur Sonntagsöffnung rechtssicher gestalten«, also Öffnungen weiter erlauben.

Ebenfalls bleibt die Aussage: »Für uns gilt das Prinzip ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘, auch im Sinne einer schrittweisen Angleichung des Tarifniveaus von Tochterunternehmen landeseigener Unternehmen oder anderer Landesbeteiligungen an das Tarifniveau ihrer jeweiligen Mutterunternehmen«, schwammig. Weder lässt sich daraus ablesen, dass dies in der aktuellen Legislaturperiode geschehen soll, noch dass für die Töchter die Integration in den TVÖD, die mit der Bewegung 2021 nicht gelang, in den nächsten vier Jahren erfolgen wird. Wenn es überhaupt eine Annäherung an die Bezahlung nach TVÖD geben wird, dann in einem Haustarifvertrag.

Interessant ist, dass sich die Koalitionsvereinbarung lediglich auf den Lohn bezieht, nicht aber auf die sonstigen tariflichen Leistungen. So mussten die Beschäftigten der Töchter von Vivantes in der Auseinandersetzung 2021 akzeptieren, dass die Klinikleitungen sich kategorisch weigerten, auch für sie die VBL, die Zusatzrentenversicherung für die tariflich Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, einzuführen. Bei steigender Altersarmut könnten viele Beschäftigte in den unteren Tarifgruppen mithilfe der VBL vielleicht doch noch eine

1 Vgl. Arpo 3-4'20

2 Vgl. Arpo 4'21, S. 19f.

Gesamtrente bekommen, die sie von der Grundsicherung unabhängig macht.

Bei der Umsetzung der Lohnangleichung gab es schon in der letzten Legislaturperiode seitens der SPD erheblichen Widerstand. Trotz der Streiks der Krankenhausbewegung konnten etwa bei Labor Berlin, einem Tochterunternehmen der städtischen Krankenhäuser Vivantes und Charité, keine tariflichen Regelungen für die Entgelte und einen Manteltarifvertrag getroffen werden. In beiden Kliniken saßen im Aufsichtsrat Vertreter des Senats, die Mitglieder der SPD sind. Sie hätten über eine Gesellschafteranweisung beide Unternehmen zur Aufnahme von Tarifverhandlungen verpflichten können. Doch sie nahmen diese Möglichkeit nicht wahr. Bis heute gibt es deshalb für die Beschäftigten von Labor Berlin keine Tarifverhandlungen.

Unverbindlich bleibt eine Vielzahl weiterer Versprechungen wie etwa die, dass sich der Senat für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Soloselbständigen einsetzen wird. Was das im Einzelnen in Berlin heißen soll, wird nicht deutlich.

Gleichermaßen vage sind die Aussagen zur Plattform-Ökonomie. Hier wird dem Bund die Regelung dieser Arbeitsverhältnisse zugeschrieben bzw. die Festlegung des Status der Beschäftigten. Dass der Berliner Senat aber schon jetzt unabhängig von der noch zu treffenden Entscheidung der Bundesregierung Möglichkeiten hat, die Lage der Beschäftigten dieser Branche zu verbessern, wird im Koalitionsvertrag nicht erwähnt. So sind die Behörden des Landes bereits jetzt in der Lage, die Pausenräume in den Betriebsstätten, den Brandschutz, die Sicherheit der Arbeitsmittel (Fahrräder z. B.) und die hygienischen Zustände der Sanitäreinrichtungen auf die Einhaltung gesetzlicher Standards zu prüfen. Diese Kontrollmöglichkeiten sind schon in den letzten Jahren, bis auf einige Fälle bei Gorillas<sup>3</sup>, nicht erfolgt und sollen wohl auch künftig nur in Ausnahmefällen wahrgenommen werden.

Für die landeseigenen Unternehmen wie für die Vergabe von Senatsaufträgen wird im Koalitionsvertrag der Mindestlohn auf 13 Euro festgelegt. Damit erhöht er sich um 50 Cent gegenüber dem seit 2020 geltenden, also um 4%. Angesichts der aktuell galoppierenden Inflation ist dies noch nicht einmal ein Ausgleich für die Preissteigerungen der letzten beiden Jahre. Weitere Anhebungen soll es in der aktuellen Legislaturperiode geben, abhängig von der allgemeinen Lohnentwicklung.

Die Überführung der beiden Krankenhäuser in Unternehmen des öffentlichen Rechts will der Senat lediglich prüfen. Überlegungen zur Rekommunalisierung anderer Unternehmen des öffentlichen Dienstes, wie etwa der BSR (Stadtreinigung), fehlen. An der in der letzten Legislaturperiode auf Druck der Grünen beschlossenen Ausschreibung von Teilen der S-Bahn wird festgehalten. Sollten private Unternehmen den Zuschlag bekommen, werden sich für die betroffenen Beschäftigten nach einer Übergangsfrist auch die Tarifstandards ändern.

Mit der Entscheidung, in Berlin eine Sonderstaatsanwaltschaft einzurichten, die Verstöße bei Betriebsratsgründungen verfolgt und Behinderungen der Betriebs-

ratsarbeit sanktioniert, folgt der Senat nur den Koalitionsbeschlüssen im Bund. Zukünftig sollen Verstöße gegen das Betriebsverfassungsgesetz nicht mehr als Antrags-, sondern als Offizialdelikte behandelt werden.

## Einfluss der »Linken« nicht erkennbar

»Die Linke« ist die einzige Partei, die sich in Parteitagebeschlüssen und öffentlichen Erklärungen gegen die Senkung sozialer Standards und den Abbau von Arbeitnehmerrechten durch die Agenda 2010 gestellt hat. Sie hat in ihren programmatischen Erklärungen immer wieder gefordert, diese Entscheidungen rückgängig zu machen. Schaut man sich an, was sie davon im Berliner Koalitionsvertrag umgesetzt hat, so ist außer luftigen Bekenntnissen nicht viel zu finden.

Für die Lohnabhängigen wird es von Seiten des Senats in den kommenden Jahren keine substantiellen Veränderungen ihrer Lage geben. Wollen sie diese verbessern, müssen sie selber betrieblich wie gewerkschaftlich aktiv werden und Bündnisse mit den ihnen verbundenen politischen Kräften wie gesellschaftlichen Organisationen schließen.

»Die Linke« hat in den aktuellen Koalitionsvereinbarungen die Positionen nicht weiterentwickelt, die sie in der letzten Legislaturperiode relativ stark gemacht hatten. Mut macht immerhin, dass sich bei der parteiinternen Abstimmung über den Koalitionsvertrag Mitte Dezember ein Viertel der Mitglieder gegen diesen Kurs ausgesprochen hat.

H.B., 28.12.2021 ■



Noch immer kein TVÖD für die Beschäftigten in den Klinik-Tochterunternehmen; in den Koalitionsvereinbarungen legen sich die Senats-Parteien nicht fest.

3 Vgl. Arpo 5-6'21, S. 16f. und Arpo 1'22

## Erfolgsgeschichte oder Begräbnis dritter Klasse?

Über eine Million, satte 57,6% der Berliner Wahlberechtigten haben am 26. September 2021 trotz heftigen medialen Gegenwinds für die Enteignung großer privater Immobilienkonzerne gestimmt. Die Menschen dieser Stadt, die zu 80% Mieter\*innen sind, drücken mit diesem Votum aus, dass die Macht der Immobilienhaie gebrochen werden soll, die den Haushalten 30% und mehr ihrer Einkommen abverlangen, den Mieter\*innen den Nerv rauben mit Umwandlungen in Eigentumswohnungen und Eigenbedarfskündigungen und die Mieten mit Luxussanierungen in immer neue Höhen treiben. Obwohl es unter denjenigen, die mit »Ja« gestimmt haben, auch Träumer geben wird, hat wohl kaum jemand geglaubt, dass es mit der Enteignung nun zügig losgehen wird. Den meisten ging es bei ihrem »Ja« wohl eher darum, ihren Vermietern, ob große Gesellschaft oder kleiner Hausbesitzer, vors Schienbein zu treten in der Hoffnung, dass der seit zehn Jahren herrschende Mietenwahnsinn beendet werden kann.

Dieser Wunsch steht über den sonstigen Parteipräferenzen der WählerInnen. Alle Parteien, die vor der Wahl gegen den Volksentscheid agitierten, SPD, CDU, FDP und AfD, haben zusammen weniger Stimmen bekommen als die Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen«. Selbst vielen AfD-WählerInnen ist anscheinend manchmal das Hemd doch näher als die Hose, haben sie doch laut rbb-Fernsehen am Wahlabend zu 60% für Enteignen gestimmt.

### Juristische Auseinandersetzungen werden folgen

Aber »Enteignung« ist eigentlich ein ungenauer Begriff für das, was gemeint ist: Vergesellschaftung oder Sozialisierung. Enteignungen nach Art. 14 des Grundgesetzes (GG) (*»Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig«*) oder Art. 23 der Berliner Verfassung finden z. B. beim Bau von Schulen, Autobahnen usw. nicht selten statt. Eine Möglichkeit zur Vergesellschaftung wie in Art. 15 GG (*»Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung ... in Gemeineigentum ... überführt werden.«*) findet sich nicht in der Berliner Verfassung, weder in der alten Westberliner von 1950 noch in der von 1995. Sie belassen es bei der Enteignung. Dieser Umstand liefert den Befürwortern eines »Nein« zum Volksentscheid ein sehr billiges Argument: steht nicht in der Verfassung, kommt also nicht infrage. Das wäre die Umkehrung des Arguments, mit dem das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) den Berliner Mietendeckel gekippt hatte: Mietendeckel gibt's im Bund nicht, kommt also in einem Bundesland nicht infrage – Bundesrecht bricht Landesrecht. Wenn man die Macht hat, dreht man es so, wie man es gerade braucht. Ob es den Vergesellschaftungsgegnern so leicht gemacht wird, falls die Frage zum BVerfG kommt, bleibt abzuwarten.



Mieter\*innen-Demo in Berlin am 29. September 2021

Foto: Umbruch Bildarchiv

### Über Sozialisierung wird wieder diskutiert...

Der Art. 15 GG ist im Laufe der Geschichte der BRD nie angewandt worden. Er scheint aus der Zeit gefallen. Ende der 40'er Jahre war er ein Zugeständnis an den kapitalismuskritischen Zeitgeist nach Faschismus und Weltkrieg und sollte den Menschen eine gewisse Offenheit des wirtschaftlichen Systems suggerieren. Gegen Ende der 50'er Jahre hatte sich die Debatte um Sozialisierungen erledigt. Die KPD war ab 1956 verboten und die SPD hatte sich innerlich längst vom Sozialisierungsgedanken verabschiedet, bevor sie es auch 1959 im Godesberger Programm tat.

Zwei Generationen lang fristete das Thema ein Nischendasein. So gesehen kommt der Initiative das Verdienst zu, dass über die Sozialisierung wieder diskutiert wird. In den Debatten darum könnte den Menschen auffallen, dass der Widerspruch zwischen Mieter\*innen und Vermieter\*innen Teil des Klassenwiderspruchs ist, der sich nun mal nicht mit Worten und Verweis auf Gesetze lösen lässt.

### ...während die Immobilienkonzerne vor die Gerichte ziehen

Dass die Berufung auf Recht und Gesetz nicht ausreicht, wird offenbar angesichts der Offensivkraft, mit der die Immobilienkonzerne gerade auch vor den Gerichten ihre Interessen durchsetzen konnten. Real ist bisher nur: Der Schutz des Eigentums ist gewährleistet, wer (Wohn-)Eigentum hat, kann fast alles damit machen. Die »Politik« hat alle Hände voll zu tun, die Betroffenen zu beruhigen, allerdings erfolglos:

- Das Vergleichsmietensystem (ein automatischer Mietentreiber),
- die Mietpreisbremse (durch immer neue Tricks unwirksam),
- der Mietendeckel (unterlaufen und dann gekippt),
- ein bundesweiter Mietendeckel (nicht mit Scholz zu machen),
- Abwendungserklärungen zur Mietbegrenzung in Milieuschutzgebieten (für unwirksam erklärt).

Die staatlichen Maßnahmen konnten die Immobilienbranche nicht stoppen. Die Frage ist auch: Wollen die Se-

natsparteien überhaupt dem Treiben Einhalt gebieten? Die Berliner Koalition steht ja in der Pflicht, auf das Votum der Wählerschaft mit einem Gesetzesentwurf zu reagieren. Aber sie will nicht, zumindest nicht die SPD und die hat das Sagen. Die Grünen wollen nur notfalls, allein die Linke will, aber die ist nach der Wahl geschwächt und kann nicht. Also wird das Problem ausgeessen. Erstmal einen Arbeitskreis bilden (Motto: Wer nicht mehr weiter weiß...). Dieser hat ein Jahr Zeit ein Ergebnis vorzulegen, das »gegebenenfalls« (Koalitionsvertrag) die Vergesellschaftung empfiehlt, die dann vom

Senat berücksichtigt werden kann bei der Abfassung eines Gesetzes.

Darauf sollten die Berliner Mieter\*innen nicht warten. Wie weit die Hausbesitzer\*innen gehen können, wird von ihnen mitbestimmt. Durch ihre Aktionen auf der Straße und ihre Zusammenschlüsse in den Häusern können sie Druck erzeugen – auf Immobilienkonzerne und Hausbesitzer\*innen, auf Parlamente und Gerichte. Das Kreuz an der richtigen Stelle war gut, aber sollte erst der Anfang sein.

C.E., 12.01.22 ■



Fotos heba/Umbruch Bildarchiv

## ■ KORRESPONDENZ

# Beschäftigte von Gorillas machen weiter mobil

Am Dienstag den 16. November 2021 hatte das Gorillas Workers Collectiv (GWC) zu einer Demonstration der Rider und Picker der Firma Gorillas aufgerufen. Unter dem Motto »We are under attack« griffen sie die Ausbeutungsbedingungen in der Plattform-Ökonomie<sup>1</sup> an. Sie warnten davor, diese zur Normalität werden zu lassen.

Gekommen waren zu später Nachmittagszeit vielleicht 600 AktivistInnen, was angesichts des Umstandes, dass zu dieser Zeit in den einzelnen Firmen Hochbetrieb herrscht, beachtlich ist.

Konkreter Auslöser für den Aufruf zur Demo, war die für den folgenden Tag angesetzte Gerichtsverhandlung über die Legitimität der Betriebsratswahl bei Gorillas.

Nach mehreren Anläufen und vielen internen Diskussionen war es den Beschäftigten gelungen, in einer Betriebsversammlung einen Wahlvorstand einzusetzen.

Schon bei deren Vorbereitung stießen die Aktivist\*innen auf den unerbittlichen Widerstand der Unternehmensleitung. Diese weigerte sich, Listen über den Status der Beschäftigten zur Verfügung zu stellen. Sie verpflichtete die Mitglieder des Managements, an der Betriebsversammlung teilzunehmen, um so die Besetzung des Wahlvorstandes beeinflussen zu können. Doch ohne Erfolg.

Da es nun mit der Wahl eines Betriebsrates ernst zu werden drohte, zog die Geschäftsführung alle Register des Union Busting. Die Mitglieder des Wahlvorstandes und andere aktive Belegschaftsmitglieder wurden in die Filialen versetzt, die am weitesten von ihren Wohnorten entfernt lagen. Ferner trennte sie die Betriebskräfte von der Verwaltung und überführte sie in ein neu gegründetes Unternehmen. Damit waren nach ihre Auffassung die Grundlagen für die Einsetzung des aktuellen Wahlvorstandes entfallen und so auch seine Legitimität, eine Betriebsratswahl im alten Unternehmen zu organisieren.

Vor dem Berliner Arbeitsgericht wollte sie sich diese Rechtsauffassung bestätigen lassen. Die Gerichtsverhandlung, das war dem GWC klar, hatte grundsätzliche Bedeutung.

## Unerwartet hohe Beteiligung an der Demo

Deshalb riefen nicht nur die Gorillas Beschäftigten zur Teilnahme an der Demo auf, sondern auch alle Arbeitenden in vergleichbaren Unternehmen der Plattform-Ökonomie sowie die gewerkschaftlich und politisch Aktiven in der Stadt. Das GWC setzte die Demo auf den Vorabend der Entscheidung des Arbeitsgerichtes fest.

Erfreulich war, dass deutlich mehr als die erwarteten 200 Teilnehmer gekommen waren. Auf den zwischen-

<sup>1</sup> Vgl. zur Plattform-Ökonomie grundsätzlich Arpo 5-6'21, S. 18ff.

durch abgehaltenen Kundgebungen sprachen eine Reihe von Kolleg\*innen, die derzeit in Berlin ebenfalls in Auseinandersetzungen mit Unternehmen stehen oder jüngst gestanden haben. Stark vertreten war die lokale wie bundesweite Presse, die die Brisanz des Konfliktes spürte.

So solidarisierten sich die Krankenhausbeschäftigten. Die Rednerin der Krankenhausbewegung berichtete von ihrem monatelangen Kampf, mit den Streiks bei der Charité, Vivantes und deren Tochterunternehmen. Auch ihnen hätten die Unternehmensleitungen ständig Steine in den Weg gelegt. Auch sie hätten versucht, den Streik vor dem Arbeitsgericht verbieten zu lassen. Aber Einheit, Beharrlichkeit und Kampfeswille hatten letztendlich zu ihrem Erfolg geführt. Auch ihr werdet euch durchsetzen, wenn ihr hartnäckig bleibt, gab sie den Rüdern mit auf den Weg.

Dem schlossen sich die Beschäftigten der AWO (Arbeiterwohlfahrt) an. Sie kämpfen derzeit mit mehrstägigen Arbeitsniederlegungen um die Tarifierung ihrer Entlohnung nach TVÖD. Sie leisten die gleiche Arbeit wie die Beschäftigten der städtischen Kita, bekommen aber im Vergleich zu ihnen nur 95% des Gehaltes. Die Gelder stammen jeweils vom Berliner Senat. Auch von Mitgliedern der GEW erhielten sie solidarische Grüße. Sie befanden sich gerade in einer Tarifaueinandersetzung mit den Ländern. Auch die Initiative »Deutsche Wohnen enteignen« wünschte den Beschäftigten von Gorillas Erfolg bei ihrer Auseinandersetzung mit dem Unternehmen. Zwischen beiden Gruppen hatte es im Laufe der letzten Monate eine Vielzahl von Kontakten gegeben.

Sprecher auf einer der Kundgebungen war der Rechtsanwalt Benedikt Hopmann. Er machte Ausführungen zum aktuellen Streikrecht und wies darauf hin, dass die Beschränkungen des Streikrechts vom ersten Präsidenten des Bundesarbeitsgerichtes Hans Carl Nipperdey festgelegt wurden. Nipperdey war in der Nazi-Zeit Kommentator des faschistischen Arbeitsrechts. An die von ihm Anfang der 50er Jahre formulierten Grundsätze zu den Regeln des Arbeitskampfes würden sich die Gerichte bis heute halten, obwohl mittlerweile in der Bundesrepublik die europäische Sozialcharta gelte, die den Beschäftigten umfassende Streikrechte gewähre. Die Charta ist von der Bundesregierung ratifiziert worden und sei deshalb geltendes Recht. Im § 6 (4) ist das Recht auf »kollektive Maßnahmen einschließlich des Streikrechts im Falle von Interessenkonflikten« verankert. Der Redebeitrag von Benedikt Hopmann ist am Ende abgedruckt. Er weist auf die grundsätzlichen Probleme hin und auf eine längerfristige politische und juristische Perspektive im Kampf gegen die Entlassungen wegen illegalem Streik.

## **Erfolg vor dem Arbeitsgericht Berlin**

Für große Freude unter den Aktivsten sorgte am folgenden Tag das Urteil des Arbeitsgerichtes Berlin. Es wies die Klage von Gorillas auf Aussetzung der Betriebsratswahl ab. Auch wenn die Wahl des Vorbereitungskomitees Fehler aufweise, seien die nicht gravierend genug, um die Wahl nicht stattfinden zu lassen. Das Unternehmen könne ja, so das Gericht, Unregelmäßigkeiten bei der Wahlvorbereitung im Nachhinein beanstanden und gerichtlich klären lassen. Insbesondere monierte das Ge-

richt, dass Gorillas die Gründe für ihren Antrag nicht ausführlich und nachvollziehbar darlegen könne.

Wie erwartet, kündigte das Unternehmen Einspruch an. Aber auch das Landesarbeitsgericht urteilte wenige Tage später nicht anders. Die schon begonnene Betriebsratswahl konnte so zu Ende geführt werden.

Der juristische Erfolg ist ein Etappensieg. Das Unternehmen wird die Aufforderung der Arbeitsgerichte vermutlich annehmen, die Wahl wie deren Abschluss anzufechten, und zwar mit allen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen. Und wenn der Betriebsrat sich dennoch konstituieren kann, wird sie ihm die Arbeit so schwer wie möglich machen. Es geht für sie und die vielen Start-Ups mit einem ähnlichen Konzept schließlich um die richtungweisende Frage, ob Belegschaftsvertreter und Gewerkschaften die Profitabilität der riesigen Kapitalinvestitionen, die in diesen Betrieben mittlerweile stecken, behindern oder gar einschränken können.

Einen Hinweis auf den Charakter der kommenden Konflikte gibt die jüngste Entscheidung von Gorillas, die Firma in eine Vielzahl von Franchise-Unternehmen aufzuspalten. Gelingt dies, müsste zukünftig jedes einzelne Depot einen Betriebsrat wählen. Ein Gesamtbetriebsrat, der etwa ein Entlohnungssystem für den »Konzern« Gorillas verhandeln könnte, wäre dann nicht vorhanden.

## **Kampf an vielen Fronten**

Jenseits der Streitigkeiten über die Betriebsratswahl führen die Beschäftigten von Gorillas noch eine Vielzahl von weiteren Auseinandersetzungen mit dem Unternehmen, die zumeist vor den Gerichten gelandet sind.

Einige Rider bestreiten die Rechtmäßigkeit ihres befristeten Arbeitsvertrages. Der ist am Computer abgeschlossen worden und weist keine Unterschriften auf.

Nach geltendem Recht sind Unterschriften unter einen Arbeitsvertrag laut Nachweisgesetz und Teilzeit- und Befristungsgesetz zwingend erforderlich. Zwar müssen die nicht gleich am ersten Tag der Arbeitsaufnahme geleistet werden, doch spätestens nach einem Monat muss ein Arbeitsvertrag mit Unterschriften beider Parteien vorliegen. Zwei Fahrer haben bereits ihre Klage gewonnen und sind entfristet worden, bei weiteren elf wird im kommenden Januar entschieden.

Als sich Anfang Oktober die im Sommer kritisierten Arbeitsbedingungen für die Rider trotz pressewirksamer Fürsprache von Arbeitsminister Heil<sup>2</sup> nicht verbessert hatten, gab es erneut einen Streik in mehreren Depots. Gorillas-Chef Kagan Sümer, der noch im Sommer versprochen hatte, niemand werde wegen Streikbeteiligung entlassen, zeigte dieses Mal Härte. Mittlerweile waren mehrere Investoren eingestiegen, die keine Unruhe im Betrieb haben wollen. Gorillas entließ etwa 350 Fahrer, wobei er im Einzelnen gar nicht prüfte, ob sie wirklich am Streik teilgenommen hatten. Ganze Depots verloren ihre Rider. Derzeit wird geprüft, ob es sich bei dieser Massenentlassung um eine beim Arbeitsamt anzeigepflichtige Maßnahme handelt. Unabhängig davon klagen viele Beschäftigte auf Wiedereinstellung. Erste Güteverhandlungen sind ohne Ergebnis verlaufen.

<sup>2</sup> Vgl. Arpo 5-6'21, S.16f.

Dass sich seit dem Sommer nicht viel bei Gorillas getan hat, lässt sich schon daran ermesen, dass die sonst eher schlafmützigen Behörden Ende November die Gorillas Filiale in der Muskauer Str. wegen erheblicher hygienischer Mängel geschlossen haben.

### Wie weiter mit dem GWC?

Bis jetzt hat sich das GWC als handlungsfähige betriebliche Basisorganisation erwiesen. Es war in der Lage die Interessen der Beschäftigten zu bündeln und in wirkungsvolle Aktionen umzusetzen.

Dies ist aus zwei Gründen von Bedeutung. Zum einen, weil sich zum ersten Mal in Europa die Beschäftigten dieser Branche mit Arbeitsniederlegungen gegen die Ausbeutungsbedingungen in der Plattform-Ökonomie gewehrt haben<sup>3</sup>. Nur in Spanien hat es ähnliche Auseinandersetzungen im Betrieb gegeben. Zum anderen, weil es dem GWC gelungen war, eine internationalistische Belegschaft zusammenzuführen und die unter ihnen bestehenden unterschiedlichsten politischen Auffassungen so auszutarieren, dass diese ihre Aktivitäten nicht behindern konnten.

Diese Stabilität half ihnen weiterreichende Kontakte aufzubauen in die Gesellschaft. Organisationskontakte bestehen zu ver.di, zur GEW und zur NGG. Ihre Verbindungen sind sogar international. Sie reichen bis nach China, wo sie derzeit nach dem Verbleib eines Aktivisten bei DIDI fragen.

Mit dem LWC (Lieferando Workers Collectiv) ist bei einem weiteren Unternehmen der Lieferbranche ein ähnliches Kollektiv entstanden. Das LWC hat die Debatte über einen Branchenmindestlohn von 15 € eröffnet. Diese Forderung könnte die Grundlage für ein gemeinsames Vorgehen der Beschäftigten in der Plattform-Ökonomie bilden und langfristig der Ausgangspunkt für eine gewerkschaftliche Orientierung der Beschäftigten sein.

<sup>3</sup> Zur Situation in Lateinamerika siehe Alix Arnold, Internationale Streiks gegen Lieferdienste: Riders organisieren sich über Unternehmens- und Ländergrenzen hinweg, ILA 450

Für das GWC wird es in den nächsten Monaten wichtig, die Angriffe des Unternehmens auf die Betriebsratswahlen zurückzuweisen und sich eine Basis im Betrieb zu schaffen. Denn mit einer Beteiligung von 85 Stimmen an den Betriebsratswahlen bei über 2000 Beschäftigten wird der Start der Betriebsratsarbeit nicht gerade leicht sein. Auch wenn als Grund für die geringe Beteiligung an der Wahl der massive Druck der Unternehmensleitung auf die Beschäftigten angeführt wird, die von allen verlangte, dass sie sich einen Tag vorher anzumelden hatten, wenn sie an der Wahl teilnehmen wollten, muss davon ausgegangen werden, dass ein großer Teil der Beschäftigten der Wahl distanziert gegenübergestanden hat. Allerdings fehlten im Betrieb für die Mobilisierung und die Abstimmung all die, die Gorillas Anfang Oktober entlassen hatte. Und die, die Gorillas für sie über studentische Arbeitsvermittlungen eingestellt hatte, waren noch keine drei Monate im Betrieb und durften deshalb noch nicht wählen.

Interessant wird es werden, wenn sich der neunzehnköpfige Betriebsrat zu den klassischen Betriebsratsfragen positionieren muss und praktikable Betriebsvereinbarungen aushandeln will. Da es nach unsere Kenntnis derzeit in der Branche keine Tarifverträge gibt, auf die er sich beziehen kann, muss er zu allen Fragen der Entlohnung und sonstigen Regelungen des Arbeitsalltags selbstständig Vereinbarungen auf Betriebsebene schließen.

Ohne eine größere Organisation im Hintergrund zu haben, wird es schwer werden, diese Arbeit zu bewältigen. Einige Rider sind bereits Mitglied von ver.di. Eine gewerkschaftliche Basisgruppe kann sich aber nur dann entwickeln, wenn weitere Beschäftigte sich organisieren und das GWC sich nicht an dieser Frage spaltet. Und die Gewerkschaft muss über Solidaritätserklärungen und wohlmeinende Reportagen in den eigenen Presseorganen hinaus bereit sein, sich mit den veränderten Arbeitsbedingungen in der Plattform-Ökonomie auseinanderzusetzen und zu akzeptieren, dass sie neue Formen der Austragung von Interessenkonflikten entwickeln muss.

H.B., 30.11.2021 ■

Fotos heba/Umbruch Bildarchiv





# Anmerkungen zur Frage des politischen Streiks

Zunächst einmal möchte ich mich bedanken für die Einladung, hier zu Euch zu sprechen. Ich bin eingeladen, weil ich als Anwalt drei Kolleginnen und Kollegen von Gorillas vor dem Arbeitsgericht vertrete. Anwalt Bechert vertritt viele weitere Kolleginnen und Kollegen. Sie alle klagen gegen ihre Kündigung. Der Grund der Kündigung ist bei allen derselbe: Ihnen wurde gekündigt, weil sie an einem Streik teilgenommen hatten. Sie wollten bessere Arbeitsbedingungen durchsetzen. Zu dem Streik hatte keine Gewerkschaft aufgerufen. Deswegen wurde ihnen gekündigt.

Die Geschäftsführung meint, deswegen sei der Streik illegal. Es ist noch zu früh, um sagen zu können, welchen Verlauf dieser Rechtsstreit nehmen wird. Wenn sich das Gericht auf die Seite von Gorillas stellt und ebenfalls meint, der Streik sei illegal gewesen, weil keine Gewerkschaft dazu aufgerufen hat, dann kann das der Anfang von einem sehr lang andauernden Rechtsstreit werden.

Die Geschäftsführung kann sich auf die bisher herrschende Rechtsmeinung in Deutschland stützen. Der Richter der 1. Instanz meinte in einer mündlichen Verhandlung, dieses Recht gelte in Deutschland seit 60 Jahren.

Aber es gilt in Deutschland auch die Europäische Sozialcharta. Und in der heißt es wörtlich:

*»Um die wirksame Ausübung des Rechtes auf Kollektivverhandlungen zu gewährleisten, verpflichten sich die Vertragsstaaten .... das Recht der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber auf kollektive Maßnahmen einschließlich des Streikrechts im Falle von Interessenkonflikten anzuerkennen ... «.*

Auf diesen Begriff »Arbeitnehmer« kommt es an. Es geht also nicht nur um das Recht der Gewerkschaften, sondern viel allgemeiner um das Recht der Arbeitnehmer »auf kollektive Maßnahmen einschließlich des Streikrechts«.

Der Deutsche Bundestag hat schon vor rund 60 Jahren diese Regelung aus der europäischen Sozialcharta ausdrücklich anerkannt. Sie wurde von Deutschland ratifiziert. Sie ist damit in Deutschland geltendes Recht.

Das Ministerkomitee des Europarats, in dem sich die Außenminister der Mitgliedsstaaten versammeln, überwacht unter anderem die Einhaltung der Europäischen Sozialcharta in den einzelnen Mitgliedsstaaten und wird dabei von einem Sachverständigenausschuss unterstützt. Seit Jahren erklärt dieser Sachverständigenausschuss, dass in Deutschland das

*»Verbot aller Streiks, die nicht auf Tarifverträge ausgerichtet sind und nicht von den Gewerkschaften ausgerufen oder übernommen werden«*

ein Verstoß gegen die Sozialcharta ist.

Man sollte genau hinhören: Der Sachverständigenausschuss rügt nicht nur das Verbot von Streiks, die »nicht von Gewerkschaften ausgerufen oder übernommen werden«, sondern auch das Verbot von Streiks, »die nicht auf Tarifverträge ausgerichtet sind«. Das ist die zweite große Einschränkung des deutschen Streikrechts:

Die Beschränkung auf tariflich regelbare Ziele, die ebenfalls immer wieder vom Sachverständigenausschuss bemängelt wird.

1998 war es mit der Geduld des Ministerkomitees zu Ende und nicht der Sachverständigenausschuss rügte die Einschränkungen des Streikrechts in Deutschland, sondern das Ministerkomitee selbst sprach eine sogenannte »Empfehlung« aus. Damit wurde die Kritik an dem Streikrecht in Deutschland auf die höchste Stufe gehoben, die dem Ministerkomitee zur Verfügung steht.

Es ist also richtig, dass sich dieser Richter auf eine seit 60 Jahren herrschende Rechtsprechung in Deutschland berufen kann. Aber genauso richtig ist, dass Deutschland damit seit 60 Jahren internationales Völkerrecht bricht. Davon sprach der Richter nicht.

Wir wollen, dass Deutschland endlich das internationale Recht anerkennt.

Es sollte hier daran erinnert werden, wie es zu diesen Einschränkungen des Streikrechts in Deutschland kam. Zunächst entzündet sich der Streit um die zulässigen Streikziele. An zwei Tagen im Jahr 1952 streikte die damalige IG Druck und Papier, um gegen das Betriebsverfassungsgesetz zu protestieren, das damals der Bundestag auf den Weg gebracht hatte. Dieses Betriebsverfassungsgesetz sollte die Rechte der Betriebsräte erheblich einschränken, die seit Kriegsende in einzelnen Bundesländern durchgesetzt werden konnten. Ich empfehle Euch das Buch »Gegenmacht statt Ohnmacht« im VSA-Verlag, wo die Geschichte der Betriebsverfassung im Einzelnen beschrieben wird. Ein Hans Carl Nipperdey verfasste danach ein Gutachten, in dem er diesen Streik für illegal erklärte. Nipperdey schuf damit das Fundament, auf dem die ganze folgende Rechtsprechung aufbaute. Ich möchte die Rechtsprechung in der Weimarer Republik nicht in den Himmel heben, aber hier unterschied sich das Recht, das Nipperdey schuf, fundamental von dem der Weimarer Republik. Diese Einschränkung des Streikrechts existierten so in der Rechtsprechung der Weimarer Republik nicht.

Diese fundamentale Wende vom Weimarer Recht zum deutschen Nachkriegsrecht war kein Zufall. Hans Carl Nipperdey war kein unbeschriebenes Blatt. Hans Carl Nipperdey hatte schon während des Faschismus das faschistische Arbeitsrecht kommentiert. Dieses Recht war nicht nur durch und durch rassistisch, sondern hatte auch das Ziel, jede Art von Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit zu unterbinden. Hans Carl Nipperdey wurde der erste Präsident des Bundesarbeitsgerichts.

1963 befasst sich das Bundesarbeitsgericht erstmalig mit der Frage, wer zum Streik aufrufen darf. Es erklärte unter Berufung auf Hans Carl Nipperdey einen Streik, zu dem die Gewerkschaften nicht aufgerufen haben, für illegal. Hier ein Auszug aus der Begründung:

*»... es ist wichtig, beim Ausbruch eines Streiks zu Kontrollzwecken Stellen einzuschalten, die ... die Gewähr dafür bieten, dass nur in wirklich begründeten Fällen gestreikt wird ... Als solche Stellen kommen auf der Arbeit-*

nehmerseite bei ihrer gesellschaftlichen Stellung nur die Gewerkschaften infrage. ... Das Mittel des Streiks ist eine scharfe Waffe. Das verbietet es, das Streikrecht Personen oder Gruppen anzuvertrauen, bei denen nicht die Gewähr dafür besteht, dass sie nur in vertretbarem Umfang davon Gebrauch machen. Eine solche Gewähr ist bei den einzelnen Arbeitnehmern, den Mitgliedern der Belegschaft als solchen und nichtgewerkschaftlichen Gruppen nicht gegeben«.

Diese Rechtsprechung ist vom Geist des kalten Krieges geprägt. Damals war es auch die allgegenwärtige Furcht vor den Kommunisten, die in den Betrieben über Einfluss verfügten. Die Gewerkschaften sind in diesem Urteil nicht Gegenmacht, sondern werden als Ordnungsfaktor instrumentalisiert.

Wenn wir diese Rechtsprechung beenden wollen, dann geht es genau darum. Mit der Verpflichtung der Gewerkschaften auf eine Rolle als Dompteure der abhängig Beschäftigten muss endlich Schluss sein. Wir sind Gegenmacht.

Wenn es zu einem lang andauernden Rechtsstreit um diese Frage kommen sollte, dann brauchen die Kolleginnen und Kollegen, die sich entschlossen haben, das durchzustehen, unsere lang andauernde Solidarität.

Denn niemand weiß, ob sie am Ende Erfolg haben werden. Trotzdem begeben sie sich auf diese lange Reise. Sie kämpfen für ein besseres Streikrecht und das wäre ein besseres Streikrecht für alle.

Wir haben die Möglichkeit durch eine lange Kampagne zunächst einmal das Bewusstsein in der Öffentlichkeit dafür zu schaffen, dass es diese Einschränkungen des deutschen Streikrechts gibt und das sie nicht hinnehmbar sind.

Denn hier geht es meines Erachtens um das wichtigste Freiheitsrecht überhaupt. Über den Streik wurde die erste deutsche Republik 1918 erkämpft. Oder ein aktuelles Beispiel: Wir reden vom Klimastreik, aber niemand traut sich für eine Begrenzung auf 1,5 Grad und dafür zu streiken, dass die damit einhergehenden notwendigen Belastungen vom für die Klimaerhitzung verantwortlichen Kapital getragen werden. Begründung: Das ist jedenfalls dann kein tariflich regelbares Ziel, wenn man entsprechende Gesetze verlangt. Dann ist das ein politischer Streik und der sei in Deutschland nicht erlaubt.

Ich möchte das Gesagte zusammenfassen: Solidarität mit den gekündigten Kolleginnen und Kollegen von Gorillas für ein besseres Streikrecht für alle.

## ■ TARIFRUNDE DER BESCHÄFTIGTEN DER LÄNDER

# Zwischen Abwehrkampf und Forderung nach Entgelterhöhungen



## Ablauf der Tarifrunde

Die Tarifrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei den Ländern ist die zweite Tarifrunde im öffentlichen Dienst während der Pandemie. Geführt werden die Verhandlungen zwischen der Verhandlungsgemeinschaft der DGB-Gewerkschaften ver.di, GEW, GdP, IG BAU mit dem dbb Beamtenbund und tarifunion (DBB) und auf der anderen Seite dem Zusammenschluss der Länder in ihrem Arbeitgeberverband, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Das Land Hessen ist seit 2004 nicht mehr Mitglied der TdL. Die Tarifverhandlungen werden extra geführt und kamen 2021 erstmals vor der Tarifrunde der 15 Bundesländer zum Abschluss.

Verhandlungsführer der Verhandlungsgemeinschaft ist Frank Werneke (Vorsitzender ver.di). Er bildet gemeinsam mit Christine Behle (stellv. Vorsitzende ver.di) die Verhandlungsspitze. Mit zur Verhandlungsgemeinschaft gehört Ulrich Silberbach (Vorsitzender DBB). Die TdL ist vertreten durch Reinhold Hilbers (CDU), Vorsitzender des Vorstandes der TdL und Finanzminister in Niedersachsen, stellv. Vorsitzende sind Dr. Andreas Dreschel (SPD), Finanzsenator in Hamburg und Hartmut Vorjohann (CDU), Staatsminister der Finanzen in Sachsen.

## Die Forderungsdiskussion für die Tarifrunde 2021 wurde angesichts des Angriffs der TdL, den Arbeitsvorgang zum Kernthema zu machen, schon früh aufgenommen

Bereits am 09.03.2021 eröffnete die Bundestarifkommission (BTK) ver.di die Tarif- und Besoldungsrunde 2021. Sie verwies darauf, dass der frühe Auftakt und eine gute Vorbereitung der Tarifrunde dringend nötig sei. Die Pandemie und die wirtschaftlichen Folgen der Krise seien keine guten Voraussetzungen für die Tarifverhandlungen. Sie sind auch ein beliebtes Instrument, die Forderungen der Beschäftigten zurückzuweisen. Die Ankündigung der TdL, den Arbeitsvorgang zum Thema zu machen, wertete sie als Kampfansage. Die Mitglieder wurden zur Diskussion um die Forderungen aufgefordert. Ver.di hatte bereits damit begonnen, Bereiche, in denen

am besten Druck entfaltet werden kann, zu benennen. Dies galt flächendeckend für Unikliniken. Die Beschäftigten im Straßenbau und den IT-Bereichen sollten dabei auch im Fokus stehen. In Hamburg, Berlin und Bremen geht es um die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes, der bei den Ländern angesiedelt ist. Darüber hinaus gibt es weitere Schwerpunkte.

Für den DBB war nicht nur die Forderung der TdL spannend, sondern auch »die unversöhnliche Art mit der die TdL ihre Forderung durchsetzen wollte. Ohne ein Einknicken der Gewerkschaften beim Thema Arbeitsvorgang soll es bei der Einkommensrunde keinen Abschluss geben.«<sup>1</sup>

Auch die GdP lehnt Veränderungen zum Arbeitsvorgang ab, da sie dauerhaft negative Auswirkungen auf die Entgelte befürchtet. Um dies zu verhindern, forderte sie ihre Mitglieder auf, hinter dem Ofen hervorzukommen und für die eigenen Rechte zu kämpfen. Die GdP sprach auch an, dass die TdL die Gewerkschaften mit dem Arbeitsvorgang zu erpressen versucht. Dies wäre nicht möglich, wenn jedes Mitglied ein weiteres hinzugewinnt und alle gemeinsam auf die Straßen gehen.<sup>2</sup> Ebenfalls abgelehnt wurden Verhandlungen über den Arbeitsvorgang von der GEW und die IG BAU.

Die Verhandlungsgemeinschaft der DGB-Gewerkschaften ver.di, GEW, GdP und IG BAU mit dem DBB zogen mit den gemeinsamen Forderungen der Erhöhung:

- der monatlichen Tabellenentgelte um 5 Prozent, mindestens aber um 150 EUR,
- der monatlichen Tabellenentgelte für Beschäftigte im Gesundheitswesen um 300 EUR;
- der monatlichen Entgelte der Auszubildenden, Studierenden und Praktikant\*innen um 100 EUR in die Tarifaueinandersetzung

Die Laufzeit sollte 12 Monate betragen. Ferner wurde die Verlängerung der Vorschrift zur Übernahme der Auszubildenden gefordert. Gefordert wurde die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Beamt\*innen sowie auf die Versorgungsempfänger\*innen der Länder und Kommunen. Mit der Mindestforderung wurde daran festgehalten, dass die Einkommen in unteren Lohngruppen stärker als bei einer linearen Anhebung steigen. Da dürfte den meisten Gewerkschafter\*innen noch der gute Abschluss von 2019 gegenwärtig gewesen sein.

Eindeutig wichtig war den meisten auch, dass für die Beschäftigten im Gesundheitswesen, die die Hauptlast in der Bekämpfung der Pandemie tragen, mehr herauskommen muss. Um den besonderen Bedingungen der Beschäftigten im Gesundheitswesen gerecht zu werden, forderten die Gewerkschaften die Einrichtung eines Verhandlungstisches für Gesundheitswesen.

Weitere Forderungen waren u.a. die Übernahme der Fahrtkosten des monatlichen ÖPNV-Tickets für Auszubildende und Praktikanten sowie Verbesserungen bei der Höhergruppierung. Gefordert wurde die Zusage über die Verhandlungsverpflichtung über den Tarifvertrag für die

rund 100.000 studentischen Beschäftigten (Tutoren an den Unis und Hochschulen) und die Einführung der Paralleltabelle für die rund 200.000 angestellten Lehrkräfte. Für die Lehrkräfte besteht der Tarifvertrag Entgeltordnung für Lehrkräfte TV EntgO-L. Unter Paralleltabelle wird verstanden, dass tarifbeschäftigte Lehrkräfte entsprechend der Beamt\*innen eingruppiert werden. Wenn also Beamt\*innen in der A 12 eingruppiert werden, dann soll die angestellte Lehrkraft in EG 12 eingruppiert werden. Teilweise wird so verfahren. Da, wo das nicht geschieht, wird ein Abschlag gezahlt. Nach Auffassung der GEW wäre die geforderte Regelung von Vorteil für die Lehrkräfte an den Grundschulen und für viele Lehrkräfte in der Sekundarstufe I, sowie für viele Lehrkräfte, die wegen Lehrkräftemangel vor allem an Grund- und beruflichen Schulen eingestellt werden.

Reinhold Hilbers, Verhandlungsführer der TdL, erkannte an, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine wichtige Aufgabe erfüllen und eine Wertschätzung, die bei der Bezahlung zu berücksichtigen ist, verdienen, »aber die Pandemie hat die Länder nicht nur gesundheitspolitisch, sondern auch finanziell hart getroffen. Wir haben große Ausgaben getätigt, um das Gesundheitswesen zu stärken, die Wirtschaft zu stärken, Kommunen unter die Arme zu greifen und den Bürgern zu helfen. Gleichzeitig kommen strukturelle Steuermindereinnahmen auf uns zu,... Gerade in Krisenzeiten muss sich der Staat seine Handlungsfähigkeit beweisen. Für Gehaltssteigerungen im öffentlichen Dienst ist da bei einem Personalkostenanteil von rund 50 v.H. am Steueraufkommen wenig Spielraum.«<sup>3</sup> Darüber hinaus wirft er den Gewerkschaften vor, Verhandlungen über den Arbeitsvorgang verweigert zu haben.

Vor der ersten Verhandlungsrunde am 08.10.2021 wurde er deutlicher. Angesprochen auf den von den Steuerschätzern im Mai 2021 erwarteten Anstieg der durchschnittlichen Steuereinnahmen für 2021 bis 2025 um 3,5 % jährlich, machte er deutlich, dass die Steuereinnahmen noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau liegen. »Wenn wir die Lücke schließen und rasch zu ausgeglichenen Haushalten ohne Schulden zurückkehren wollen, dann wird das nur mit strukturellen Einsparungen und Wachstum gelingen. Deshalb muss der Anstieg der Kosten unter dem Anstiegen der Einnahmen liegen. Und dass die Personalkosten, die 40 bis 50 Prozent unserer Gesamtkosten ausmachen, daran einen Anteil haben müssen, ist klar.«<sup>4</sup>

## Die Verhandlungen

In den ersten beiden Verhandlungsrunden – 08.10. und 1./2.11.2021 – lehnten die Arbeitgeber die Forderung der Gewerkschaften ohne vorherige Zugeständnisse beim Arbeitsvorgang ab. Der Nachwuchssorgen wegen konnten sie sich lediglich vorstellen die Übernahmeregelung von Auszubildenden zu verlängern. Die Preiserhöhungen seien auch nicht so hoch, wie die Wirtschaftsinstitute

1 Hände weg vom Arbeitsvorgang! Die TdL plant Herabgruppierungen, dbb beamtenbund und tarifunion, Berlin Juli 2021

2 Vor der Tür: Tarifrunde 2021 Kernthema Arbeitsvorgang, Berlin, 15.07.2021

3 Minister Reinhold Hilbers: »Wenig Spielraum für Gehaltssteigerungen«, in: Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Nr.1/2021 vom 26.08.2021

4 Interview Länder-Arbeitgeberchef Reinhold Hilbers: »Wir wollen niemanden etwas wegnehmen«, Handelsblatt 06.10.2021.

glauben machen wollen. Ergo müsse die Preisentwicklung bei den Löhnen nicht berücksichtigt werden. Auch davon, dass die Steuerschätzung Anfang November den Ländern einen ordentlichen Zuwachs prognostizierte, zeigte sich die TdL nicht beeindruckt. Sie blieb bei ihrer Haltung.

Die Verhandlungen wurden von zahlreichen Warnstreiks und zentralen Kundgebungen begleitet. Soweit ersichtlich, waren die Kolleg\*innen der 35 Uni-Kliniken stark an den Warnstreiks beteiligt. Beteiligt waren auch angestellte Lehrkräfte, studentische Hilfskräfte, Beschäftigte aus der Justiz, den Hochschulen und den Forstämtern. In den Stadtstaaten waren auch die Beschäftigten aus dem Sozial- und Erziehungsdienst deutlich beteiligt. Nach Frank Werneke war die Empörung unter den Beschäftigten der Kliniken über das Verhalten der TdL sehr groß. »Wenn alle, die wollten, auch streiken würden, wären viermal so viele auf der Straße.«<sup>5</sup> Vor den entscheidenden Verhandlungen vom 27. bis 29.11. machte Frank Werneke<sup>6</sup> deutlich, dass es nur einen Abschluss gibt, wenn die Beschäftigten im Gesundheitswesen spürbar besser entlohnt werden. Er machte deutlich, dass etwa die Menschen in den Uni-Kliniken an der Belastungsgrenze sind. Die TdL behauptete, dass die Pandemie kein Grund für eine bessere Bezahlung sei, den Fachkräftemangel es auch anderswo gebe und die Beschäftigten schon gut verdienten. Die TdL stelle sich damit in Widerspruch zu den Corona-Beschlüssen der Ministerpräsident:innen vom 18.11.2021, »demzufolge die Rahmenbedingungen und Entlohnung in der Pflege dauerhaft und stetig zu verbessern sind. Dieses Handlungsfeld wird umgehend und prioritär aufgegriffen werden müssen, denn es duldet keinen weiteren Aufschub.«<sup>7</sup> Nach Auffassung von Frank Werneke müssen alle »die an der Front arbeiten, ... mehr verdienen. Sie sorgen dafür, dass unser Gesundheitssystem nicht kollabiert.«<sup>8</sup> Er bezieht letztlich alle Beschäftigten der Krankenhäuser mit ein.

## Der Abschluss ...

Die Tarifrunde für die Beschäftigten der Länder kam am 29.11.2021 zum Abschluss. Die Tarifeinigung sieht vor, dass die monatlichen Entgelte erst ab 01. Dezember 2022 um 2,8 Prozent erhöht werden. Vereinbart wurde eine steuer- und abgabenfreie Sonderzahlung in Höhe von 1.300 Euro. Teilzeitbeschäftigte bekommen die Sonderzahlung anteilig.

Die Erhöhung der Ausbildungsvergütungen fällt unterschiedlich aus. Die monatlichen Entgelte der Auszubildenden, dual Studierenden und Praktikant\*innen in der Pflege und Gesundheit werden um 70 EUR und die der in anderen Bereichen beschäftigten Auszubildenden um 50 EUR erhöht. Die Sonderzahlung beläuft sich auf 650 EUR. Die Übernahmeregelung für Auszubildende gilt weiter.

5 »Diese Doppelzüngigkeit führt zu Wut und Empörung bei den Beschäftigten«, Die Welt vom 25.11.2021

6 vgl. »Diese Doppelzüngigkeit führt zu Wut und Empörung bei den Beschäftigten«, Die Welt vom 25.11.2021

7 Der Countdown läuft – Mit bundesweiten Streiks auf die Zielgerade, ver.di, Berlin, 23.11.2021

8 »Diese Doppelzüngigkeit führt zu Wut und Empörung bei den Beschäftigten«, Die Welt vom 25.11.2021

Die Sonderzahlung für die oben benannten Beschäftigtengruppen soll spätestens mit dem Entgelt für März 2022 ausgezahlt werden.

Die Tarifvereinbarungen über das Entgelt laufen vom 1. Oktober 2021 bis mindestens bis zum 30. September 2023 also 24 Monate.

Für die Beschäftigten des Gesundheitswesens wurden Erhöhungen der Zulagen vereinbart. Diese gelten ab 01.01.2022. Danach stieg die Wechselschichtzulage von 105 auf 150 EUR, die Schichtzulage von 40 auf 60 EUR, die allgemeine Zulage für Pflegekräfte von 125 auf 140 EUR und die Intensiv- und Infektionszulage an den Unikliniken jeweils von 90 auf 150 EUR. Verschiedene mit der Behandlung von Patient\*innen betraute Berufe an den Uni-Kliniken erhielten erstmals eine monatliche Zulage von 70 EUR.

Ver.di betrachtet die Ausweitung auf die Gesundheitsberufe als Teilerfolg. Selbstkritisch wird angemerkt, dass eine allgemeine Zulage für alle, der GEW folgend, 250.000 Beschäftigten im Gesundheitswesen, die an der Versorgung der Patient\*innen beteiligt sind, willkürlich von der TdL ausgeschlossen wurde. Im Gesundheitswesen konnte somit – so ver.di – nur ein Zwischenschritt erreicht werden. Die Sonderzahlung in Höhe von 1.300 EUR wird als eine starke soziale Komponente gewertet.

Der Verhandlungsgemeinschaft ist es jedoch gelungen, dass das Thema »Arbeitsvorgang« nicht verhandelt worden ist. Erreicht wurde, dass die TdL nach Abschluss der Redaktion mit den Gewerkschaften in eine Bestandsaufnahme über Beschäftigungsbedingungen der studentischen Hilfskräfte eintreten wird.

## ... ist sehr umstritten

Die Mitglieder der Verhandlungsgemeinschaft, insbesondere diejenigen, die sich an den Warnstreiks beteiligt haben, hatten einen besseren Abschluss erwartet. Es hagelte Kritik. Dies wurde von ver.di zum Anlass genommen, eine nicht gezeichnete Stellungnahme am 01.12.2021 zu Beginn der Mitglieder Diskussion auf der Homepage zu veröffentlichen. Kernpunkt der Kritik war, dass die Gehaltserhöhung gemessen an der Preissteigerung zu mager ausfalle. Der Stellungnahme folgend wurde die Inflationentwicklung auch bei Forderungsaufstellung mit in den Blick genommen. Mit dem gesamten Abschluss einschließlich der ab 01.01.2021 gültigen Entgelterhöhung aus dem Tarifergebnis 2019 werde die Inflation in 2021 und 2022 ausgeglichen. »Die steuerfreie Einmalzahlung stellt eine soziale Komponente dar... Im Durchschnitt führt die Einmalzahlung von 1.300 Eurü für die Entgeltgruppen zu 3,4 Prozent mehr Geld. Selbst in der Entgeltgruppe 11 liegt die Erhöhung über 3 Prozent, deswegen haben die Mitglieder der zuständigen Tarifgremien sich für diesen Weg entschieden und nicht dafür, auf Biegen und Brechen eine weitere lineare Erhöhung im Frühjahr durchzusetzen, die weit daruntergelegen hätte... Der Preis dafür ist, dass diese Erhöhungen nicht tabellenwirksam sind, auch dies wurde sorgsam abgewogen.«<sup>9</sup> Das von der BTK ver.di am 29.11.2021 mit großer Mehrheit angenommene Ergebnis wurde in der Mitgliederbefragung in

9 Ergebnis in Zeiten von Rekordinflation, ver.di, 01.12.2021



Die Beschäftigten des Botanischen Gartens der FU Berlin protestieren gegen den Abschluss

allen Landesbezirken mehrheitlich von den Mitgliedern akzeptiert.

Gelungen ist der Verhandlungsgemeinschaft jedoch nicht, einen Mindestbetrag, der insbesondere die Monatslöhne der unteren Lohngruppen deutlich spürbarer angehoben hätte, durchzusetzen.

Die 14-monatige Lohnpause hat negative Auswirkungen auf die Entwicklung der monatlichen/ jährlichen Entgeltzahlung, die zu erwartenden Zahlungen bei Arbeitslosigkeit und auf die Rente. Die Beschäftigten der Länder werden zur Sanierung der Haushalte herangezogen.

In einer Video-Botschaft zum Abschluss der Tarifrunde erklärt Maike Finnen (GEW-Vorsitzende) die erst für Dezember 2022 vereinbarte Entgelterhöhung damit,

dass sie »damit den Arbeitsvorgang verhindern konnten, dass viele ... deutlich weniger Geld bekommen hätten. Corona ließ nicht mehr zu, und deswegen zeigten wir Gewerkschaften uns verantwortungsbewusst und haben dem Abschluss zugestimmt. Das alles war nur möglich in dieser Situation, weil ihr gestreikt habt, weil ihr auf der Straße seid, weil ihr 30.000 Menschen in den letzten Wochen auf die Straßen bekommen habt. Vielen Dank dafür, und wir brauchen euch weiterhin.«

Mitglieder aus der BTK ver.di äußerten sich zu dem Ergebnis: Für Herrmann ist das Ergebnis nicht zufriedenstellend. Auf die steuerfreie Einmalzahlung ist er stolz. Froh ist er darüber, dass der Angriff auf den Arbeitsvorgang abgewehrt werden konnte. Dafür mussten aber Kompromisse akzeptiert werden. Für Heike gibt es keinen Grund zum Jubeln. Mehr sei nicht drin gewesen. Die TdL hat uns mit dem Arbeitsvorgang erpresst. Das Ergebnis haben wir mit Bauchgrummeln angenommen. Der Preis, das zu verlieren, was wir gewonnen hatten, wäre zu hoch gewesen. Beide weisen darauf hin, dass die Kolleg\*innen für die Tarifrunde 2023 organisiert werden müssen. Heike macht auch auf eine Schwäche aufmerksam, in dem sie darauf hinweist, dass auch die Kampfbereitschaft außerhalb der UNI-Kliniken deutlich erhöht werden muss.

Das wird dann auch die wohl einzige Perspektive der aktiven Kolleg\*innen sein. Auch wenn die Streikbereitschaft in dem Betrieb, in dem man arbeitet, hoch ist, so kann man nicht davon ausgehen, dass das in anderen Betrieben auch so ist. Der Streik muss jedoch in der Fläche geführt werden können.

## Die Voraussetzungen der Tarifrunde 2021

Neu bei dieser Tarifrunde war die spürbare Inflation, die insbesondere die Kaufkraft von Bezieher\*innen niedriger und mittlerer Einkommen deutlich reduziert. So lag im Oktober 2021 der harmonisierte Verbraucherindex laut statistischem Bundesamt 4,6% über dem des Vorjahresmonats. Nach herrschender und leider auch von ver.di geteilter Einschätzung wird davon ausgegangen, »dass die Preise in den kommenden Jahren wieder sinken. So prognostizieren auch die führenden Wirtschaftsinstitute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose für 2022 2,5 Prozent und für 2023 1,7 Prozent.«<sup>1</sup> Für 2021 rechnete ver.di mit einer Inflation von voraussichtlich 3 %. Auch dies ist mittlerweile überholt. So rechnet die Bundesbank in ihrer jüngsten Prognose mit einer Inflationsrate von 3,2 % in diesem Jahr und 3,6 Prozent im kommenden Jahr.<sup>2</sup>

Für die Länder und ihren Zusammenschluss in deren Arbeitgeberverband, die Tarifvereinigung deutscher Länder (TdL), war und ist der ausgeglichene Haushalt wichtiger als die Einkommensentwicklung ihrer Beschäftigten, die den Laden tagtäglich für sie schmeißen. In der Tat stieg die Verschuldung der Länder 2020 gegenüber 2019 vorwiegend, um Firmen, die aufgrund des Lock-

downs ihre Tätigkeit einstellen mussten, zu unterstützen und sie vor der Insolvenz zu bewahren. Die Steuerschätzung von November 2021, veröffentlicht am 11.11.2021, hatte zum Ergebnis, dass »die Steuereinnahmen bis einschließlich 2025 ... im Vergleich zur Schätzung im Mai 2021 durchschnittlich jährlich um gut 35 Mrd. Euro und damit um knapp 180 Mrd. Euro höher (liegen).«<sup>3</sup> Allein für die Länder ergibt der Vergleich für den gleichen Zeitraum ein Plus von 76,8 Mrd. Euro, davon für 2021 22,5 Mrd. Euro und 2022 16,9 Mrd. Euro. Klar ist, dass es sich dabei um Schätzungen der Bundesregierung unter Berücksichtigung der Zuwachsraten des BIP handelt und die reale Entwicklung den Schätzungen einen Strich durch die Rechnung machen kann.

Neu war aber auch, dass die TdL mit einer eigenen Forderung, den Arbeitsvorgang zum Kernthema zu machen, in die Tarifaueinandersetzung ging. Bevor wir auf die Forderung der TdL eingehen, werfen wir einen Blick auf das Ergebnis der Tarifrunde 2019, da hier trotz des guten Ergebnisses der Entgelterhöhungen auch die Voraussetzung für das von der TdL geforderte Kernthema geschaffen wurde.

<sup>1</sup> Ergebnis in Zeiten von Rekord-Inflation, <https://unverzichtbar.erd.de/++co++2189b8e2-5283-11ec-85ec-001a4a16012a>, 01.12.2021

<sup>2</sup> vgl. Carona-Pandemie, dpa vom 23.12.2021

<sup>3</sup> Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 2. März 2019

Die Entgelterhöhung der Tarifvereinbarung vom 2. März 2019 ist trotz der langen Laufzeit vom 1. Januar 2019 bis zum 30. September 2021 – also 33 Monate – erwähnenswert, da es der Verhandlungsgemeinschaft der Gewerkschaften mit dem DBB erstmals gelungen war, einen spürbaren Anstieg der unteren Lohngruppen durch die Realisierung eines Mindestbetrages durchzusetzen.

Die Entgelttabelle des TV-L umfasst 15 Entgeltgruppen (EG). Dabei ist die EG 1 die niedrigste. Die EG 2 bis 15 umfassen 6 Stufen. In der Stufe 1 werden in der Regel die Beschäftigten eingestellt, bei denen keine einschlägige Berufserfahrung vorliegt. Nach einer bestimmten Zeit steigt der Beschäftigte in die nächste Stufe der EG und bekommt dann mehr Entgelt. Bei der Einstellung in der EG 1 erfolgt diese in der Stufe 2.

Die Tarifvereinbarung 2019 besagte, dass rückwirkend zum 01. Januar 2019 die Stufe 1 der EG 2 bis 15 um 4,5 Prozent und die übrigen Stufen in den EG um 3,2 Prozent, jedoch mindestens um 100 Euro erhöht wurden. Zum 01. Januar 2020 wurde die Stufe 1 der EG 2 bis 15 um 4,3 Prozent und die übrigen Stufen in den EG um 3,2 Prozent, jedoch mindestens um 90 Euro erhöht. Am 01. Januar 2021 erfolgten eine Erhöhung der Stufe 1 der EG 2 bis 15 um 1,8 Prozent und der übrigen Stufen in den EG um 1,4 Prozent, jedoch mindestens um 50 Euro.

Die Auszubildenden wurden jedoch unterschiedlich behandelt. So wurden die Monatsentgelte der Auszubildenden nach dem Tarifvertrag TVA-L Gesundheit zum 1. Januar 2019 um 45,50 Euro und zum 01. Januar 2020 um 50 Euro erhöht. Bei allen anderen Auszubildenden und Praktikant\*innen wurden die Monatsentgelte zum 01. Januar 2019 um 50 Euro und zum 01. Januar 2020 um weitere 50 Euro erhöht.

Das insbesondere für die niedrigeren Entgeltgruppen gute Ergebnis erfuhr jedoch einen Rückschlag. Vereinbart wurde nämlich auch, dass die Jahressonderzahlung von 2019 bis einschließlich 2022 auf dem materiellen Niveau des Jahres 2018 eingefroren wird. Ferner finden erst »nach dem Jahr 2022 wirksam werdende allgemeine Entgelterhöhungen ... auch auf die Jahressonderzahlung Anwendung.«<sup>4</sup>

## Das Kernthema Arbeitsvorgang

In den Verhandlungen 2019 war es den Arbeitgebern wichtig, die seit den 1970er Jahren bestehenden Grundlagen der Eingruppierung zum Thema zu machen. Darauf ließ sich die Verhandlungsgemeinschaft der Gewerkschaften nicht ein, da sie Herabgruppierungen befürchtete. Sie erklärte sich jedoch dazu bereit, mit den Arbeitgebern Gespräche zum Arbeitsvorgang unmittelbar nach der Redaktion (nach dem endgültigen Tarifabschluss) aufzunehmen. In diesen Gesprächen sollte es darum gehen, dass die differenzierte Eingruppierung »anhand des zeitlichen Umfangs, in dem eine bestimmte Anforderung (z. B. Schwierigkeit, Verantwortung) innerhalb der auszuübenden Tätigkeiten erfüllt sein muss (Hierarchi-

sierung)«<sup>5</sup>, sichergestellt wird. Gespräche zwischen TdL, ver.di und dbb fanden statt. Der bereits von der TdL 2019 neu formulierte Text zur Eingruppierung wurde von DBB und ver.di rundweg abgelehnt, da damit das bestehende Eingruppierungssystem gefährdet ist.

## Eingruppierung/Arbeitsvorgang

Die tarifvertragliche Vereinbarung im § 12 TV-L sieht vor, dass der/die Beschäftigte entsprechend der Entgeltgruppe (EG) entlohnt wird, in die er/sie eingruppiert wurde. Die Eingruppierung richtet sich nach den Tätigkeitsmerkmalen der Entgeltordnung. Dabei erfolgt die Eingruppierung der Beschäftigten in der EG, deren Tätigkeitsmerkmale dergesamten, nicht nur der vorübergehend auszuübenden Tätigkeit entsprechen. Zeitlich muss mindestens die Hälfte der Arbeitsvorgänge anfallen, die den Anforderungen mehrerer oder eines Tätigkeitsmerkmals dieser EG entsprechen.

Tarifvertraglich handelt es sich bei den Arbeitsvorgängen um »Arbeitsleistungen (einschließlich Zusammenhangsarbeiten) die, bezogen auf den Aufgabenkreis der/des Beschäftigten, zu einem bei natürlicher Betrachtung abgrenzbaren Arbeitsergebnis führen... Jeder einzelne Arbeitsvorgang ist als solcher zu bewerten und darf hinsichtlich der Anforderungen zeitlich nicht aufgespalten werden.«<sup>6</sup>

Was trieb die TdL dazu, das bestehende System in Frage zu stellen und ändern zu wollen? Die Eingruppierung Beschäftigter war und ist häufig Streitpunkt zwischen Personalvertretungen und Arbeitgebern und auch bei Tarifverhandlungen, z.B.: dem Sozial- und Erziehungsdienst 2015.

Der aktuellen Gangart der TdL liegt jedoch mehr zugrunde. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) folgte am 28.02.2018 in seiner Entscheidung 4 AZR 816/16 der Klage einer Geschäftsstellenverwalterin beim Bundesarbeitsgericht auf eine höhere Eingruppierung. Dieses stellte fest, dass es sich bei der Führung einer Geschäftsstelle um einen Arbeitsvorgang, bestehend aus verschiedenen Arbeitsschritten, handelt. Die ver.di Fachgruppe Justiz NRW empfahl den Justizbeschäftigten in den Serviceeinheiten und Geschäftsstellen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften Antrag auf Feststellung einer höheren Eingruppierung zu stellen. Davon wurde dann auch Gebrauch gemacht. In weiteren Entscheidungen des BAG vom 09.09.2020 wurde die Sichtweise des Landesarbeitsgerichtes Berlin-Brandenburg, dass auch innerhalb eines einheitlichen Arbeitsvorganges eine zeitliche bzw. prozentuale Betrachtung schwieriger Tätigkeiten erfolgen müsse, nicht geteilt. Hingegen wurde festgestellt, dass die gesamte Tätigkeit von Beschäftigten einen Arbeitsvorgang bildet. Das war dann auch Wasser auf die Mühlen der Gewerkschaft. Das BAG verneinte auch den im TV-L bestimmten zeitlichen Anteil der schwierigen Tätigkeiten innerhalb des Arbeitsvorganges.

4 Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 2. März 2019

5 Protokollerklärung zu § 12 Absatz 1, Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) vom 12. Oktober 2006 in der Fassung vom 02. März 2019, S. 22

6 »Wir erwarten wenig Gutes« Verdi-Vizevorsitzende Christine Behle warnt vor schwierigen Tarifverhandlungen mit den Ländern, neues deutschland.de 08.10.2021

Die Gewerkschaften wurden durch diese Urteile in ihrer Auffassung, dass der Arbeitsvorgang, wie im Tarifvertrag festgehalten, nicht aufgespalten werden darf, bestärkt. Nach Auffassung ver.di ist die bestehende Systematik auch für die unteren Entgeltgruppen von Bedeutung. Das Ziel der Gewerkschaften besteht darin, »diesen Angriff abzuwehren und jede Form der Schlechterstellung von Beschäftigten zu verhindern.«<sup>7</sup> Die von ver.di gemachten Vorschläge über die von der TdL als problematisch bezeichneten Entwicklungen im Justizbereich zu sprechen, lehnte die TdL rundweg ab.

Die öffentlichen Arbeitgeber befürchten Mehrausgaben, da »eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes im Falle eines Beschäftigten im Justizwesen (lautet d. Verf.), dass bereits 15 Prozent höherwertige Tätigkeit ausreichen, damit eine Höhergruppierung erfolgt. Das bedeutet für den Arbeitgeber drohende Mehrausgaben. Allein in NRW sprechen wir von rund 10.000 Fällen.«<sup>8</sup> Das den Gewerkschaften vorliegende Forderungspapier der TdL zur Veränderung der Grundlagen der Eingruppierung birgt »Verschlechterungen für alle Beschäftigten. Zum anderen droht die Atomisierung aller Tätigkeiten. Das heißt: Jeder einzelne Arbeitsschritt wird im Detail betrachtet und am Ende zusammengerechnet... Das würde dem zentralen Aspekt des Tarifvertrages an sich untergraben... Es geht um eine ganz grundsätzliche Frage. Die TdL fühlt sich in der Tarifautonomie eingeschränkt und hat Verfassungsbeschwerden gegen das BAG –Urteil eingelegt.«<sup>9</sup> Über die Verfassungsbeschwerden wurde bisher noch nicht entschieden.

Reinhold Hilbers, der Vorsitzende der TdL, brachte in dem Interview mit dem Handelsblatt am 06.10.2021 zum Ausdruck, dass sie niemandem etwas wegnehmen wollen. Sie wollen »nur den Konsens wiederherstellen, den es bei der Bewertung des Arbeitsvorgangs lange gab.« Er erinnert an eine angeblich jahrzehntelange Einigkeit mit den Gewerkschaften dergestalt, »dass der Arbeitsvorgang in möglichst kleine Bewertungseinheiten zerlegt werden soll.« Angriffspunkt für ihn ist jetzt nicht mehr die Verhandlungsgemeinschaft sondern das Bundesarbeitsgericht, das »nun aber inzwischen regelmäßig (annimmt), dass das gesamte Aufgabengebiet eines Beschäftigten ein großer einheitlicher Arbeitsvorgang ist.« Das bedeutet, wenn schon »darin nur wenige anspruchsvolle Tätigkeiten enthalten sind, muss das Entgelt nach der Spitzengruppe bezahlt werden. Das ist für die Länder nicht nur mit erheblichen Mehrkosten verbunden, sondern hemmt auch die Entwicklung der Beschäftigten.« Unter der Prämisse, für einfache Tätigkeiten viel mehr bezahlen zu müssen, »nur weil sie den Beschäftigten ab und zu eine komplexere Aufgabe anvertrauen, ... werden sie eher alle einfachen Arbeitsplätze von komplexen Aufgaben ent-rümpeln, als mehr Geld zu bezahlen.«

7 w. v.

8 Interview Länder-Arbeitgeberchef Reinhold Hilbers: «Wir wollen niemanden etwas wegnehmen», Handelsblatt 06.10.2021.

9 Die Zusammenstellung erfolgt auf Grundlage der Fachserie Finanzen und Steuern – Personal des öffentlichen Dienstes, Statistisches Bundesamt 2021

## Die Gewerkschaften und ihre Zuständigkeiten

Wie schon erwähnt, bilden die DGB-Gewerkschaften ver.di, GEW, GdP und IG BAU mit dem DBB eine Verhandlungsgemeinschaft. In allen Gewerkschaften und dem DBB sind Tarifbeschäftigte und Beamt\*innen der Länder organisiert. Aus der folgenden Aufstellung lässt sich die Verteilung der Personengruppen (Tarifbeschäftigte und Beamte) auf ausgewählte staatliche Aufgabengebiete entnehmen. Es handelt sich dabei um die Beschäftigten aller 16 Bundesländer. Die Angaben stehen für den 30.06.2020.

Aufgabenbereiche	Insgesamt	Beamt*innen	Tarifbeschäftigte (TB)	Anteilig TB
Allgemeine Dienste	775.515	558.825	216.690	27,9
dar. Polizei	286.015	245.955	40.470	14,1
dar. Rechtsschutz	178.530	116.790	61.740	34,6
Allgemeinbildende u. berufl. Schulen	854.830	640.085	214.740	25,1
Öffentl. Hochschulen	347.500	54.780	292.720	84,2
Krankenhäuser, Heilstätten inkl. Uniklinika	258.445	3.210	255.235	98,8
Soziale Sicherung, Familie u. Jugend	33.550	6.260	27.290	81,3
Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten	35.615	11.630	23.985	67,3
Übrige Bereiche	187.855	37.230	150.630	98,8
Insgesamt	2.493.310	1.312.020	1.181.290	47,4

Die Mitglieder der Verhandlungsgemeinschaft sind in den Aufgabengebieten verankert. Die GdP wird ausschließlich zuständig sein für die Beschäftigten bei der Polizei. Die GEW wird vorwiegend für die pädagogischen Fachkräfte in den allgemeinbildenden & beruflichen Schulen, die Lehrkräfte an den an den Hochschulen sowie für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst der Stadtstaaten. Die IG BAU ist zuständig für die Beschäftigten bei den öffentlichen Forstämtern der Länder. Ver.di ist für die Beschäftigten in den Krankenhäusern inkl. der Unikliniken, den Allgemeinen Diensten mit Ausnahme der Polizei, den nicht-lehrenden Beschäftigten in den Hochschulen und denen in den übrigen Aufgabengebieten zuständig. Der DBB wird in allen Bereichen tätig sein.

Von dem Tarifvertrag sind ohne Hessen rund 1,1 Mill. Tarifbeschäftigte und rund 48.000 Auszubildende betroffen. Die von der Verhandlungsgemeinschaft zeit- und inhaltsgleich geforderte Übertragung betrifft ohne Hessen 1,2 Mill. Beamt\*innen und rund 880.000 Versorgungsempfänger\*innen bei den Ländern sowie 175.000 Beamt\*innen bei den Kommunen und 120.000 Versorgungsempfänger\*innen im Bereich der Kommunen.

Siegen 21.01.2022 ■



## Buchbesprechung

Was bringt in unserer Gegenwart ein Buch mit dem Titel »Die Utopie des Sozialismus«? Haben wir im beginnenden 21. Jahrhundert, einer Zeit der vervielfältigten Krisen-dynamik in Ökonomie, Ökologie, sozialer Reproduktion nicht wichtigere und drängendere Probleme zu lösen? Kann man nach dem historischen Zusammenbruch der sozialistischen Entwicklungsstrategie (unter Bedingungen der nachholenden Akkumulation) und damit einer weitgehenden Diskreditierung von gesellschaftlichen Alternativen zum Kapitalismus mit diesem Thema wirklich mehr erreichen als die üblichen, überschaubaren, speziell politisch interessierten Zirkel von zudem meist akademisch-intellektuell Gebildeten? Ist es nicht vielmehr nötig, dass »Theorie die Massen ergreift«, damit sie »zur materiellen Gewalt« wird (Marx in »Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie«), d.h. ein durchsetzungsfähiges Konzept ergeben kann? Welche realen Aussichten also kann in einer Zeit, in der eine klassenbewusste Arbeiterbewegung sich kaum regt, die Beschäftigung mit der »Theorie« einer solchen haben? Wie kann sie an die gegenwärtigen, konkreten Bedürfnisse der Lohnabhängigen so anknüpfen, dass eine den Kapitalismus überwindende Perspektive wieder denkbar wird, ohne als abgehobene Spielwiese von »Theoretiker:innen« zu erscheinen?

Welche gesellschaftlich relevanten Bewegungen, die zumindest ihrem inhaltlichen Ansatz nach über die notwendige Beendigung der kapitalistischen Vergesellschaftung hinausstreben, gibt es überhaupt? Konkreter gefragt: Wie passen soziale und ökologische Themen zusammen, und wie können sie als Klassenfragen geltend gemacht werden? Wie steht es – angesichts der historischen Erinnerung an die autoritären Vereinheitlichungs- und Unterdrückungspraktiken im früheren Staatssozialismus – mit der demokratischen Legitimierung politischer

Entscheidungen und gesellschaftlicher Entwicklungen (hierauf hat schon Rosa Luxemburg in ihrer Auseinandersetzung mit Lenin und Trotzki in der Russischen Revolution hingewiesen)? Mit Fragen dieser Art befasst sich das hier besprochene Buch von Klaus Dörre, Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

In der marxistischen Tradition sind ökologische Themen bekanntlich lange vernachlässigt worden. Gerade auch in der Realität der historischen Gesellschaften in Osteuropa und Ostasien, die sich den Aufbau des Sozialismus zur Richtschnur gemacht hatten, wurden Umweltfragen der Auseinandersetzung mit dem Systemgegner untergeordnet. Dazu sind zwei Hinweise dringend notwendig: Erstens kann es angesichts der Problematik des Klimawandels nicht so bleiben. Zweitens hat schon Marx sich gründlich mit dem auseinandergesetzt, was wir heute als ökologische Fragen bezeichnen. Doch diese Theorielinie geriet im Laufe der Geschichte aus dem Blickfeld, wurde verschüttet unter dem letztlich vergeblichen und schädlichen produktivistischen Wettbewerb der Systemauseinandersetzung. Auch in der Arbeiterpolitik haben wir, so meine ich, das Thema »Ökologie« lange vernachlässigt und tun darin immer noch zu wenig. Aber begonnen haben wir damit schon (vgl. etwa Buchbesprechung zu Kohei Saito, Natur gegen Kapital – Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus, in Arbeiterpolitik 5/6 2018). Hieran soll dieser Beitrag anknüpfen.

### Einführung, einschließlich »Selbstverortung«

Das Buch beginnt mit einer Mischung autobiografischer und zeitgenössisch-gesellschaftlicher Darstellungen der Verhältnisse der »Post-Achtundsechziger Jahre«, die der Autor, Sohn eines Eisenbahners und einer Bäckereigehilfin, als Schüler und Student erlebte (der Rezensent etwa gleichen Alters kann sich gut damit identifizieren). Es geht um die Aufbruchs-, teilweise sogar Revolutionserwartungen, die die Linken dieser/unserer Generation beflügelten. Und es geht darum, dass diese Zeit, ihre Entwicklungen, ihre Denkweisen und Hoffnungen nicht vergeblich waren. Auch wenn es gegenwärtig nicht so scheinen mag: Etwas hat überlebt. Dörre schreibt:

*»Dennoch, verkrustete Verhältnisse zum Tanzen zu bringen und Herrschaftsmechanismen aufbrechen zu können, ist eine Erfahrung, die ich nicht missen möchte. Deshalb betrachte ich mich heute als den Angehörigen einer privilegierten Generation. Ich habe den revolutionären Aufbruch erlebt und bin zugleich ein Kind der größtmöglichen Niederlage – des Niedergangs sozialistischer und kommunistischer Arbeiterbewegungen ebenso wie der Implosion von Gesellschaftsmodellen, die für eine kurze historische Zeitspanne beanspruchten, erstrebenswerte Alternativen zum Kapitalismus zu sein. Das Bewusstsein der Niederlage bewahrt mich hoffentlich davor, Irrtümer und Fehler nur bei anderen zu suchen. Vor allem aber lässt es Illusionen über die vermeintlich schwindenden Lebensgeister kapitalistischer Vergesellschaftung nicht zu. Selbst epochale Krisen, die das gesamte Gesellschaftsmodell erschüttern, führen nicht im Selbstlauf aus der Verwertungslogik heraus. ... Es ist die*



glaubwürdige Alternative, an der es fehlt. ... Der Anspruch, von der Utopie zur Wissenschaft geworden zu sein, hat zur Verknöcherung des Sozialismus, zu falschen Versprechungen, herrschaftlichen Totalitätsansprüchen und dort, wo er zum System erstarrt war, letztendlich zu dessen Zusammenbruch geführt. Heute muss der Sozialismus sich wieder als attraktive Utopie bewähren, um überhaupt gesellschaftlich und politisch Wirkung erzielen zu können. ... Es geht um eine Begründung der Koordinaten für eine ökologisch-sozialistische Transformation, nicht um die Beschreibung fertiger Gesellschaftsmodelle. (S. 13 f.)«

Diese Worte stehen wohl für die Motivation, mit der der Autor sein Buch geschrieben, und für das Konzept, nach welchem er Inhalt, Kapitel und Argumente im Folgenden strukturiert hat. Wie das Literaturverzeichnis zeigt, hat er sich in den letzten Jahren wiederholt mit diesem Themenkomplex auseinandergesetzt, und das vorliegende Buch stellt offenbar eine Zusammenfassung dieser Bemühungen dar. Der Titel ist eine bewusste Anspielung auf eine in der Bildungsgeschichte der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts zentrale Broschüre von Friedrich Engels: »Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft«. Damit seien wir heute durch, so die Argumentation. Die historischen Ergebnisse in Aufstieg und Niedergang des staatszentrierten »Realsozialismus« dürfen uns aber nicht auf Dauer marginalisieren. Wie im obigen Zitat ausgedrückt, seien unter den gegenwärtigen Umständen der Wille und die Fähigkeit zum utopischen Denken wieder gefordert.

In den ersten drei Kapiteln des Buches legt Dörre seine Sicht auf eine künftige, vom Kapitalismus befreite Gesellschaft dar, für die er – trotz aller Einwände – auf der Bezeichnung »Sozialismus« besteht. Aber sie muss die historischen Erfahrungen und die gegenwärtigen Gefahren aufgreifen. »Die Sozialismen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts waren Kinder der ersten industriellen Revolution (S. 39).« Die eingetretenen Fehlentwicklungen,<sup>1</sup> etwa in der unmittelbaren Konfrontation mit dem an Produktivkraftentwicklung noch weit überlegenen Kapitalismus der westlichen Großmächte, die zur »Pervertierung marxistischer Sozialismusvorstellungen in repressiven staatsbürokratischen Systemen« führten, müssen als solche eindeutig erkannt werden, um die notwendigen Schlussfolgerungen für Gegenwart und Zukunft zu ziehen. Die »sozialistischen Ideen des 21. Jahrhunderts«, so Dörre, »müssten ihre Überzeugungskraft aus der Notwendigkeit einer Nachhaltigkeitsrevolution beziehen (S. 39)«.

## **Begrifflichkeiten:**

### **Warum nachhaltiger Sozialismus?**

Engels, auf den sich Dörre immer wieder bezieht, begründete in der zitierten Broschüre »die Notwendigkeit sozialistischer Transformation hauptsächlich mit dem Konflikt zwischen 'gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung' (S. 40)«. Diese marxistische Begründung, wie sie uns aus dem 19. Jahrhundert überliefert

<sup>1</sup> Hinweise hierzu unter: <https://arbeiterpolitik.de/2022/01/die-utopie-des-sozialismus-kompass-fuer-eine-nachhaltigkeitsrevolution-von-klaus-doerre/> Kasten am Schluss des Artikels

wurde, ist nach Auffassung Dörres auch heute nicht falsch, aber sie reicht nicht mehr aus. Das liegt nicht allein an den unterschiedlichen politischen Strömungen und Konzepten, die sich in der Arbeiterbewegung bekämpften, sondern viel mehr noch an der Ausdifferenzierung der kapitalistischen Ökonomie, der bürgerlichen Klassengesellschaft und ihrer Politikformen, wie sie sich seit den Anfängen des Kapitalismus entwickelten. Was das für die Gegenwart heißt, soll im Folgenden anhand einiger vom Autor verwendeten Begriffe deutlich gemacht werden.

**1. Ökonomisch-ökologische Zangenkrise:** Dörre fordert eine kritische Auseinandersetzung mit dem »Produktivkraftoptimismus« des 19. und 20. Jahrhunderts. Er sei historisch nachvollziehbar, aber in dem heutigen Zustand der Weltökonomie und -ökologie »fahrlässig«. Dabei sei das Werk von Marx und Engels keineswegs so eindeutig »produktivistisch« zu interpretieren. Keinesfalls seien sie einer »naiven Technikgläubigkeit« erlegen, sondern hätten darauf verwiesen, dass das Kapital seine Produktivkraft nur entfalten könne, indem es »die Springquellen des Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter« (MEW 23, S. 529). Hieraus entwickelt Dörre für die heutige Lage einen seiner Leitbegriffe: die ökonomisch-ökologische Zangenkrise. Sie entsteht unvermeidlich aus dem kapitalistischen Wachstumszwang, für den es viele Belegstellen bei Marx und Engels gibt (»Die kapitalistische Produktionsweise kann nicht stabil bleiben, sie muss wachsen und sich ausdehnen oder sie muss sterben.« Engels in einem späteren Vorwort zu »Die Lage der arbeitenden Klasse in England«).

Die ökonomisch-ökologische Zangenkrise definiert Dörre so: Einerseits geht es dem Kapital und auch weiten Teilen der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Kernländern besser, wenn die »Wirtschaft« wächst; andererseits nehmen damit zugleich die ökologischen Gefahren in lebensbedrohlicher Weise zu. All das heißt freilich auch für Dörre nicht, dass der Kapitalismus gesetzmäßig an sein Ende komme; er muss aktiv beseitigt werden. Aber es bedeutet glasklar, dass eine ökologisch nachhaltige Wirtschaft im Kapitalismus (Stichwort: »grüner Kapitalismus«) nicht möglich ist. Forderungen der sozialökologischen Bewegungen wie etwa Fridays for Future, Students for Future etc. nach Einhaltung vereinbarter Klimaschutzziele oder ähnlichen Reformen bleiben solange illusorisch, wie sie als bloße Appelle an die Herrschenden vorgetragen und verstanden werden. Aber auch im Kapitalismus kann es notwendig sein und sich lohnen, um Reformen zu kämpfen, die die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen verbessern und zur Entwicklung antikapitalistischen Bewusstseins beitragen.

Nicht so sehr die Entstehung technisch-organisatorischer Produktivkräfte machten für Engels, so Dörre, den gesellschaftlichen Fortschritt seiner Zeit aus, sondern die damit unvermeidlich einhergehende Entstehung der Arbeiterklasse, »die aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozess als erste überhaupt in der Lage ist, die Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft zu realisieren« (S. 51).

**2. Nachhaltigkeit:** Der nächste Sozialismus muss nach Dörre einer sein, der sich in Absetzung historischer Erfahrungen durch zwei Kernpunkte auszeichnet: Er muss wahrhaft demokratisch und ökologisch nachhaltig sein. In den frühindustrialisierten Ländern habe sich inzwischen ein »Postwachstums-Kapitalismus« herausgebildet. Dessen Kennzeichen seien: 1. wachsende nationale (bzw. auf die EU bezogen: regionale) öffentliche Verschuldung, 2. bei sinkenden Wachstumsraten umso schärfere Profitorientierung, Konkurrenz, Konflikte um Ressourcen, Vermögenskonzentration, soziale Polarisierung; 3. ökologische Großgefahren (Klimawandel, Pandemie), die die gesellschaftlichen Klassen und Schichten unterschiedlich hart treffen; 4. »mehrdimensionale Verteilungskonflikte«, die zu Auseinandersetzungen auch jenseits von Klassengegensätzen führen, Beispiel Migration; 5. die Integration der lohnabhängigen Klassen durch relative Vorteile, insbesondere durch den Massenkonsum tiefpreisiger Waren und Dienstleistungen. Das alles gehe aber nur durch den Raubbau an Arbeitskraft und Natur, dessen Folgen auch in den kapitalistischen Kernländern spürbar seien.

Sein Hauptargument für eine »ökosozialistische Option« ist also: Der Kapitalismus ist zu einem »ökonomisch-überproduktiven«, einem »quasi-parasitären System« geworden. »Die sozialen Kosten, die die Gesellschaften aufbringen müssen, um kapitalistische Produktionsweisen am Leben zu erhalten, werden immer größer. (S. 92)« Diese Bedingungen seien ein Indiz, dass es möglich ist, Klassenkämpfe und soziale Bewegungen zu Bündnissen zusammenzubringen, die gegen die weitere kapitalistische Vergesellschaftung gerichtet sind.

**3. Sozialistische Handlungsfähigkeit:** In der Entwicklung dieses Begriffs versucht Dörre, eine Perspektive zur schrittweisen Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft unter gegenwärtigen Bedingungen aufzuzeigen. Er bezieht sich hierbei auf den Hegemoniebegriff von Antonio Gramsci sowie auf das Sozialismusverständnis des 2019 verstorbenen amerikanischen Marxisten Eric Olin Wright, der sich intensiv mit Auswegen aus dem Kapitalismus beschäftigte. »Exakt dies, die umfassende Demokratisierung ökonomischer Entscheidungen, ist der zentrale Inhalt eines Sozialismusverständnisses, das nach maximaler zivilgesellschaftlicher Kontrolle über Produktion, Ressourcenallokation und Güterverteilung strebt (S. 48).« Was ist nun beim gegenwärtigen Stand der Bewegung und des Klassenbewusstseins damit anzufangen? Sozialist:innen, so Dörre, hätten keinen Grund, »sich einsam zu fühlen«. Es gebe genügend Anknüpfungspunkte und potenzielle Bündnispartner:innen in sozialen Bewegungen, in Parteien und politischen Spektren, auch solchen, die das »S-Wort (für Sozialismus)« bewusst ablehnen, aber in ihren Anliegen und sozialen Forderungen gezwungen seien, sich mit der kapitalistischen Realität auseinanderzusetzen. Diese müssen freilich in der Praxis genau analysiert und ausgetestet werden, denn sonst reiche das Protestpotenzial womöglich bis hin zu »Querdenken« und zur AfD.

Die in Einzelheiten gehenden Vorstellungen von Dörre, einschließlich seiner relativierenden Kritik daran, können im Rahmen dieser Buchbesprechung nicht aus-

geführt werden. Sie bieten Anregungen, die auch in konkreten Auseinandersetzungen Orientierung ermöglichen, um in praktischen Fragen vielleicht ein Stück weit Erfolg zu haben, Arbeits- und Lebensbedingungen verbessern und Kräfteverhältnisse verschieben zu können. Hierzu gehören etwa die »Nachhaltigen Entwicklungsziele der UN (Sustainable Development Goals, SDG)« oder Reformvorstellungen sozial-ökologischer Transformation bis hin zu internationalen Vereinbarungen wie dem Pariser Klimaabkommen von 2015. »Sozialistische Handlungsfähigkeit entsteht demnach keineswegs aus der bloßen Ablehnung jeglicher Reform von oben. Vielmehr muss es darum gehen, von der Technikentwicklung bis hin zu Innovations- und Investitionsentscheidungen alles auf Nachhaltig zu prüfen und für demokratische Entscheidungsprozesse zu öffnen (S. 113).« Das ändere freilich nichts daran, dass Illusionen in Markt und Staat bis hin zum Grünen Kapitalismus« zu kritisieren und abzulehnen seien. »Herstellung sozialistischer Handlungsfähigkeit« bedeute »vor allem Bereitschaft zum Konflikt, auch auf Grundlage sachlich-fachlicher Kompetenz«.

Zusammengefasst bedeutet sozialistische Handlungsfähigkeit also, in Auseinandersetzungen betrieblicher, tariflicher oder gesellschaftlicher Dimension den Klassenstandpunkt zu beziehen und voranzutreiben. Diesen Gedanken gilt es in der Linken wieder fruchtbar zu machen.

## Praktische Beispiele

Im Folgenden verlasse ich die unmittelbare Buchbesprechung, um einen vorläufigen »Praxistest« zu machen. Dörre hat offenbar nicht nur ein Buch (bzw. eine ganze Reihe von Büchern und Artikeln zu dieser Thematik) geschrieben, sondern befindet sich im Austausch mit politischen Aktiven, die ebenfalls auf ihre Weise daran arbeiten.

Doch bleiben wir im ersten Beispiel noch im Buch selbst, in dem auf den Seiten 104 bis 107 die Problematik des Braunkohletagebaus am Beispiel der Lausitz beschrieben wird. Bekanntlich ist der Ausstieg aus der Kohlewirtschaft (die »Dekarbonisierung«) für 2038 (»idealerweise« 2030) bestimmt. Für die Lausitz sind das

»Schließlich gehen wir davon aus, dass wir der Naturzerstörung nur ein Ende setzen können, wenn wir auch den Kapitalismus überwinden. Stellt sich nur die Frage: Wenn die größte globale Klimabewegung der Menschheitsgeschichte diese klassenpolitische Ausrichtung nicht mehrheitlich teilt – was dann? Rechts liegen lassen? Keine Eigentumsfrage, kein Klassenstandpunkt, kein Potenzial? ... Welche praktischen Schritte und Allianzen braucht es, um organisierte Lohnabhängige mit ihrer Fähigkeit zum ökonomischen Streik als Bündnispartner der Klimabewegung hinzu-zugewinnen?«

"Mein Pronomen ist Busfahrerin" – Die gemeinsame Kampagne von FfF und ver.di zur Tarifrunde im Öffentlichen Nahverkehr 2020, Seite 15, Broschüre <https://www.bestellung.rosalux.de/Mein-Pronomen-ist-Busfahrerin-p381211269>



Fridays for Future unterstützen den Arbeitskampf der Beschäftigten des Urban-Krankenhauses in Berlin-Kreuzberg und werben für den Klimastreik zum 24. September 2021.

tief einschneidende Veränderungen. Dörre beschreibt, wie die Kohlewirtschaft für die heute 8000 im Braunkohle Tagebau Beschäftigten (zu Zeiten der DDR sogar das Zehnfache), die daran anschließende Energiewirtschaft und ihr gesamtes soziales Umfeld »noch immer eine lebenswerte Perspektive« bedeutet: in der Region die höchsten Löhne, die besten Arbeits-, Ausbildungs- und Aufstiegsbedingungen, sie finanziert Vereine, sorgt für sozialen Zusammenhang und dafür, dass niemand wirklich weg will von der Lausitz. Demgegenüber stehen Klimaschützer mit ihren abstrakt vernünftigen Forderungen zum Kohleausstieg. »Derartige Spannungen finden sich innerhalb von Klassenfraktionen, die, sozial gesehen, ein Leben führen, das sich durch großen Abstand zu den Lebensstilen und dem Lebenskonsum herrschender Klassen auszeichnet (S. 105).« Wie kommen diese Fraktionen zueinander? Stellt man einseitig die unmittelbaren Beschäftigungsinteressen in den Vordergrund, dann gelingt es ebenso wenig wie umgekehrt bei absoluter Vorrangigkeit des Kohleausstiegs. Wenn »Gemeinwohlbekundungen« und »Realpolitik« derart in Konflikt geraten, so Dörre, können die Nutznießer dieser Blockade womöglich rechtsextreme Kräfte sein (was durch Wahlergebnisse leicht zu belegen ist). Daher kommt es entscheidend darauf an, den Betroffenen und ihrem Umfeld Strukturveränderungen, sozialen Ausgleich und Alternativen zu bieten, die ihnen ein gutes, möglichst ein besseres Leben ermöglichen. Hier ist das Stichwort Konversion zu nennen, das man auch von früheren Debatten her kennt, z.B. Rüstungsindustrie oder Werften.

Klaus Dörre bleibt mit seinen Inhalten und Argumenten nicht im Wissenschaftsbetrieb, sondern bringt sie in die politische Diskussion ein. So berichtet er in seinem Buch einleitend von der Gründung der »Students for Future« in einem »zum Bersten gefüllten Saal« der Leipziger Universität, an der er teilnahm. Auf seine rhetorisch gemeinte Frage, »ob die klimapolitisch gebotene Nachhaltigkeitsrevolution innerhalb kapitalistischer Verhältnisse möglich sei« (S. 7), habe die Zuhörerschaft mehrerer hundert Studierenden spontan mit »nein« geantwortet und dem Vorschlag, große Konzerne wegen ihrer Blockadehaltung zu sozialisieren, applaudiert. In

einer Vorstandssitzung der Partei DIE LINKE am 6. November zur Aufarbeitung der Wahl Niederlage vom 26. September hielt er ein Referat mit dem Titel »Schicksalswahl: Alles muss anders werden, ändern soll sich wenig. Die Linke muss die Nachhaltigkeitsrevolution mit dem Sozialen verbinden.« Die dort dargebotenen Inhalte müssen hier nicht wiederholt werden, sie entsprechen denen im Buch (s. Arbeiterstimme Nr. 214, Winter 2021, S. 18).

Es kommt entscheidend darauf an, soziale und ökologische Fragen zu verbinden, statt beide zu blockieren. Die Erderhitzung ist mit dem kapitalistischen Wachstumszwang nicht abzubremesen, aber das Gegensteuern darf nicht auf Kosten der arbeitenden und ärmeren Teile der Bevölkerung gehen. Zusammenarbeit zwischen klassenbewussten Linken, Gewerkschaften und Klimabewegten wie BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland), Fridays for Future und deren Ablegern ist gefragt. Bereits 2019 erschien ein Positionspapier von IG Metall und BUND zur Mobilitätswende (wir wollen das an dieser Stelle als Beispiel anführen; für eine detaillierte Darstellung und Kritik, etwa der Elektromobilität, reicht der Raum nicht). Ein weiteres Beispiel war ein gemeinsamer Aktionstag »Fairwandel« mit der IGBCE. Auch wenn die Gewerkschaften in diesen Projekten sich von der produktivistischen Logik, dem kapitalistischen Wachstumszwang (es geht eben um Investieren und Subventionieren) nicht zu lösen vermochten, sind damit doch zarte Anfänge von Bewusstseinswandel gesetzt. Sie treffen unter aufgeschlossenen Kolleg:innen und Betriebsaktivist:innen durchaus auf Verständnis.

Ein Beispiel für solche Zusammenarbeit auf Betriebsebene bietet das Bosch-Werk in München. Dort will seit einem Jahr die Geschäftsführung das Werk schließen und die Produktion nach Tschechien und Brasilien verlagern. Als Begründung dient die bevorstehende Umstellung vom Verbrenner zur Elektromobilität. Belegschaft, Betriebsrat und IG Metall wiesen diese Begründung zurück: »Klima und Arbeitsplätze müssen zusammengehen!«, »Werk erhalten, Produktion umstellen!«, »Wir werden kämpfen!«, »Gemeinsam gegen Entlassungen und Klimawandel!« lauteten Parolen am Bosch-Solidaritätstag am 19. November und bei anderen Gelegenheiten. In

Wahrheit, so der Betriebsratsvorsitzende Giuseppe Ciccone, wolle der Konzern nur seinen Profit steigern. Klimaschützer:innen von Fridays for Future, Antikapitalistisches Klimatreffen, Klassenkampf und Klimaschutz, DIFD-Jugend, Zukunft erkämpfen, Münchner Gewerkschaftslinker und anderen Gruppen sind auch dabei. Beschäftigte und Klimabewegte kämpfen gemeinsam.

Ein Beispiel für eine ganze Tarifrunde war die gemeinsame Kampagne von FfF und ver.di zur Tarifrunde im Öffentlichen Nahverkehr 2020 (die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat eine Broschüre dazu herausgegeben). Die zentralen Ziele, ein einheitlicher bundesweiter Manteltarifvertrag für den ÖPNV und durchgreifende Verbesserungen der Löhne und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, wurden zwar nicht erreicht. Aber die Solidarität und Zusammenarbeit zwischen Klimabewegten und Streikenden in ca. 30 Städten waren eine wichtige Etappe in dieser Entwicklung. Es ging auch hier wieder darum, nicht die soziale und die ökologische Frage gegeneinander auszuspielen (schon gar nicht vom kapitalistischen, aber auch nicht vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt aus), sondern die Gemeinsamkeiten zu suchen: Fridays for Future (FfF) haben Interesse an der Aufwertung des ÖPNV wegen Klimaschutz, Busfahrer:innen desgleichen wegen der Würdigung ihres Berufes, der Verbesserung ihrer Einkommen und Arbeitsbedingungen.

Deshalb gingen FfF-Leute zu den Streikposten, um Kampfformen der Busfahrer:innen kennen zu lernen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen und sie zu unterstützen. Das gilt zwar vorläufig wohl nur für eine Minderheitsfraktion der FfF, aber immerhin. Die Erkenntnis bei den Beteiligten war wie bei Bosch: »Nur Arbeiter:innen können Klimaschutz herbeiführen.«

### Fazit

Bei diesem Buch, seinen Vorgängern und was da alles noch kommen mag, geht es ganz sicher nicht um die unmittelbare Stellung der Machtfrage (»Sozialismus«), sondern um die Erneuerung der Perspektive: In zentralen Lebensfragen der Menschheit (Klimawandel, Pandemie etc.) genügt kein Reformismus mehr (die Mehrheit der FfF beschränkt sich noch auf Appelle an die Herrschenden), sondern muss antikapitalistisches Bewusstsein her. Dafür muss man die Leute in praktischen Fragen ansprechen und fordern.

F/HU, 28.12.2021 ■

**Klaus Dörre, Die Utopie des Sozialismus – Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution, Berlin 2021, 345 Seiten. Anlässlich des 200. Geburtstags von Friedrich Engels und für die Aktiven in der Klimabewegung unserer Zeit**

## ■ SOLIDARITÄTSREISE NACH GRIECHENLAND:

# Resignation, Repression und Widerstand

Seit 2012 fahren wir von der gewerkschaftlichen Solireisegruppe »Gegen Spardiktate und Nationalismus« nach Griechenland (siehe auch hLz 12/91: »Im Abwärtsstrudel«). Wir wollen damit Solidarität von unten ausdrücken, von der Situation der Kolleg\*innen berichten und ein Gegenbild zur veröffentlichten Meinung herstellen.

Nach fast zwei Jahren pandemiebedingter Pause haben wir im Oktober 2021 die direkten Kontakte zu unseren griechischen Freund\*innen und Kolleg\*innen wieder aufgenommen. Unsere Solidaritätsreise Ende Oktober führte uns schwerpunktmäßig nach Athen. Veranstaltungen, Infogespräche und Diskussionen vermittelten uns einen Einblick in die innenpolitischen Verhältnisse Griechenlands, in die abnehmende Kraft der Gewerkschaften, in die Schwierigkeiten von sozialen und politischen Initiativen des Widerstandes, in die Ratlosigkeit auf Seiten der gesamten »Linken«, die an Mobilisierungsfähigkeit verloren hat, auch wenn es immer wieder erstaunliche Ausnahmen gibt, die diesem Abwärtstrend entgegenstehen.

In diesem Jahr war auch eine Krankenschwester der Berliner Krankenhausbewegung dabei, die von ihrem erfolgreichen Kampf berichten konnte. Das empfanden unsere Athener KollegInnen sehr positiv, nach all den Jahren der endlosen Niederlagen. So konnten wir sie auch mal etwas aufbauen, nachdem sie früher uns immer aufgebaut hatten.

Schon zu Anfang unseres Aufenthaltes – wir wohnten in Exarchia – fiel uns die gesteigerte Polizeipräsenz im

Verhältnis zu den Besuchen vergangener Jahre auf. Ständig patrouillierten die berüchtigten und gefürchteten Dias-Einheiten der Polizei in diesem als widerständig geltenden Bezirk. Vier oder fünf Motorräder, mit jeweils zwei Polizisten besetzt, überwachen Plätze, Straßen und Gassen von Exarchia und versuchen ein Klima der Einschüchterung zu schaffen, stets bereit, gegen Straftaten, Ordnungswidrigkeiten und Unmutsbekundungen einzuschreiten. Viele in diesen Polizeieinheiten haben eine überwiegend rechtsextrem-rassistische Einstellung. Sie fungieren eher als Schlägertruppe denn als »Ordnungshüter«.

Aus zahlreichen Gesprächen am Rande unserer Treffen und Veranstaltungen erfuhren wir von unseren Gastgeber\*innen, dass es vor allem die Brutalität und Willkür der Polizei war, die in den letzten Monaten zu größeren Mobilisierungen geführt hatte; es strömten wieder mehr Menschen auf die Straßen als in den Monaten zuvor und als zu den traditionellen sozialen und gewerkschaftlichen Themen.

Das soziale Elend wächst

Auch wenn in den deutschen Medien kaum noch über die soziale Misere in Griechenland berichtet wird, sie ist nicht beseitigt. Im Gegenteil, wie wir aus persönlichen Gesprächen erfuhren. Bezeichnend die Angst fast aller Athener Freund\*innen vor dem anstehenden Winter. Wurden die Zentralheizungen in den meisten Athener Wohnhäusern in den vergangenen Jahren wenigstens für zwei Stunden am Abend angeworfen, so wird dies wohl



künftig auch wegfallen. Kaum eine Hausgemeinschaft ist noch in der Lage, die rapide gestiegenen Energiekosten aufzubringen, um ihre Zentralheizung zu befeuern.

Unsere Treffen mit Gewerkschaftsvertreter\*innen aus den Krankenhäusern, aus den privaten Kliniken und Heimen und mit dem gewerkschaftlichen Verband der Ärztinnen und Ärzte Attikas legen Zeugnis davon ab, welche Folgen die Corona-Pandemie für das chronisch unterfinanzierte Gesundheitswesen hatte. Betroffen vor allem normale, sprich ärmere, Patient\*innen und die Be-

schäftigten. Die Regierungsmaßnahmen zielen auf weitere Einsparungen im Gesundheitssektor und verschlimmern deren Misere.

Ein weiteres Beispiel ist die Lage der Bevölkerung auf der Insel Euböa. Die verheerenden Waldbrände des Sommers und die anschließende Überflutung haben zahlreichen Einwohner\*innen die Existenzgrundlage geraubt. Verantwortlich für das Ausmaß der Waldbrände waren auch hier die Sparmaßnahmen der vergangenen Jahre in der Wald- und Forstwirtschaft und vor allem bei der Feuerwehr.

Die Zunahme des sozialen Elends stößt auf einen in den letzten Jahren zurückgegangenen Widerstand. Die Beschäftigten sind enttäuscht und ermattet durch die Erfolglosigkeit der Abwehrkämpfe des letzten Jahrzehnts. Ihre Gewerkschaften wurden geknebelt durch die schrittweisen Verschärfungen im Arbeits- und Sozialrecht; ihre Möglichkeiten werden mit einem neuen Gewerkschaftsgesetz weiter beschnitten – auch hier, wie im Demonstrationsrecht, nach deutschem Vorbild.

Was in Griechenland in den letzten Jahren passiert, ist vergleichbar mit vielen überschuldeten deutschen Kommunen: Nachdem durch Steuersenkungen die Einnahmen weggebrochen und sie verschuldet sind, müssen sie das kommunale Eigentum an private Investoren verkaufen. In Griechenland betreibt dieses Geschäft die konservative Nea Demokratia (ND) nach ihrem Wahlsieg offensiv und verkauft das als Strategie für den Aufschwung aus der Krise. So wird praktisch das ganze Land, soweit es noch nicht verscherbelt ist, zum Verkauf angeboten. Am deutlichsten wird das an den Plänen zur Ausbaue der Windkraft, die neuer Exportschlager werden soll. Dafür sollen Naturschutzgebiete, kleine Inseln usw. für industrielle Windparks und zu ihrer Zerstörung geöffnet werden. Dabei hätte Griechenland genug andere Flächen um den eigenen Strombedarf aus Windkraft zu decken.

**Die 48-seitige Broschüre kann gegen 5 Euro + Porto über die Gruppenadresse bezogen werden. Zusätzliche Spenden sind erwünscht.**

## ■ DER GEORG, SEIN JESUS UND DIE KARTONAGEN

# Ein Konzern will hoch hinaus

Fangen wir bei den Kartonagen an. Wer kennt sie nicht die hübschen Verpackungen der süßen Verführungen in den Regalen der Supermärkte, die häufig nicht mehr in Plastikfolie verpackt sind. Kartone in vielfältigsten Farben und Formen lösen zunehmend Kunststoffe ab. Man will ja nachhaltig sein. Fast alle Verpackungen nicht nur in deutschen Geschäften haben eines gemeinsam: Sie wurden und werden produziert von einer Firma, die außer in Fachkreisen eher unbekannt ist: Mayr Melnhof (MM). Die Mayr-Melnhof Kartonagen AG ist Europas größter Karton- und Faltschachtelhersteller mit Stammsitz in Österreich. Aber sie ist nicht nur ein bedeutender Player auf dem europäischen Markt. Sie verfügt über 50 Produktionsstandorte auf drei Kontinenten, neben Euro-

pa auch Asien und Amerika. Sie verkauft ihre Produkte in über 100 Länder der Welt. Über 10.000 Beschäftigte ermöglichten 2020 einen Umsatz von ca. 2,5 Milliarden Euro. Die Aktiengesellschaft ist in zwei Geschäftsbereiche unterteilt. Etwa 40 Prozent entfallen auf MM Karton, der seit kurzem MM Board & Paper heißt und Produktionsstandorte in den Ländern Österreich, Deutschland, Slowenien, Finnland, Polen und Norwegen hat. Der andere Geschäftsbereich, der sich MM Packaging nennt, produziert in den europäischen Ländern Österreich, Deutschland (9 Werke), Frankreich, Großbritannien, Polen, Rumänien, Spanien, Russland, Ukraine und in den asiatischen Ländern Türkei, China, Iran, Jordanien, Philippinen und Vietnam. Was Amerika betrifft, ist

MM in Kanada, Chile und Kolumbien vertreten. Zwar gibt es in diesem Segment noch größere Konzerne, aber Mayr Melnhof schließt durch strategische Zukäufe immer mehr auf. Die Firma ließ sich zwei Werkszukäufe in diesem Jahr über eine Milliarde Euro kosten. Es handelt sich um ein Werk in Finnland und eins in Polen. Die polnische Niederlassung allein beschäftigt etwa 2300 Mitarbeiter. Mayr Melnhof hat eine Eigenkapitalquote von 64,5 Prozent und gilt bei den Aktionären als grundsolide. Damit aber die Aktionäre mit den Ergebnissen zufrieden sein können, werden an das Management hohe Erwartungen gestellt. Dazu später mehr. MM kommt immer wieder mal in die Schlagzeilen. Stolz vermeldete sie im letzten Geschäftsbericht: *»So wurde die Mayr-Melnhof Gruppe für ihren Beitrag zum Klimaschutz durch innovative Kartonverpackung mit dem neu eingeführten Green Tech Award der ÖGSV (der Österreichischen Gesellschaft für Verbraucherstudien) ausgezeichnet.«*

## Schandfleck des Jahres 2012

Die Firma hat einen guten Ruf bei den Aktionären, nicht so jedoch bei den Beschäftigten und bei den Gewerkschaften. Siegfried Heim, Tarifsekretär Verlage, Druck, Papier der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di: *»Gezielte und ständige Angriffe auf Betriebsräte und aktive Gewerkschafter sowie Behinderung deren Arbeit sind das alltägliche Standardprogramm, das von den örtlichen Geschäftsführungen der Mayr-Melnhof-Werke sicher nicht ohne Rückendeckung aus der Wiener Konzernzentrale exekutiert wird.«* Am Welttag der sozialen Gerechtigkeit (ja auch so etwas gibt's), dem 20. Februar 2013, wurde in Wien der Schandfleck des Jahres 2012 verliehen. Dabei handelt es sich um eine *»Auszeichnung für gesellschaftlich unverantwortliche Unternehmen, Organisationen und Institutionen«*. In die engere Auswahl kamen KIK, eine Tengelmanntochter, die im Zusammenhang mit der Brandkatastrophe in Pakistan, bei der 289 Menschen in der Fabrik gestorben waren, der Grazer Anlagenbauer ANDRITZ AG im Zusammenhang mit seiner Beteiligung bei dem brasilianischen Staudammprojekt Belo Monte, das großen Schaden in der Umwelt hervorrufen wird und die Lebensgrundlage vieler Menschen vor Ort zerstört. Und schließlich Mayr-Melnhof Packaging im Zusammenhang mit wiederholter Negierung betriebsrätlicher Rechte. Letztere machte das Negativrennen, was die Herren Vorstände wenig beeindruckt haben wird. Sie machten weiter wie bisher. 2014 schloss MM eine Druckerei in Dortmund mit 79 Beschäftigten. Die ehemalige Druckerei Busche war die letzte große Druckerei in Dortmund. Anfang Mai dieses Jahres kündigte die Firmenleitung an, die MM Graphia Bielefeld-Brackwede komplett zu schließen. Es ist der Betrieb, in dem Frank Werneke, der Verdi-Vorsitzende, seine Lehre gemacht hatte. Die Beschäftigten reagierten mit einem 48 stündigen Streik, mit dem zumindest ein Sozialplan durchgesetzt werden konnte. Nach langem Hin und Her zwischen Betriebsrat und Firmenleitung einigte man sich auf eine Transfergesellschaft für die 212 Beschäftigten. Nach 92 Jahren wurde die Druckerei am 1. Oktober geschlossen. Schon vorher war der Firma von den Produktionsarbeitern ein denkbar schlechtes Zeugnis ausgestellt worden. Dazu

eine Auswahl vom Februar 21: *»Die Arbeitsbedingungen sind eine Katastrophe.«* *»Personal wird überwacht durch technische Module an den Maschinen.«* *»Schlecht am Arbeitgeber finde ich so ziemlich alles.«* *»Viel Stress durch immer weniger Mitarbeiter.«* *»Abmahnungen auch für Kleinigkeiten.«* Im aktuellen Geschäftsbericht 2020 des Gesamtkonzerns liest sich das ganz anders: *»Wir richten unsere Aufmerksamkeit in hohem Maß darauf, dass man gerne bei MM arbeitet...«* Wie nett das doch formuliert ist! Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, dass MM Graphia nur einer von drei kleineren Betrieben ist, die MM in diesem Jahr plattgemacht hat. Im deutschen Werk in Baiersbrunn und im niederländischen Eerbeek sind 400 Beschäftigte betroffen. Vor einem Jahr traf es auch die MM Niederlassung Hirschwang in Niederösterreich mit ca. 130 Beschäftigten, obwohl das Werk in den letzten Jahren ständig Rekordergebnisse lieferte, nicht zuletzt dank Corona. Einer der besten Kunden war Amazon. 2018 war der Standort konzernweit noch als *»Werk des Jahres«* ausgezeichnet worden. Und noch Anfang September fingen neue Lehrlinge ihre Ausbildung an. Die Beschäftigten wurden von der Entscheidung der Konzernleitung eiskalt erwischt.

## »Ich bitte von Herzen...«

Und was sagt der Vertreter der Eigentümerfamilie im Aufsichtsrat z.B. zur Schließung in Bielefeld auf eine Anfrage des Verfassers dieses Artikels? *»Ich bin darüber informiert, dass der Betrieb in Bielefeld geschlossen werden soll. Der spürbare Rückgang des Zigarettenkonsums hat wohl Auswirkungen auf bestimmte Verpackungsprodukte. Nach meinen Informationen schreibt Bielefeld leider schmerzhaft Verluste. Wir verlangen von unserem Vorstand und unserer Geschäftsleitung – und das ist gewiss legitim – hohen Einsatz und Wettbewerbsfähigkeit. Wie in jedem anderen Unternehmen auch, werden immer wieder neue Betriebe akquiriert und andere geschlossen.«* So einfach ist das. Kapitalismus as usual. Und weiter: *»Bei notwendigen Schliessungen hat für uns als Familie die soziale Komponente immer einen hohen Stellenwert. Zum einen gibt es oft das Bemühen, Beschäftigung in anderen Werken anzubieten, zum anderen mühen wir uns um faire Abfindungen. Ich bitte von Herzen um ihr Verständnis. Jeder Arbeitsplatz der verloren geht, jeder Betrieb der geschlossen werden muss, ist ein Schmerz. Nicht nur für die Betroffenen, auch für uns als Unternehmen und Eigentümerfamilie.«* (Juli 21)<sup>1</sup> Damit wären wir bei Georg. Oder wie er mit vollem Namen heißt: Georg Mayr-Melnhof, Vertreter der Eigentümerfamilie im Aufsichtsrat der Mayr Melnhof AG. Er ist ein bescheidener Mensch und lässt sich seinen immensen Reichtum nicht heraushängen. Er hat nichts zu verbergen: *»Als Vertreter der Salzburger MM Familie sitze ich seit 15 Jahren im AR. Und richtig, seit mehr als 30 Jahren gehöre ich in leitender Funktion einer lebendigen christlichen Gemeinschaft an.«* (\*) Aber der Reihe nach. Schauen wir uns den Georg näher an. In seiner *»christlichen Gemeinschaft«* lässt er sich mit dem Vornamen anreden. Dabei ist er eine wasch-

1 Georg Mayr Melnhof reagierte auf eine erste Anfrage (s. Zitate oben). Auf Nachfrage antwortete er nicht mehr.



Familiäre Besitztümer von Mayr-Melnhof: ehemaliges Stadtpalais in Graz, Schloss Kogl und Schloss Glanegg (vlnr).

Fots wikipedia

echte Durchlaucht. Seine Mutter ist eine geborene Gräfin von Orsini-Rosenberg und sein Bruder Friedrich III. ist mit einer Gräfin von Nostitz-Rieneck, einer Urenkelin des in Sarajevo ermordeten Thronfolgerpaares, verheiratet. Der Vater, Friedrich II., Papi genannt, eigentlich ein Freiherr von Mayr-Melnhof, war Landesjägermeister von Salzburg und als Landesrat (ÖVP) Mitglied der Salzburger Landesregierung. Georgs Schwester Doraja (ÖVP) gehörte von 2004 bis 2010 der Salzburger Landesregierung an. Die Familie Mayr-Melnhof (Salzburger Zweig) besitzt ca. 7000 ha Grund und Boden in Salzburg und Oberösterreich, die beiden Schlösser in Glanegg und Kogl, nicht unerhebliche Anteile an der MM Karton AG und diverse weitere Immobilien, eine Holzhandlung und und... Man kann also mit Fug und Recht sagen, die Familie gehört zu den reichsten österreichischen Familien. Der Familienleitspruch lautet: Recte Agendo Securitas – Rechtes Schaffen verleiht Sicherheit. Vieles wäre noch zum familiären Umfeld zu sagen, was aber an dieser Stelle zu weit führte. Da Georg ein braver und frommer Bub war und noch sieben überlebende Geschwister hatte, die sich um die Verwaltung und Vermehrung des familiären Besitzes kümmern konnten, wollte (oder sollte?) er die geistliche Laufbahn einschlagen. Nach der Matura studierte er aber zunächst Wirtschaftswissenschaften, was sich letztlich als nützlich erweisen sollte. Mit 27 Jahren wechselte er aber doch noch zur Theologie. Heute ist er verheiratet und hat zusammen mit seiner Frau zwei Söhne und zwei Töchter. Georg ist Jugendleiter in der Erzdiözese Salzburg und seit März 2021 Diakon, also ein Beinahepfarrer. Neben seiner Aufsichtsrats Tätigkeit, über die er ungern öffentlich spricht, ist er für die sog. Loretogemeinschaft missionarisch tätig. Diese »Gemeinschaft« bewegt sich innerhalb der Katholischen Kirche, ist extrem konservativ und zeigt ein sektenhaftes Gebaren, wie Insider anmerkten. Im Führungszirkel befinden sich mehrere Personen aus dem Hochadel wie etwa Dr. Maximilian Oettingen, genannt Maxi, der mit vollem Namen Dr. Ludwig-Maximilian Constantin Moritz Nikolaus Notger Maria Prinz zu Oettingen-Oettingen und Oettingen-Wallerstein heißt und einen veritablen Stammbaum besitzt. Georg und Maxi und ein paar andere, die sich im bosnischen Medjugorje bekehrt hatten, sammeln Jugendliche um sich, die sie zu »Jüngern« ausbilden. Nicht alle Führungsfiguren kommen aus dem Hochadel, manche nur aus dem Geldadel. So etwa der erfolgreiche Salzburger Unternehmer Patrick Knittelfelder (»Ich produziere Österreichs bestes Backhendl.«) In ihren Schulungen, die sehr stark auf Leadership ausgerichtet sind (in Österreich vermeidet man das Wort »Führer«schaft),

sprechen sie viel über ihre Liebe zu Jesus und Maria und über das herrliche Jenseits, auf das sie ihre Jüngerschaft hin orientieren. Georg, Maxi und andere Leader aus dem inner circle haben sich u.a. in den USA bei der Psychogruppe »Marked men for Christ« ihr Rüstzeug angeeignet. Bei ihren Vorträgen wird ein Thema nicht erwähnt: der materielle Background der Leader. Kein Thema ist auch, wie z.B. Georgs Manager beim MM Konzern gnadenlos Betriebe plattmachen, weil so die Gewinnmarge gesteigert werden kann. Sind das alles nur Spinner? Das wäre zu kurz gegriffen, da sie bisher verdammt erfolgreich und in der Lage sind, tausende Jugendliche in ihren Bann zu ziehen. Worauf deutet das hin? Es ist nicht zuletzt Ausdruck einer tiefen Krise der kapitalistischen Gesellschaften. Eine Krise, die nicht nur materieller Natur ist. Vor allem jüngere Menschen stellen Fragen nach der Zukunft, bei denen die herrschenden Kräfte passen müssen. Die Linken, die Gewerkschaften und andere fortschrittliche Kräfte sind derzeit kaum in der Lage, zufriedenstellende Antworten zu geben und Perspektiven anzubieten. Wir wissen, nichts bleibt wie es ist. Und für manche gilt der Satz: »Wo das Neue eine Verschlechterung ist, kann die Vergangenheit mehr Zukunft enthalten als die Gegenwart.« Es muss ja auch Gründe geben, warum der religiöse Obskurantismus nicht nur in den USA an Bedeutung gewinnt. Der katholische Bischof Oster (früher bei Radio Charivari) stellte der Gruppierung, für die Georg Mayr-Melnhof steht, unlängst in Passau ein dreistöckiges Haus zur Verfügung, das er für 4,8 Millionen aufwendig umbauen ließ. In der Passauer Kirchenzeitung vom 14. November wurde das Projekt vorgestellt unter der Überschrift: »Neue Heimat für Hoffnungsträger?«. Schade um die Jugendlichen, die sich in einen Zug begeben, der rückwärts fährt.

Mehr dazu in [www.arbeiterstimme.org/images/hefte/2021/Arsti\\_211\\_web.pdf](http://www.arbeiterstimme.org/images/hefte/2021/Arsti_211_web.pdf)  
»Die christliche Rechte im Aufwind« (S.14)

Hans Elas ■



# Jürgen Michallek

8. September 1950 – 22. Dezember 2021

Jürgen verabschiedete sich auf der Redaktionskonferenz im November von uns. Er wusste, dass er bald sterben würde. Eineinhalb Jahre zuvor hatte er die Diagnose seiner unheilbaren Krebserkrankung bekommen. Damals gab er gleich seine Aufgabe weiter, die er über Jahre sehr sorgfältig

und gewissenhaft ausgefüllt hatte: die Führung der Kasse und die Verwaltung unseres Vereins.

Er wollte nichts unerledigt lassen, er dachte über sein Ende hinaus. So gewissenhaft, gründlich und vorausschauend war er auch in seiner politischen Tätigkeit. Bis kurz vor seinem Tod beteiligte er sich aktiv an politischen Diskussionen, schrieb noch im November mit Brigitte, seiner Frau, zusammen einen Artikel über die Ursachen des politischen Niedergangs der Partei „Die Linke“ für unsere Zeitung. Leben und aktiv bleiben bis zuletzt, das tun, was noch möglich ist, daran blieb ihm bis zum Tode gelegen.

Er wuchs in Wolfsburg auf, sein Vater arbeitete bei VW, die Familie wohnte in einer Werksiedlung, diese Herkunft sollte ihn prägen. Eigentlich war sein Weg in den Lehrerberuf nicht vorgezeichnet, denn er spielte hervorragend Fußball in der Jugend des VfL Wolfsburg. Mit ihr wurde er norddeutscher Meister und etliche Späher von Bundesligavereinen hatten ihn schon auf ihrem Notizzettel. Doch Knieverletzungen versperrten diesen Weg und so studierte er zunächst in Braunschweig Volkswirtschaft. Er schloss als Diplom-Volkswirt ab, aber die Aussicht als Manager zu arbeiten erschien ihm als eine Art „Klassenverrat“ und von daher völlig abwegig, und so schloss er in Berlin ein Lehramtsstudium in den Fächern Politik und Wirtschaft an. Dort begann er sich politisch zu engagieren und beteiligte sich als „undogmatischer Marxist“, wie er sich selbst bezeichnete, in der „Spontigruppe“. Nach dem Examen 1978 bekam er in Hamburg eine Stelle als Referendar an einer Handelsschule, wo er Brigitte kennenlernte.

Über sie kam er dann zur Gruppe ›Arbeiterpolitik‹, die damals in Hamburg nicht nur ziemlich groß, sondern auch in lebendiger Verbindung mit etlichen Betrieben stand. Die in der Gruppe aktiven politischen Arbeiter\*innen zogen ihn an, deren politische und allgemeine Bildung beeindruckte ihn. Er kannte von seiner Herkunft zwar das Arbeitermilieu, aber das war anders gewesen, überwiegend kleinbürgerlich und unpolitisch. Er hielt die Vorstellung nicht für unrealistisch, dass solche Arbeiter:innen, wie er sie in der Gruppe kennenlernte, einmal im Kampf um eine sozialistische Gesellschaftsordnung eine wichtige Rolle übernehmen könnten.

Mit Brigitte entwickelte er eine sehr solidarische Zusammenarbeit, wobei er öfters die Rolle übernahm, die Familie zu betreuen und den Alltag zu organisieren.

Sonst wäre es zum Beispiel nicht möglich gewesen, dass sie bei der Solidaritätsgruppe „Dialog von unten statt Bomben von oben“ während des Natomkrieges nach Jugoslawien fahren konnte. Danach war er an der Organisation von Gegenbesuchen serbischer Gewerkschafter:innen beteiligt, auch an mehreren Folgebegegnungen im restlichen Jugoslawien. Als im September 2001 eine Gruppe serbischer Schüler:innen aus Kragujevac in Hamburg war, lud Jürgen sie, statt seinen Geburtstag zu feiern, zu einer öffentlichen Versammlung ein, um über die Verbrechen des Nato-Krieges und über das Massaker am 21. Oktober 1941 zu berichten. (300 Schüler und 18 Lehrer ihres Gymnasiums gehörten damals zu den mehreren Tausend Geiseln, die von der deutschen Wehrmacht als „Vergeltungsmaßnahme“ ermordet wurden.)

Auch nach beider Umzug nach Kassel vor zehn Jahren blieb Jürgen der Gruppe Arbeiterpolitik verbunden und wirkte weiter in ihrem Sinne: Mehrmals fuhr Jürgen gemeinsam mit dem Amazon-Solikreis nach Bad Hersfeld, um dort die streikenden Amazon-KollegInnen zu unterstützen, er beteiligte sich gemeinsam mit KollegInnen des Forums Gewerkschaften und der DIDF an Veranstaltungen zur politischen Repression in der Türkei. 2014 organisierte er zusammen mit Brigitte und einem palästinensischen Kollegen eine Bildungsreise nach Palästina, die auch Thema in der hessischen Lehrerzeitung der GEW wurde und nicht zuletzt durch eine Broschüre, die die Erfahrungen dieser Reise politisch reflektierte, breites Interesse hervorrief.

Bei politischen Diskussionen waren ihm ideologische Zuspitzungen zuwider, ihm war am Verständnis der jeweils konkreten Widersprüche und, soweit möglich, am Ausgleich gelegen. Er spielte sich nie in den Vordergrund, entwickelte aber fundierte Standpunkte zu Frankreich (seine heimliche Liebe) und zur Sowjetunion bzw. Russland. Er erarbeitete sich dazu fundierte geschichtliche Kenntnisse, die auch in einen Vortrag über die Geschichte Russlands in der „Buch-Oase“ in Kassel mündeten.

Kennzeichnend für andere Genoss:innen war sein behutsames und sorgfältiges Hinterfragen bis in Kleinigkeiten, besonders auch von Positionen, die anderen als selbstverständlich vorkamen. Er versuchte die Argumente der anderen Seite zu verstehen, bestand immer auf gründlichem, genauem Vorgehen. Jürgens Äußerungen überzeugten, weil er eintrat für das, was er sagte. Er wird uns fehlen.

Jürgen im Oktober 2014 in Hebron, Palästina (hintere Reihe, 3. von links)

